

## PAZIFIK IM ÜBERBLICK

### Vertrag über die „Pacific Resilience Facility“ tritt nach Ratifizierung in Kraft

Der Vertrag zur Einrichtung der *Pacific Resilience Facility* trat am 6. Mai offiziell in Kraft, nachdem Australien und Fidschi in Suva (Fidschi) gemeinsam ihre Ratifizierungsurkunden hinterlegt hatten. Dies markiert einen Meilenstein für die regionale Klimaresilienz und die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen im Pazifikraum.

Die Urkunden wurden von der australischen Außenministerin Penny Wong und dem fidschianischen Minister für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel, Sakiasi Ditoka, beim Generalsekretär des *Pacific Islands Forum*, Baron Divavesi Waqa, hinterlegt.

Neben Australien und Fidschi haben den Vertrag auch Tonga, Nauru, die Marshall-Inseln, die Salomonen, Tuvalu, die Cook-Inseln und Neuseeland ratifiziert.

Waqa bezeichnete das Inkrafttreten des Vertrags als „entscheidenden Meilenstein“ für die Blue-Pacific-Region und hob die Rolle der Fazilität bei der Unterstützung von Projekten zur Klimaanpassung, Energiesicherheit und zum Übergang zu sauberer Energie auf Gemeindeebene hervor.

*Hintergrund:* Die *Pacific Resilience Facility* (PRF) wurde 2023 von den Staats- und Regierungschefs des Forums während ihres Treffens auf den Cook-Inseln im Rahmen einer Erklärung zur Einrichtung des Mechanismus gebilligt. 2024 einigten sich die Staats- und

Regierungschefs darauf, Tonga als Gastland für die Fazilität zu benennen. Die Fazilität soll regional gesteuerte finanzielle Unterstützungsmaßnahmen für pazifische Gemeinden bereitstellen, die mit klimabedingten Risiken und Katastrophen konfrontiert sind.

Die Regierungen der teilnehmenden Pazifikstaaten haben für den Fonds bislang Zusagen in Höhe von 172 Millionen US-Dollar für ein anfängliches Kapitalisierungsziel von 500 Millionen US-Dollar bis Dezember 2026 gesichert. Das längerfristige Ziel liegt bei 1,5 Milliarden US-Dollar zur Unterstützung von Resilienzinitiativen, die auf die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius ausgerichtet sind.

Anders als viele internationale Klimafonds wird die PRF von den Pazifikländern selbst gesteuert.

(*Pacific Business Review* 15.05.26)

### PNG, Deutschland und die Salomonen starten Projekt zur Stärkung der klimaresilienten Wasserversorgungssicherheit

In Port Moresby (Papua-Neuguinea, PNG) haben Anfang Mai Regierungsvertretende und Entwicklungspartner das von der GIZ (Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit) durchgeführte Projekt „Schutz der Süßwasserressourcen für mehr Klimaresilienz auf den Pazifikinseln (*PacFresH2O*)“ offiziell gestartet. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung klimaresilienter Wasser-, Sanitär- und Hygienesysteme (WASH) in PNG und auf den Salomonen.

Das fünfjährige Programm wird von der *Internationalen Klimainitiative* (IKI) der deutschen Bundesregierung über das

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMUKN) unterstützt und gemeinsam von der Pazifischen Gemeinschaft (SPC), *WaterAid Papua-Neuguinea* und *Live & Learn Salomonen* in Partnerschaft mit beiden Regierungen umgesetzt.

Bei der Auftaktveranstaltung in der neuguineischen Hautstadt betonte die deutsche Botschafterin für Australien und die Pazifikstaaten, Beate Grzeski, die Bedeutung inklusiver und nachhaltiger Wassermanagementsysteme für den Aufbau von Klimaresilienz im gesamten Pazifikraum.

Immanuel Gebhardt, Landesdirektor der GIZ für die Philippinen und den Pazifikraum, betonte, dass *PacFresH2O* über die Infrastruktur hinausgehe, indem es Institutionen, die Koordination und die langfristige Nachhaltigkeit klimaresistenter Wasserversorgungsdienste stärkt.

*PacFresH2O* konzentriert sich auf die Stärkung von Verwaltungssystemen, die Verbesserung der Koordination, die Förderung klimaresistenter Wasserinfrastruktur sowie die Erleichterung des Zugangs zu Klimafinanzierungen für nachhaltige WASH-Dienste. Das Projekt wird vorrangig Gemeinden in der Provinz East New Britain in Papua-Neuguinea sowie in Makira, Guadalcanal und der Zentralprovinz auf den Salomonen unterstützen.

Ziel ist es, die nationale Planung mit Maßnahmen auf Gemeindeebene zu verknüpfen und gleichzeitig gefährdete Gruppen, darunter Frauen und Menschen mit Beeinträchtigungen, bei der Bewältigung der wachsenden Herausforderungen im Bereich Klima- und

Wassersicherheit in der gesamten Region zu unterstützen. (*Pressemeldung 07.05.26*  
<https://www.giz.de/>, *The National PNG* 08.05.26)

### ADB legt Jahresbericht 2025 vor

Die *Asiatische Entwicklungsbank* (ADB) hat ihren pazifischen Partnern im Jahr 2025 Mittel in Höhe von 679,8 Millionen US-Dollar zugesagt, darunter 214,4 Millionen US-Dollar an Zuschüssen aus dem Asiatischen Entwicklungsfonds, wie aus ihrem am 23. April veröffentlichten Jahresbericht für 2025 hervorgeht.

Der Bericht gibt einen Überblick über die operative, institutionelle und finanzielle Leistung der Bank im Laufe des Jahres, wobei der Schwerpunkt auf wirtschaftlicher Nachhaltigkeit, Strukturreformen und Klimaresilienz im gesamten Pazifikraum liegt.

*„Das Engagement der ADB im Pazifikraum im Jahr 2025 legte den Schwerpunkt auf die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit bei gleichzeitiger Förderung von Strukturreformen, Bewältigung klimabedingter Risiken und Schaffung eines förderlichen Umfelds zur Steigerung der Aktivitäten des Privatsektors“*, sagte Emma Veve, Generaldirektorin der Pazifikabteilung der ADB.

Sie fügte hinzu, dass die Stärkung der Widerstandsfähigkeit weiterhin von zentraler Bedeutung sei, um die Anfälligkeit der Region gegenüber externen Schocks zu verringern.

Die ADB hob ihre Bemühungen hervor, Investitionen des Privatsektors durch Initiativen wie das *„Pacific Wayfinder“*-Programm anzukurbeln, das konzessionäre

Finanzierungen und technische Hilfe bereitstellt, um die Expansion von Unternehmen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung der Kapitalmärkte zu unterstützen.

Ihr *„Frontier“*-Programm zielt zudem darauf ab, die lokalen Kapitalmärkte zu vertiefen und den Zugang zu Finanzmitteln für kleinere Unternehmen zu verbessern. Infrastrukturinvestitionen bleiben eine zentrale Priorität.

In **Tonga** hat die ADB einen Zuschuss in Höhe von 80 Millionen US-Dollar aus dem Asiatischen Entwicklungsfonds zugesagt und erwartet weitere 40 Millionen US-Dollar an Kofinanzierung von der Weltbank für den Bau einer 720 Meter langen Brücke über die Fanga'uta-Lagune sowie für damit verbundene Verbesserungen an Straßen, der Wasserversorgung und der Entwässerung. Das Projekt wird im Rahmen des *„Full Mutual Reliance Framework“* durchgeführt.

Auch die Katastrophenhilfe spielte eine wichtige Rolle. Nach einem Erdbeben der Stärke 7,3 in Port Vila (**Vanuatu**) Ende 2024 zahlte die ADB 5,5 Mio. US-Dollar an Soforthilfe aus und sagte weitere 24,4 Mio. US-Dollar als Zuschuss für die Instandsetzung einer wichtigen Straße zu, die die Hauptstadt mit ihren Häfen verbindet.

In **Papua-Neuguinea** unterstützt die ADB die Anbindung im Luftverkehr durch die Finanzierung von Vorauszahlungen für sechs Airbus A220-100-Flugzeuge für die nationale Fluggesellschaft *Air Niugini*. Das Finanzierungspaket umfasst 19 Mio. US-Dollar aus den regulären Kapitalmitteln der

ADB und 16,9 Mio. US-Dollar aus dem *„Leading Asia's Private Infrastructure Fund 2“*.

Die ADB baute zudem ihre regionale Präsenz mit der Eröffnung ihrer *„Resident Mission“* auf den Salomonen im Februar 2026 aus, was ein Zeichen für ein verstärktes Engagement auf Länderebene ist.

Der größte Anteil der ADB-Zusagen im Pazifikraum im Jahr 2025 entfiel auf den Verkehrssektor, gefolgt von Wasser- und städtischer Infrastruktur, Finanzen, Energie und Verwaltung des öffentlichen Sektors.

*Info:* Die *Asiatische Entwicklungsbank* wurde 1966 gegründet. Die multilaterale Entwicklungsbank mit Sitz in Manila (Philippinen) unterstützt Länder in Asien und dem Pazifikraum logistisch, technisch und finanziell.

(<https://www.adb.org/documents/adb-annual-report-2025>)

### Pazifische Politiker\*innen fordern Investitionen in die Nachhaltigkeit der Ozeane

Mehr als 150 pazifische Vertretende aus Politik, Finanzwesen, Kultur und Gesellschaft hatten sich Anfang März in Suva (Fidschi) zur *„Pacific Ocean Finance Week“* getroffen. Bei der einwöchigen Veranstaltung ging es um die Finanzierung und Koordination für ein nachhaltiges Meeresmanagement.

Die Woche wurde vom Büro des Pazifik-Kommissars in Zusammenarbeit mit der Umweltschutzorganisation *Conservation International*, der Naturschutzorganisation *Rare* und dem *Bezos Earth Fund* sowie mit Unterstützung des britischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten,

Commonwealth und Entwicklung organisiert. Sie stellt eine der größten koordinierten Initiativen in Ozeanien dar, um internationale Finanzmittel auf die vom Pazifikraum vorangetriebenen Prioritäten im Bereich der Ozeane abzustimmen.

Im Laufe der Woche trieb der Pacific Ocean Commissioner (Pazifischer Ozean Beauftragter), Dr. Filimon Manoni, die Gründung der „Pacific Ocean Finance Group“ voran, eines neuen regionalen Mechanismus zur Koordinierung der Finanzierung und zur Lenkung von Investitionen in Maßnahmen zum Schutz der Meere.

Dr. Manoni betonte, dass mehr Transparenz und der Austausch von Informationen und Daten zur Meeresfinanzierung im gesamten Pazifikraum dazu beitragen werden, Lücken zu identifizieren, Partnerschaften zu stärken, die langfristige Planung zu unterstützen und die Umsetzung zu beschleunigen.

*„Die Staats- und Regierungschefs des Pazifikraums haben einen ehrgeizigen Kurs für den Meeresschutz eingeschlagen. Unsere Rolle als Geldbergemeinschaft besteht darin, diese Vision mit einer langfristigen, verlässlichen Finanzierung zu unterstützen, die Verpflichtungen in dauerhafte Ergebnisse umsetzt“,* sagte Nicola Thomson vom *Bezos Earth Fund*.

Durch seine „First Wave“-Zuschüsse im Rahmen der „Unlocking Blue Pacific Prosperity Initiative“ unterstützt der *Bezos Earth Fund* die Regierungen im Pazifikraum dabei, groß angelegte Meeresschutzmaßnahmen im Einklang mit der Strategie 2050 für den Blauen Pazifikkontinent zu etablieren und nachhaltig zu

finanzieren.

*Hintergrund:* Die Veranstaltung folgte auf die Unterzeichnung einer Absichtserklärung zwischen der britischen Botschaft in Fidischi, *Conservation International* und dem Büro des Pazifik-Kommissars zur Umsetzung der „Sustainable Blue Pacific Initiative“ – einer Partnerschaft, die darauf abzielt, die Meerespolitik, die von den Gemeinden geleitete Überwachung und die nachhaltige Finanzierung in der gesamten Region zu stärken. Diese Initiative wird durch das Programm „Climate Action for a Resilient Asia“ der britischen Regierung unterstützt und soll den Pazifikstaaten dabei helfen, nationale Prioritäten im Bereich des Meeresschutzes voranzutreiben und ein langfristiges regionales Engagement für den Schutz der Hohen See aufzubauen. (*Pacific Business Review* 09.03.26, <https://fijiglobalnews.com/pacific-ocean-finance-week-sparks-global-push-for-ocean-protection/>)

### **Jahrestagung der pazifischen Fischereiminister\*innen**

Die Fischereibehörde des Pazifik-Insel-Forums (*Forum Fisheries Agency*, FFA) hat nach ihrer Teilnahme am 18. Treffen der Fischereiminister\*innen, das Ende April von der Pazifischen Gemeinschaft (SPC) in Nouméa (Neukaledonien) einberufen worden war, ihr Engagement für eine stärkere regionale Koordinierung und politische Abstimmung bekräftigt.

Die jährliche Fachtagung für die fischfangenden Pazifiknationen brachte hochrangige Beamt\*innen zusammen, um Prioritäten in den Bereichen Thunfischbewirtschaftung, Küstenfischerei und neue Herausforderungen wie

Klimaauswirkungen und digitale Überwachungssysteme zu erörtern.

FFA-Generaldirektor Noan David Pakop führte am Rande des Treffens Gespräche mit der-Führung der *Pacific Community* (SPC), wobei sich beide Organisationen darauf einigten, die institutionelle Zusammenarbeit zu vertiefen und die Durchführung regionaler Programme zu beschleunigen.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Verbesserung der Koordinierung bei Überwachungs-, Bewertungs- und Lernsystemen, die Ausrichtung der technischen Hilfe auf nationale Prioritäten sowie der Ausbau gemeinsamer Umsetzungsmechanismen zur verbesserten Unterstützung für die pazifischen Inselstaaten.

Auf der Tagung befassten sich die Fischereibeamten zudem mit laufenden wissenschaftlichen und technischen Programmen, darunter die Bestandsabschätzung von Thunfisch, Schulungsinitiativen für Beobachtende sowie die Einführung elektronischer Überwachungs- und Berichterstattungsinstrumente in der gesamten Region.

*Info:* Die zwischenstaatliche Organisation FFA, die 17 pazifische Inselstaaten vertritt, spielt eine zentrale Rolle bei der Koordinierung der regionalen Fischereipolitik und der Gewährleistung einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Thunfischbestände – einer der wertvollsten wirtschaftlichen Ressourcen in ganz Ozeanien.

(*Pacific Business Review* 28.04.26, <https://www.ffa.int/2026/04/ffa-participates-in-spcs-18th-heads-of-fisheries-meeting/>)

## Endlagerung von Atommüll auf pazifischer Insel?

Japan erwägt, eine unbewohnte Koralleninsel im westlichen Pazifik, die fast 2.000 Kilometer von Tokio entfernt liegt, als Endlagerstätte für Atommüll zu nutzen, wie Regierungsvertreter mitteilten.

In einer Zeit, in der die zivile Nutzung der Kernenergie weltweit wieder an Bedeutung gewinnt, stellt die Suche nach Endlagern für abgebrannte Brennelemente, die potenziell für Zehntausende von Jahren gefährlich bleiben, eine Herausforderung dar.

Japan bildet da keine Ausnahme, da es sich gemäß seiner Energiepolitik fünfzehn Jahre nach der Reaktor-Katastrophe von Fukushima wieder auf eine „maximale Nutzung der Kernenergie“ unter Einhaltung verschärfter Sicherheitsauflagen ausrichtet.

Die japanische Regierung möchte daher eine Vorstudie über Minamitorishima, die östlichste Insel des japanischen Hoheitsgebiets im Pazifischen Ozean, durchführen, um festzustellen, ob sie für eine atomare Endlagerstätte in Frage kommt.

Das von Zivilisten unbewohnte Minamitorishima, das sich im japanischen Staatsbesitz befindet und auch für Tourist\*innen gesperrt ist, verfügt über „eine gewisse noch ungenutzte Fläche, die für einen Standort in Frage kommt“, erklärte der japanische Industrieminister Ryosei Akazawa Anfang März gegenüber der Presse.

Bisher gibt es nur rotierendes militärisches und meteorologisches Personal auf der kleinen Insel.

Die dreieckige, von einem Korallenatoll umgebene Insel, weise aufgrund ihrer geografischen Lage zudem „günstige wissenschaftliche Voraussetzungen“ auf, fügte der Minister hinzu.

Bei der Stadtverwaltung von Tokio, die die Insel verwaltet, wurde ein Antrag gestellt, um anhand vorhandener Unterlagen die geologischen Bedingungen und die vulkanische Aktivität zu untersuchen – dies ist der erste Schritt einer dreistufigen Untersuchung zur Auswahl des Endlagerstandorts.

*Hintergrund:* An drei Standorten auf zwei der vier dicht besiedelten Hauptinseln Japans wurden bereits Untersuchungen durchgeführt, darunter zwei Standorte in Hokkaido und einer in Kyushu.

Die 1,5 km<sup>2</sup> große Insel Minamitorishima wäre der erste Kandidatenstandort, der auf eigene Initiative der Zentralregierung ausgewählt wurde. Die Insel ist extrem wichtig für Japans Ausschließliche Wirtschaftszone, die sich dadurch weit in den Pazifischen Ozean erstreckt. (*Tahiti Info 03.03.26, Nutzung von KI für die Recherche*)

## Neue Arten in der Tiefsee entdeckt

Forschende haben auf dem Tiefseeboden des Pazifischen Ozeans einen völlig neuen Evolutionszweig entdeckt, nachdem sie eine neue „Überfamilie“ und 24 neue Tiefseearten auf dem Meeresboden gefunden hatten.

Die *Amphipoden* (kleine Krebstiere) wurden auf dem Meeresboden in der Clarion-Clipperton-Zone im Zentralpazifik gefunden.

Ihre formale Identifizierung wurde in der wissenschaftlichen Fachzeitschrift „*ZooKeys*“ veröffentlicht.

Neben der Identifizierung einer neuen Familie und Überfamilie entdeckten die Wissenschaftler\*innen auch, dass bestimmte Amphipoden in viel größeren Meerestiefen lebten, als bisher für möglich gehalten wurde. Das Team aus Wissenschaftlern identifizierte außerdem die ersten molekularen Barcodes oder DNA-„Fingerabdrücke“ für diese seltenen Arten.

Unter der Leitung von Dr. Anna Jazdzewska von der Universität Łódź und Tammy Horton vom *National Oceanography Centre* waren Ende März 16 Expert\*innen und Nachwuchswissenschaftler zu einem einwöchigen Workshop zusammengekommen, der der Beschreibung der neu entdeckten Amphipodenarten aus der Clarion-Clipperton-Zone (CCZ) gewidmet war.

Dr. Horton erklärte: „Eine neue Überfamilie zu entdecken, ist unglaublich aufregend und kommt sehr selten vor, daher ist dies eine Entdeckung, an die wir uns alle erinnern werden.“

„Da mehr als 90 % der Arten in der CCZ noch unbenannt sind, ist jede beschriebene Art ein entscheidender Schritt, um unser Verständnis dieses faszinierenden Ökosystems zu verbessern“, fügte sie hinzu.

*Info:* Die Wissenschaftler\*innen, das Forschungsschiff und die Proben wurden von „*The Metals Company*“ finanziert. Diese Firma plant bereits erste Tiefseebergbauprojekte in der CCZ. (*Oceanographic Magazine 25.03.26*)

## Chile richtet Meeresschutzgebiet ein

Das am südöstlichen Rand des Pazifischen Ozeans gelegene süd-amerikanische Land Chile hat 360.000 km<sup>2</sup> Fläche rund um die Meeresschutzgebiete Juan Fernández und Nazca-Desventuradas unter vollständigen Schutz gestellt und damit eines der weltweit größten vollständig geschützten Meeresgebiete geschaffen.

Gabriel Boric, der Präsident von Chile, unterzeichnete das Dekret für das Meeresschutzgebiet Anfang März. Nach der juristischen Umsetzung des Dekrets wird die Gesamtfläche des vollständig geschützten Gebiets in der Region auf 946.571 km<sup>2</sup> erhöht, womit es nach dem Rossmeer und dem Papahānaumokuākea Marine National Monument zum drittgrößten vollständig geschützten Meereschutzgebiet der Welt wird. Chile stellt damit mehr als die Hälfte seiner Ausschließlichen Wirtschaftszone unter besonders strengen Schutz.

Die Regierung Chiles folgt mit der Ausweisung des Gebietes einem Vorschlag aus der Bevölkerung der Chile vorgelagerten Inseln. Sie betreiben dort die Hummerfischerei bereits seit 1890 nachhaltig. Ihr Plan sah die Ausweitung der Schutzgebiete rund um die Archipele Juan Fernández und Desventuradas vor, die Teil einer ausgedehnten Unterwassergebirgskette sind. Hier kommen besonders viele endemische Arten vor, u.a. der Juan-Fernández-Seebär.

Chiles Entscheidung festigt zudem seine Position als weltweit führende Kraft im Meeresschutz. Das Land ist ein Befürworter des

„Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework“ - des internationalen Abkommens, in dessen Rahmen sich die Staaten verpflichtet haben, bis 2030 mindestens 30 % der weltweiten Ozeane zu schützen, um den Verlust der biologischen Vielfalt aufzuhalten und umzukehren.

(<https://oceanographicmagazine.com/news/one-million-square-kilometres-of-ocean-gains-full-protection-in-chile/>, <https://www.cbd.int/gbf/>)

## KI-Tool soll bei Walrettung helfen

Bereits Ende letzten Jahres hat die Reederei *Matson Shipping* angekündigt, als erste Containerschiffahrtsgesellschaft der Welt ab diesem Jahr ein KI-gestütztes Tool nutzen zu wollen, um die Kollision mit Walen zu vermeiden.

Das sogenannte „WhaleSpotter System“ nutzt künstliche Intelligenz (KI), um Wale auf offener See zu erkennen.

„Es sucht nach auftauchenden Walen und misst den scheinbaren Temperaturunterschied zwischen einem Walblastrahl oder dem Körper des Wals und der Wasseroberfläche“, erklärte Daniel Zitterbart, einer der Erfinder der Technologie.

„Das System kann einen Wal mehrere Seemeilen vor dem Boot erkennen und die Kapitäne rechtzeitig auf das Tier aufmerksam machen, damit sie Ausweichmanöver einleiten können, falls sich der Wal auf dem Kurs des Schiffes befindet“, sagte er weiter.

Laut Zitterbart werden weltweit jedes Jahr schätzungsweise mehr als 10.000 Wale von Schiffen gerammt. Das System hat seit Beginn des Einsatzes auf *Matson*-Schiffen bisher 250.000 Wale

rechtzeitig vor einer Kollision orten können.

Zitterbart hofft, durch die Vereinbarung mit *Matson Shipping* die Produktion der „Whale Spotter-Systeme“ ausweiten und mehr Schiffe mit dieser Technologie ausstatten zu können.

*Info:* Das 1882 auf Hawai'i gegründete US-amerikanische Schifffahrts- und Logistikunternehmen *Matson Shipping* betreibt Fracht- und Containerschiffe vor allem im Südpazifik und ist für viele Inseln in Mikronesien die Lebensader für Versorgungsgüter, Lebensmittel, Fahrzeuge und Treibstoff.

(<https://www.hawaiipublicradio.org/26.02.26>, <https://www.whalespotter.com/>)

## Gute Frauenquote im mikronesischen Parlament

In den Föderierten Staaten von Mikronesien hat sich der Frauenanteil im nationalen Parlament innerhalb von drei Jahren fast verdreifacht und ist von 7,14 % im Jahr 2023 auf 21,43 % im Jahr 2025 gestiegen.

Diese Zahlen hat die *Pacific Community* als „Statistik der Woche“ veröffentlicht und darauf hingewiesen, dass die Föderierten Staaten von Mikronesien trotzdem noch weit von der paritätischen Geschlechterbesetzung des Parlaments entfernt sind.

Die Beobachtung der Frauenquote sei wichtig, da die Beteiligung von Frauen in Parlamenten ein entscheidender Maßstab für den gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen und Einfluss im öffentlichen Leben ist, hieß es aus der *Pacific Community*.

*Info:* Im gesamten Pazifikraum gehört die Vertretung von Frauen nach wie vor zu den niedrigsten weltweit – weniger als 8 % der Parlamentssitze werden in Ozeanien von Frauen besetzt.

(<https://www.spc.int/10.03.36>)

## MELANESIEN

### PAPUA-NEUGUINEA

#### Neues Meeresschutzgebiet soll eingerichtet werden

Papua-Neuguinea hat am Rande des ersten Melanesischen Ozeanipfels in Port Moresby Mitte Mai seine Pläne zum Schutz von rund 200.000 km<sup>2</sup> Pazifikgewässer – einer Fläche von etwa der Größe Großbritanniens – vor Fischerei und anderen zerstörerischen menschlichen Aktivitäten detailliert vorgestellt.

Das neue „*West-Manus-Meeresschutzgebiet*“ soll Teil des neu gegründeten Melanesischen Ozeankorridors der Schutzgebiete (MOCOR) sein, einem Netzwerk aus nationalen und gemeinsam verwalteten Schutzgebieten, das sich über Fidschi, Vanuatu und Papua-Neuguinea erstreckt.

Das in der Bismarcksee gelegene und als striktes „No-Take“-Gebiet ausgewiesene Schutzgebiet wird jeglichen Fischfang innerhalb seiner Grenzen verbieten.

Die Ankündigung zur Ausweisung des neuen Meeresschutzgebietes stützt sich auf umfangreiche wissenschaftliche Arbeiten. Im Jahr 2024 führte „*National Geographic Pristine Seas*“ in Zusammenarbeit mit der staatlichen „*Conservation and Environment Protection Authority*“ (CEPA) von Papua-

Neuguinea und der Umwelt- und Tierschutzorganisation „*Wildlife Conservation Society*“ eine dreimonatige Expedition durch, um sowohl die Vitalität als auch die Anfälligkeit der abgelegenen Gewässer des Landes zu dokumentieren. Das Team fand blühende Korallenriffe, aber auch Warnzeichen: geringe Haibestände, ein Indikator für Überfischung, und Tiefseearten – darunter der riesige Yokozuna-Slickhead –, die zuvor noch nie in den Gewässern von Papua-Neuguinea gesichtet worden waren.

Um die Grenzen des neuen Meeresschutzgebietes festzulegen, verfolgten Wissenschaftler\*innen gefährdete Graue Riffhaie bei ihren Wanderungen zwischen flachen und tiefen Gewässern – doch die Schutzzone wurde so konzipiert, dass sie weit über deren Verbreitungsgebiet hinausreicht und auch weit wandernde Seevögel berücksichtigt, die mehr als 200 Seemeilen von ihren Nistplätzen entfernt fliegen können.

Das Meeresschutzgebiet wird ein Gebiet umfassen, das derzeit 6,7 Prozent der industriellen Fischerei und 10 % der industriellen Thunfischfischerei in Papua-Neuguinea ausmacht. Dennoch ist die Regierung zuversichtlich, dass die Ausweisung der Fischereiwirtschaft des melanesischen Staates nicht schaden wird.

*„Wir nehmen unsere Verpflichtung, bis 2030 30 % unserer Gewässer zu schützen, sehr ernst, und dieses neue Meeresschutzgebiet bringt uns diesem Ziel einen großen Schritt näher – und gewährleistet zudem ökologische Nachhaltigkeit für heutige und zukünftige Generationen“,* sagte Yvonne Tio, Geschäftsführerin der

CEPA.

Die Ankündigung zur Einrichtung des neuen Schutzgebietes erfolgte vor mehr als 500 Delegierten, die sich auf dem *Melanesian Ocean Summit* versammelt hatten. Hier trafen sich Staats- und Regierungschefs aus Papua-Neuguinea, Fidschi, den Salomonen, Neukaledonien und Vanuatu, um über den Schutz des Ozeans zu diskutieren und eine gemeinsame langfristige Strategie festzulegen.

Die Regierung von Papua-Neuguinea wird nun den formellen nationalen Prozess zur rechtlichen Ausweisung des Meeresschutzgebietes „*Western Manus Marine Protected Area*“ einleiten.

*Info:* Papua-Neuguinea liegt im Korallendreieck, in dem der Pazifik und der Indische Ozean aufeinandertreffen. In seinen Gewässern wurden bei Untersuchungen mehr als 700 Riffarten, über 300 Hartkorallenarten sowie Tiefseeökosysteme dokumentiert, die zum Großteil noch völlig unerforscht sind. Die Region West-Manus bildet da keine Ausnahme, da sie von Unterwasserbergen, -graten und -schluchten geprägt ist, die nach Ansicht von Wissenschaftler\*innen eine Art „Meeresautobahn“ bilden, die flache Riffsysteme mit dem darunter liegenden Tiefseebereich verbindet. (<https://eturbonews.com/papua-new-guinea-western-manus-marine-protected-area/> 14.05.26, *Oceanographic Magazine* 15.05.26)

#### Premier fordert Ende der Polygamie

Premierminister James Marape erklärte dem Parlament während einer Debatte über Frauenfragen und Familienfürsorge, dass er dem Nationalen Exekutivrat in

Kürze ein Strategiepapier vorlegen werde, in dem es um das Ende der Polygamie gehen soll. Mit dem möglichen Verbot polygamer Ehen solle mehr Geschlechtergerechtigkeit hergestellt werden, erklärte Marape seinen Vorstoß.

Marape sagte, der Gesetzesentwurf zielt darauf ab, Familien zu stärken und sicherzustellen, dass Frauen und Kinder den Respekt und die Unterstützung erhielten, die ihnen zustehen.

„*Einige positive Aspekte unserer Kultur müssen bewahrt werden, aber andere Praktiken, die unseren Familien schaden, müssen hinter uns gelassen werden*“, forderte er.

Gemäß seinem Vorschlag würden bestehende polygame Ehen weiterhin offiziell anerkannt, doch künftige Ehen mit mehreren Ehepartnern wären nach Inkrafttreten des Gesetzes nicht mehr zulässig.

Marape schlug vor, dass die Regelung etwa 2030 in Kraft treten könnte, um genügend Zeit für Konsultationen und die Sensibilisierung der Bevölkerung zu lassen. Er warnte, dass Polygamie oft zu instabilen Familienverhältnissen führe, wodurch viele Frauen und Kinder ohne angemessene Fürsorge zurückblieben.

Die Regierung plant, Kirchen, Rechtsexperten und traditionelle Führer einzubeziehen, bevor sie den Gesetzesentwurf im Parlament einbringt. (*Pacnews 13.03.36*)

### **Erste Zementfabrik des Landes wird gebaut**

Die Regierung von Papua-Neuguinea hat mit der Firma „*Pacific Lime and Cement Ltd*“ eine Projektentwicklungsvereinbarung für

das „Central Lime and Cement“-Projekt in der Zentralprovinz unterzeichnet. Nach Angaben der Regierung soll dieser Schritt die Abhängigkeit von importiertem Zement verringern und die Produktionsbasis des Landes erweitern.

Der neuguineische Minister für internationalen Handel und Investitionen, Richard Maru, erklärte, die am 12. März im Regierungsgebäude in Port Moresby unterzeichnete Vereinbarung sei der Höhepunkt eines zehnjährigen Verhandlungsprozesses für das Projekt in den Orten Kido und Rea Rea. Maru sagte, 30 Prozent der Anteile an *Pacific Lime and Cement* würden von papua-neuguineischen Investoren erworben, darunter die Regierung der Zentralprovinz, Landbesitzer und die nationale Regierung über einen staatlichen Bevollmächtigten.

Landbesitzer erhalten eine Lizenzgebühr von 2 Prozent, während der Staat über einen Zeitraum von zwei Jahren 20 Millionen Kina an Fördermitteln für die Unternehmensentwicklung und 20 Millionen Kina an Fördermitteln für die Infrastrukturentwicklung bereitstellen wird, die im nächsten Staatshaushalt enthalten sein sollen.

Nach Angaben des Ministers ist der Bau in der ersten Phase des Projekts – die Branntkalköfen, einen Steinbruch, einen Kai und die dazugehörige Infrastruktur umfasst – bereits im Gange, nachdem die Baufirma im August 2025 die endgültige Investitionsentscheidung getroffen hatte.

In der Zementfabrik soll zukünftig Branntkalk, Klinker und Zement sowohl für den heimischen Markt als auch für den Export produziert werden.

„*Nach der Fertigstellung wird diese Anlage lokal hergestellten, hochwertigen und kostengünstigen Zement liefern, der Importe im Wert von Hunderten Millionen Kina ersetzen, neue nachgelagerte Industrien wie Gießereien und Ziegelwerke ansiedeln und die Produktionsbasis von Papua-Neuguinea erheblich erweitern wird*“, sagte Minister Maru.

**Hintergrund:** Papua-Neuguinea importiert derzeit fast seinen gesamten Bedarf an Branntkalk und Zement aus dem Ausland.

Regierungszahlen zeigen, dass das Land im Jahr 2024 Zement im Wert von etwa 14,3 Millionen US-Dollar (mehr als 55 Millionen Kina) sowie Zementklinker im Wert von 7,88 Millionen US-Dollar importierte, hauptsächlich aus Japan und Indonesien.

(PNG Business News 12.03. <https://www.pngx.com.pg/pacific-lime-and-cement-limited/> 26, <https://www.placltd.com/>)

### **Spatenstich für Ausbau des Hochland-Flughafens**

Am 28. April gab der Minister für Zivilluftfahrt, Wake Goi, in der Provinz Western Highlands den Startschuss für den 39,4 Millionen Kina teuren Ausbau der Start- und Landebahn des Flughafens Kagamuga nahe der Stadt Mount Hagen.

Im Rahmen des Infrastrukturprojekts, das als nationale Priorität von entscheidender Bedeutung eingestuft wird, wird die bestehende Bitumenversiegelung durch eine haltbarere Asphaltbetondecke ersetzt, um die Sicherheit zu verbessern, die Flugzeugkapazität zu erhöhen und die langfristige Wirtschaftstätigkeit in der Region zu fördern. Die

Finanzierung der Arbeiten erfolgt intern durch die staatliche *National Airports Corporation* (NAC).

In seiner Rede während der Eröffnungszeremonie in Mt. Hagen sprach Minister Goi den Führungskräften und der Bevölkerung der Provinz Western Highlands sowie der benachbarten Provinzen Simbu und Enga seine Anerkennung für ihre Geduld angesichts der langjährigen Forderung nach einer Start- und Landebahn aus, die für größere Flugzeuge geeignet ist.

Er erklärte, der Flughafen Kagamuga sei nach wie vor ein strategischer Verkehrsknotenpunkt, der nach Port Moresby der zweitwichtigste Flughafen des Landes sei und eine zentrale Rolle für die Anbindung von Wirtschaft, Tourismus und Verwaltung in den Highlands spiele.

Neben den Arbeiten an der Start- und Landebahn kündigte Goi umfassendere Reformen im Flughafenbereich an, die auf die Verbesserung von Ordnung und Sicherheit abzielen. Dazu gehören die Verlegung informeller Märkte und die Durchsetzung eines Verbots des Verkaufs von Betelnüssen und Zigaretten auf dem Flughafenparkplatz und in den Terminalbereichen, das ab Mitte Mai in Kraft tritt.

Er erklärte, die Maßnahmen seien Teil einer umfassenderen Modernisierungsagenda im Einklang mit der dritten Phase des Investitionsprogramms zur Entwicklung der Zivilluftfahrt (CADIP III), das ab 2028 künftige Start- und Landebahnverlängerungen sowie Terminalmodernisierungen vorsieht. (PNG Business News 04.05.26, <https://nac.com.pg/kagamuga-airport/>)

## Unterstützung für Polio-Impfung

Die japanische Regierung hat Papua-Neuguinea 18 Millionen Kina (4,2 Millionen US-Dollar) zur Verfügung gestellt, um das Land bei der Ausweitung seiner Polio-Impfungen und weiterer Schutzmaßnahmen zu unterstützen.

Nach mehreren Polio-Ausbrüchen im Land im Herbst letzten Jahres bereitet das neuguineische Gesundheitsministerium derzeit eine große angelegte Impfkaktion in den Provinzen Morobe, Enga, dem National Capital District und in den Zentralprovinzen vor.

Bisher ist es den Gesundheitsbehörden noch nicht gelungen, eine ausreichende Durchimpfungsrate zu erreichen, was unter anderem auf eine unzureichende Impfstoffversorgung im Hochland und auf den abgelegenen Inseln zurückzuführen war, so das japanische Außenministerium.

Bis Oktober 2025 waren in ganz Papua-Neuguinea 64 positive Polio-Fälle gemeldet worden. Seit November wurden jedoch keine neuen Fälle mehr gemeldet.

*Info:* Polio (dt. Kinderlähmung) wird durch Polioviren verursacht, die sich im Darm vermehren und über Stuhl oder kontaminiertes Wasser verbreitet werden. Die Infektion verläuft bei den meisten Menschen symptomlos oder nur mit milden Beschwerden wie Fieber, Kopf- und Gliederschmerzen, Übelkeit oder Abgeschlagenheit.

Wenn das Virus das zentrale Nervensystem befällt, kann es die Motoneurone schädigen, was zu dauerhaften Lähmungen der Arme, Beine oder der Atemmuskulatur führen kann. Etwa 1 von

200 Infektionen führt zu einer paralytischen Form, die lebensbedrohlich sein kann, wenn die Atemmuskulatur betroffen ist. Langfristig kann es auch zum Post-Polio-Syndrom kommen, das Jahre nach der Infektion Muskelschwäche, Schmerzen und Müdigkeit verursacht.

Bisher erlitten fünf Kinder in Papua-Neuguinea durch das Virus eine Lähmung von Gliedmaßen. (Radio NZ Pacific 26.02.26, [www.netdoktor.de](http://www.netdoktor.de))

## ADB unterstützt Wasserversorgung

Die *Asiatische Entwicklungsbank* (ADB) hat ein Darlehen in Höhe von 60,9 Millionen US-Dollar zur Verbesserung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in städtischen Gemeinden in Port Moresby und Vanimo nahe der Grenze zu Westpapua (Indonesien) genehmigt.

Die Finanzierung der ADB umfasst ein reguläres Darlehen aus ordentlichen Kapitalmitteln in Höhe von 30 Millionen US-Dollar und ein konzessionäres Darlehen aus ordentlichen Kapitalmitteln in Höhe von 30,9 Millionen US-Dollar.

Die Regierung von PNG wird 3 Millionen US-Dollar als Gegenfinanzierung bereitstellen. Ein zusätzlicher Zuschuss der ADB für technische Hilfe in Höhe von 1,5 Millionen US-Dollar wird die Integration digitaler Systeme, die institutionelle Stärkung und die Erkundung von Möglichkeiten für öffentlich-private Partnerschaften unterstützen.

*„Dies ist ein Meilenstein in unserer Partnerschaft mit Papua-Neuguinea – unser erstes Darlehen für*

*Investitionen in den Wassersektor des Landes seit mehr als 25 Jahren. Es wird den Zugang zu sicherem Wasser erweitern, die öffentliche Gesundheit verbessern und widerstandsfähigere sowie nachhaltigere Wasser- und Sanitärsysteme für städtische Gemeinden sowohl in Port Moresby als auch in Vanimo schaffen“,* erklärte Takafumi Kadono, der ADB-Länderdirektor für PNG.

Mehr als 160.000 Menschen in der Hauptstadt Port Moresby und der Grenzstadt Vanimo werden direkt von einem verbesserten Zugang zu einer sicheren und zuverlässigen Wasserversorgung profitieren. Im Rahmen des Projekts werden auch die sanitären Einrichtungen modernisiert, um sicherzustellen, dass behandeltes Abwasser sicher abgeleitet wird und keine Gefahr für die öffentliche Gesundheit oder die Umwelt darstellt.

In Port Moresby sieht das Projekt die Sanierung der Wasseraufbereitungsanlage Mount Eriama, den Ausbau der Speicherkapazitäten und der Verteilungsnetze sowie die Reduzierung von Wasserverlusten vor. Zudem werden die Klärteiche von Waigani saniert, um die Abwasserqualität zu verbessern und den Umweltschutz zu stärken.

In Vanimo, wo es derzeit kein flächendeckendes Wasserversorgungssystem gibt, wird ein neues, widerstandsfähiges System entwickelt, das Grundwasser- und Quellquellen, Aufbereitungsanlagen und Hausanschlüsse mit Wasserzählern umfasst.

*Info:* Das Projekt unterstützt die Nationale Wasser-, Sanitär- und Hygienepolitik 2015–2030 von

Papua-Neuguinea (*PNG's National Water, Sanitation, and Hygiene Policy*) und steht im Einklang mit der Halbzeitüberprüfung der Strategie 2030 der ADB, insbesondere deren Schwerpunkt auf Klimaschutz, digitaler Transformation und Entwicklung des Privatsektors. (*PNG Business News 25.02.26*)

### **Weltbank unterstützt Agrarsektor**

Die Weltbank hat 250 Millionen US-Dollar (mehr als 1 Milliarde Kina) zur Unterstützung der Umsetzung des Nationalen Agrarsektorplans (*National Agriculture Sector Plan, NASP*) 2024–2033 von Papua-Neuguinea zugesagt, wobei die Mittel über das Projekt zur Kommerzialisierung und Diversifizierung der Landwirtschaft in Papua-Neuguinea (*PNG Agriculture Commercialisation and Diversification Project, PACD*) bereitgestellt werden.

Die von der Weltbank unterstützte PACD-Initiative zielt darauf ab, wettbewerbsfähige und diversifizierte landwirtschaftliche Wertschöpfungsketten für ausgewählte Rohstoffe zu entwickeln und die Produktivität der Landwirte in den Zielprovinzen zu verbessern. Das Programm konzentriert sich auf die Stärkung von Partnerschaften zwischen Kleinbauern, Erzeugergruppen und Unternehmen des Privatsektors und unterstützt gleichzeitig Verbesserungen beim Marktzugang, bei der Verarbeitung und in der landwirtschaftlichen Infrastruktur.

Das Projekt wird vom Ministerium für Landwirtschaft und Viehzucht in Zusammenarbeit mit Branchenverbänden wie dem Nationalen Kakaorat und der

Kaffeeindustrie umgesetzt, wobei der Schwerpunkt auf ertragreichen Rohstoffen wie Kaffee, Kakao, Kokosnüssen, Gewürzen und Kleinvieh liegt. (*PNG Business News 06.03.26*)

### **35 neue Brücken eingeweiht**

Premierminister James Marape hat am 9. März 2026 offiziell 35 neu errichtete permanente Brücken entlang des Highlands Highway eingeweiht und bei seiner Rede den wichtigsten Verkehrskorridor des Landes als „*Rückgrat der Wirtschaft Papua-Neuguineas*“ bezeichnet. „*Diese Autobahn hält das Land am Laufen. Sie transportiert den Großteil unserer Wirtschaft vom Hochland zum Hafen von Lae und in den Rest der Welt. Es lohnt sich, Milliarden Kina in dieses nationale Gut zu investieren*“, sagte er.

Die feierliche Einweihung fand an der großen Zumim-Brücke im Bezirk Markham statt und markierte den Abschluss der ersten großen Phase des Brückenausbaus entlang des Highways im Rahmen der zweiten Tranche des von der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) finanzierten „*Sustainable Highlands Highway Investment Programme*“ (SHHIP).

Die neuen zweispurigen Betonbrücken ersetzen veraltete Brücken, die jahrzehntelang den Highway bedient hatten, sich jedoch unter zunehmender Verkehrsbelastung und schwerem Güterverkehr entlang des wichtigen Korridors, der die Highlands-Region mit dem Hafen von Lae verbindet, zersetzt hatten.

Der Minister für öffentliche Arbeiten, Gibson Holemba, gab einen

technischen Überblick über das Projekt und erklärte, dass der Abschnitt des *Highlands Highway* zwischen Nadzab (nahe Lae) und Henganofi sich über etwa 202 Kilometer erstreckt und 35 Brücken mit einer Gesamtlänge von 1.773 Metern umfasst. Im Rahmen des Projekts wurden zudem 45 Bushaltestellen am Straßenrand errichtet, um die Erreichbarkeit und Sicherheit für die Gemeinden entlang der Strecke zu verbessern.

„Diese Autobahn verbindet fast fünf Millionen Menschen. Etwa 40 bis 50 Prozent des Landes nutzen diese Straße und fast 80 Prozent unserer Exporte werden über diesen Korridor transportiert“, erklärte der Minister für Bauwesen und Straßenbau, Peter Tsiamalili Jr.. Er forderte die Gemeinden entlang der Autobahn auf, Verantwortung für den Schutz der nationalen Infrastruktur zu übernehmen.

Regierungsvertreter erklärten bei der Zeremonie auf der Zumin-Brücke, dass die Modernisierungen Teil des umfassenderen „Connect PNG“-Programms seien, das darauf abzielt, die nationale Verkehrsinfrastruktur zu stärken, die wirtschaftliche Anbindung zu verbessern und die langfristige Entwicklung in ganz Papua-Neuguinea zu unterstützen. (PNG Business News 19.03.26)

### KI-Rechenzentrum eröffnet

Papua-Neuguinea hat mit Unterstützung durch die *Telikom Limited* am 1. April sein erstes eigenständiges KI-Rechenzentrum zur Förderung des digitalen Wachstums eingeweiht.

Die neue Einrichtung stellt sicher, dass wichtige nationale Daten

innerhalb von PNG gespeichert werden, wodurch die Abhängigkeit von ausländischer Infrastruktur verringert und die Kontrolle über sensible Informationen gestärkt wird.

„Hier geht es um Souveränität, Sicherheit und den Aufbau nationaler Kapazitäten. Viele Jahre lang wurde ein Großteil unserer Daten im Ausland gespeichert, was bedeutete, dass unsere Systeme und Dienste auf eine Infrastruktur angewiesen waren, die sich unserer Kontrolle entzog. Das ändert sich heute“, erklärte Amos Tepi, der CEO von Telikom, bei seiner Eröffnungsrede. Tepi sagte weiter, die Eröffnung des Rechenzentrums zeige die Bereitschaft Papua-Neuguineas, an der globalen digitalen Wirtschaft teilzunehmen und neue Technologien wie KI zu nutzen. Er beschloss seine Rede mit den Worten: „Dies ist mehr als ein Projekt – es ist ein Statement. Ein Statement, dass Papua-Neuguinea bereit ist. Ihre Daten. Unser Boden. Unbegrenzte Möglichkeiten.“

*Hintergrund:* Durch Partnerschaften mit *Datec PNG*, *CloudSigma* und *Docu Consultants* verbindet das Projekt internationales Technologie-Know-how mit lokalen Entwicklungszielen, maschinelles Lernen & künstlicher Intelligenz. (PNG News Facts 01.04.26)

### BOUGAINVILLE

#### Ex-Parlamentarierin mit Umweltpreis ausgezeichnet

Am 20. April ist Theonila Roka Matbob aus Bougainville gemeinsam mit fünf Frauen aus England, den USA, Südkorea, Kolumbien und Nigeria mit dem

renommierten „*Goldman Environmental Prize*“ ausgezeichnet worden.

Matbob erhielt den Preis in der Kategorie „Environmental Justice“ für ihr Engagement gegen den Bergbaukonzern *Rio Tinto*. Sie führte eine Kampagne an, die den zweitgrößten Bergbaukonzern der Welt dazu zwang, im November 2024 eine wegweisende Absichtserklärung zu unterzeichnen, um die durch die seit langem stillgelegte Panguna-Mine verursachten ökologischen und sozialen Schäden zu beheben. Obwohl das Unternehmen den Standort bereits 35 Jahre zuvor nach einem Aufstand gegen die Mine aufgegeben hatte, erkannte es nun offiziell das breite Spektrum der durch die Mine verursachten Umweltschäden an und hat einen Sanierungsprozess eingeleitet, der darauf abzielt, Umweltrisiken zu beseitigen und einen langfristigen Sanierungsmechanismus zu etablieren.

Während ihrer 17-jährigen Betriebszeit leitete die Panguna-Mine täglich schätzungsweise 150.000 Tonnen Abraum in nahegelegene Flüsse – insgesamt mehr als 1 Milliarde Tonnen –, was die Flusssysteme von Jaba und Kawerong zerstörte und Tausende von Menschen beeinträchtigte, die flussabwärts leben. Anwohnende berichten von schwerwiegenden Gesundheitsproblemen infolge der Verschmutzung, darunter Hautkrankheiten, Magen-Darm- und Atemwegsinfektionen sowie Schwangerschaftskomplikationen.

Theonila Roka Matbob (ca. 36) ist eine indigene Frau der Nasioi aus dem Basikang-Clan (Central Bougainville), die ihre frühen Jahre

nur wenige Minuten von der Panguna-Mine entfernt verbrachte. Ihre Kindheit war zutiefst geprägt von den doppelten Auswirkungen der Mine und des Bürgerkriegs im Land. Als Kleinkind musste Theonila mit ansehen, wie ihr Vater von Rebellen verschleppt und später getötet wurde. Ihre Mutter floh daraufhin mit den Kindern ins nahegelegene Arawa, wo Theonila die nächsten sechs Jahre in einem von der PNG Defence Force kontrollierten Flüchtlingslager verbrachte.

Die Mine und ihre Folgen prägten ihr lebenslanges Engagement, sich gegen deren ökologische und soziale Schäden einzusetzen. Im Jahr 2013 gründete sie gemeinsam mit ihrem Ehemann das „John Roka Counselling & Learning Centre“, eine NGO, die Bildungsangebote und Traumabehandlung für vom Bürgerkrieg betroffene Gemeinschaften bereitstellt. 2018 nahm sie am „Panguna Listening Project“ der katholischen Diözese von Bougainville teil und arbeitete 2019 mit dem Human Rights Law Centre (HRLC) zusammen, um Zeugenaussagen von Dorfbewohner\*innen entlang des Flusstals zu sammeln und die anhaltenden und weitreichenden Umweltschäden durch Bergbauabfälle zu dokumentieren

Im September 2020 wurde Theonila neben 155 weiteren Menschen von Bougainville zur Hauptbeschwerdeführerin in einer wegweisenden Menschenrechtsbeschwerde, die das HRLC bei der australischen Nationalen Kontaktstelle für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln (Aus-NCP) gegen Rio Tinto einreichte. Die Beschwerde warf Rio Tinto Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang

mit dem giftigen Erbe der Panguna-Mine vor.

Von 2020 bis 2025 saß Theonila Matbob im Repräsentantenhaus der Autonomen Republik Bougainville. Sie war Bildungsministerin im Kabinett von Präsident Ishmael Toroama.

(<https://www.goldmanprize.org/recipient/theonila-roka-matbob/#recipient-bio>, Wikipedia)

### ARB übernimmt Mehrheitsanteile

Die Autonome Regierung von Bougainville (ARB) hat Ende Februar die Mehrheitsanteile an *Bougainville Copper Limited* übernommen und hält jetzt 72,9 % an der noch immer geschlossenen Panguna Gold- und Kupfermine.

ARB-Präsident Ishmael Toroama erklärte, der Aktienanteil von Bougainville bestehe zu 36,45 Prozent aus Anteilen der ARB und zu 36,45 Prozent aus Anteilen der *Bougainville Minerals Limited*.

„Als Mehrheitseigentümer ist die ARB nach geltendem Gesellschaftsrecht vollumfänglich berechtigt, die strategische Ausrichtung des Unternehmens im besten Interesse der Bevölkerung von Bougainville festzulegen“, sagte Toroama. Er fügte jedoch hinzu, dass das Unternehmen derzeit nicht über die technischen oder finanziellen Kapazitäten verfüge, um die Bergbauaktivitäten eigenständig voranzutreiben.

Toroama erklärte weiter, die ARB sei weiterhin entschlossen, dafür zu sorgen, dass die Sanierung von Panguna auf rechtmäßige, transparente und geordnete Weise voranschreite und den Menschen im Land dauerhafte Vorteile bringe. (*Islands Business* 26.02.26)

### Nationale Fluggesellschaft gegründet

Die autonome Regierung von Bougainville hat eine neue nationale Fluggesellschaft, die „*Bougainville Wings Limited*“, gegründet.

Präsident Ishmael Toroama leitete die Einweihungsfeier am Flughafen in Buka und bezeichnete die Gründung der regionalen Fluggesellschaft als einen lang erwarteten Schritt zur Stärkung der Anbindung und zur Förderung des Wachstums in der gesamten autonomen Region Bougainville (ARB). In Buka wurde zunächst nur ein Flugzeug in Betrieb genommen, eine Cessna 208B mit dem Luftfahrzeugkennzeichen P2-BWL.

*Bougainville Wings* soll die „*Bougainville 2052 Vision*“ unterstützen, indem sie die Verkehrsanbindung verbessert, insbesondere in abgelegenen und unterversorgten Gebieten wie Nissan, Buin, Torokina und den Atollen.

Info: *Bougainville Wings* ist ein Joint Venture zwischen der ARB und *Outback Aviation*, wobei Bougainville über die *Bougainville Public Investment Corporation Limited* eine Mehrheitsbeteiligung von 70 Prozent hält.

(PNG Business News 20.04.26, <https://www.aspa.aero/news/post/2026-04-22-234418>)

## SALOMONEN

### Neuer Premierminister

Am 15. Mai wurde Matthew Cooper Wale (Jahrgang 1968) zum neuen Premierminister der Salomonen gewählt. Wale von der *Solomon Islands Democratic Party* gewann eine geheime Abstimmung der Abgeordneten mit

26 zu 22 Stimmen gegen den ehemaligen Außenminister Peter Shanel Agovaka, nachdem Premierminister Jeremiah Manele am 7. Mai durch ein Misstrauensvotum abgesetzt worden war.

Der langjährige Oppositionsführer Wale, der seit zwei Jahrzehnten für den Wahlbezirk Aoke/Langalanga im Parlament sitzt, war ein lautstarker Kritiker des Sicherheitspakts, den die Salomonen 2022 mit China unterzeichnet hatten. Zunächst forderte er dessen Aufhebung und warf dem damaligen Premierminister Manasseh Sogavare vor, sich wie eine Marionette Pekings zu verhalten. Später rückte er jedoch von dieser starren Haltung ab und forderte stattdessen, das Abkommen öffentlich zu machen.

Wale skizzierte nach seinem Wahlsieg bereits eine neue Richtung für das Land und erklärte in seiner ersten Ansprache an die Nation: „*Es steht ein Wandel bevor.*“ Bereits im Vorfeld der Wahl hatte Wale zahlreiche Versprechen abgegeben und eine Aufstockung der Krankenhausmittel sowie Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst gefordert. Er hatte zudem die kostenlose (Schul-)Bildung für alle Einwohner\*innen der Salomonen als „*oberste Priorität*“ bezeichnet.

*Info:* Von 2019 bis zu seiner Wahl im Mai 2026 war Wale in der Opposition. Zum Jahreswechsel 2025 wurde er für seine politischen Verdienste um das Land mit dem Orden „*Commander of the Order of the British Empire*“ (CBE) ausgezeichnet. Wale ist gelernter Buchhalter und stammt aus der bevölkerungsreichsten Provinz Malaita. (*ABC Pacific News 15.05.26, The Guardian 15.05.26, Wikipedia*)

### **Manele stellt Infrastruktur-Investitionsplan vor**

Der (damals noch amtierende) Premierminister der Salomonen, Jeremiah Manele, hat das Konzeptpapier zum *Nationalen Infrastruktur-Investitionsplan der Salomonen* (SINIIP) 2026 vorgestellt, in dem Infrastrukturprojekte im Wert von mehr als 19 Mrd. SBD\$ (2,2 Mrd. US-Dollar) aufgeführt sind, die das Wirtschaftswachstum fördern und die öffentlichen Dienstleistungen verbessern sollen.

Der Plan wurde am 9. März in der Hauptstadt Honiara im Rahmen einer Auftaktveranstaltung vorgestellt, an der Minister, Diplom\*innen, Entwicklungspartner, staatliche Unternehmen, Vertretende des Privatsektors und zivilgesellschaftliche Organisationen teilnahmen.

Der SINIIP dient als nationaler Planungsrahmen, der darauf ausgelegt ist, wichtige Infrastrukturprojekte im ganzen Land zu identifizieren und zu priorisieren.

Das sogenannte „*Dossier 2026*“ fasst Vorschläge von Ministerien, Provinzregierungen, staatlichen Unternehmen und anderen Interessengruppen zu einem Maßnahmenkatalog für vorrangige Projekte zusammen.

*„Bei der Infrastruktur geht es nicht nur um Straßen, Häfen, Stromnetze oder Gebäude. Bei der Infrastruktur geht es um Chancen. Es geht darum, unsere Inseln zu verbinden, unsere Bevölkerung zu stärken, unsere Wirtschaft zu festigen und Widerstandsfähigkeit für die Zukunft aufzubauen“,* erklärte der Premier bei der Vorstellung des Dossiers für dieses Jahr.

Im Rahmen des Konzeptpapiers sind bereits mehrere Groß-

projekte vorangekommen, darunter das Wasserkraftprojekt am Tina River, der Ausbau der Solar- und Stromnetze auf der Insel Malaita sowie die kurz vor dem Abschluss stehende Umsetzung des nationalen Breitbandprogramms, in dessen Rahmen 98 Telekommunikationsmasten errichtet wurden, um die Netzabdeckung im ganzen Land zu verbessern.

Die Regierung hat zudem Fortschritte im Bereich der sozialen Infrastruktur gemeldet, darunter 22 Gesundheitsprojekte im Wert von rund 3,7 Milliarden SBD\$ und 37 Bildungsinitiativen, darunter die Modernisierungen von Sekundarschulen und Einrichtungen an der Nationaluniversität der Salomonen.

*Info:* Zu den im Infrastrukturdossier 2026 identifizierten vorrangigen Sektoren gehören die bessere Verkehrsanbindung, erneuerbare Energien sowie Informations- und Kommunikationstechnologie, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Gesundheits- und Bildungsinfrastruktur sowie Einrichtungen zur Unterstützung von Fischerei, Landwirtschaft und Handel. (*Pacific Business Review 10.03.26*)

### **Treffen mit kirgisischem Botschafter**

Premierminister (damals noch im Amt) Jeremiah Manele hat sich in seinem Büro am Regierungssitz in Honiara zu einem bilateralen Gespräch mit Anvar Anarbaev, dem Sonderbeauftragten des Präsidenten der Kirgisischen Republik, getroffen.

Das Treffen war ein wichtiger Schritt zur Stärkung der diplomatischen Beziehungen zwischen

den Salomonen und der Kirgisischen Republik und baute auf den seit 2014 bestehenden formellen Beziehungen auf. Beide Seiten bekräftigten ihr gemeinsames Bekenntnis zum Multilateralismus, zu den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und zur Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Gremien.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit und die Förderung gemeinsamer Interessen bei den Vereinten Nationen. Manele begrüßte den Besuch als Gelegenheit, das Verhältnis zur Kirgisischen Republik zu vertiefen und praktische Bereiche der Zusammenarbeit zu erkunden, darunter nachhaltige Entwicklung und institutionelle Zusammenarbeit.

Bei dem Treffen wurden auch gemeinsame globale Herausforderungen wie Klimawandel, nachhaltige Entwicklung und internationale Sicherheit erörtert, wobei die Bedeutung eines fortgesetzten Dialogs und einer weiteren Zusammenarbeit hervorgehoben wurde.

Anarbaev informierte den Premierminister über die Kandidatur der Kirgisischen Republik für einen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Amtszeit von 2027 bis 2028. Der Besuch des kirgisischen Botschafters war Teil der Bemühungen des Landes, bei seinen Partnern Unterstützung für seine Kandidatur zu gewinnen.

*Info:* Die seit 1991 unabhängige Kirgisische Republik (auch: Kirgistan) mit ihren sieben Millionen Einwohnenden ist ein Binnenstaat in Zentralasien, der an

Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan und China grenzt. Sie ist seit 1992 Mitglied der Vereinten Nationen. Die Salomonen und die Kirgisische Republik nahmen 2014 diplomatische Beziehungen auf. (*Pacific Business Review 19.03.26, Wikipedia*)

## FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Dr. Klaus Schilder, Leiter der Misereor Dialog- und Verbindungsstelle Ozeanien, in Suva, Fidschi.]

### Sicherheitsabkommen zwischen Fidschi und Australien vor Abschluss

Das Kabinett von Fidschi hat den neuen Vertrag des Landes mit Australien, die „*Vuvale Union*“, gebilligt. In einer Erklärung bezeichnete die fidschianische Regierung diesen als ein Rahmenwerk, das die langjährige Partnerschaft beider Länder stärken und formalisieren werde. Zuvor hatten der fidschianische Premierminister Sitiveni Rabuka und die australische Außenministerin Penny Wong in Suva erklärt, dass Sicherheit ein zentraler Pfeiler des Abkommens sein werde. Die Zusammenarbeit soll zudem in Schlüsselbereichen wie wirtschaftlicher Integration, Klimaschutz, digitaler Konnektivität, Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Infrastruktur vertieft werden.

Die sog. *Vuvale-Union* soll den gemeinsamen Wohlstand, Resilienz und den Pazifik-Regionalismus fördern. Wong zufolge werde der Vertrag drei Säulen haben: Wirtschaft, Sicherheit und Menschen. *„Dies spiegelt unser gemeinsames Verständnis wider, dass wir in einer Welt voller*

*Herausforderungen und zunehmender Konflikte gemeinsam stärker sind.“* Sie fügte hinzu, dass das Abkommen den Menschen in Australien und Fidschi sowie der Region über Generationen hinweg zugutekommen werde. Der australische Minister für Pazifikangelegenheiten, Pat Conroy, erklärte, die Vuvale-Union werde Fidschis Kapazitäten in den Bereichen Grenzschutz, Polizeiarbeit, Gesetzgebung, Strafverfolgung und Gesundheitswesen stärken, um die grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen.

Die Union fußt auf der derzeitigen „*Vuvale-Partnerschaft*“. Diese wurde 2019 erstmals geschlossen und sollte die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit stärken. Premierminister Rabuka erklärte, die Union werde auch die vom Pazifik-Insel-Forum beschlossene „*Ocean of Peace*“-Erklärung umsetzen, die darauf abzielt, die Region frei von Militarisierung zu halten. Er erklärte, die Vuvale-Union positioniere Australien als „*vertrauenswürdige Partner, die gemeinsam daran arbeiten, die Widerstandsfähigkeit zu stärken, die Stabilität zu sichern und die gemeinsamen Interessen unserer Region voranzubringen*“.

Kathryn Paik vom *Center for Strategic and International Studies* sieht in dem Abkommen ein weiteres Zeichen für Australiens massive Bemühungen, die Sicherheitsbeziehungen im gesamten Pazifikraum zu festigen – vor allem als Reaktion auf Chinas wachsende Bestrebungen, in diesem strategisch wichtigen Raum Einfluss und Präsenz zu gewinnen. In den letzten Jahren entfaltete Australien eine intensive diplomatische Aktivität und

unterzeichnete maßgeschneiderte Abkommen mit Papua-Neuguinea (2025), Nauru (2024) und Tuvalu (2023), die alle spezifische Sicherheitskomponenten enthalten, welche Chinas Einflussbereich indirekt einschränken sollen.

Den besonderen Fokus der Vuvale-Union auf die Stärkung der Zusammenarbeit und den Kapazitätsaufbau in den Bereichen Polizeiarbeit, Bekämpfung illegaler Aktivitäten und Strafverfolgung deutet Paik als weiteren Schritt hin zu einer übergeordneten australischen Sicherheitsperspektive in der Region.

(RNZ 08.05.26 [www.rnz.co.nz/news/pacific/Fidschi/594661/Fidschi-cabinet-approves-new-treaty-with-australia](http://www.rnz.co.nz/news/pacific/Fidschi/594661/Fidschi-cabinet-approves-new-treaty-with-australia), RNZ 07.05.26 [www.rnz.co.nz/news/pacific/594418/security-deal-between-Fidschi-and-australia-appears-close](http://www.rnz.co.nz/news/pacific/594418/security-deal-between-Fidschi-and-australia-appears-close), CSIS 08.05.26 [www.csis.org/analysis/what-australia-and-Fidschis-new-treaty-means-pacific-state-play](http://www.csis.org/analysis/what-australia-and-Fidschis-new-treaty-means-pacific-state-play))

### Treibstoff in Fidschi wird knapper und teurer

Angesichts des anhaltenden Iran-Konflikts steigen die Preise im gesamten pazifischen Raum weiter an und die steigenden Benzinkosten wirken sich auch auf die Lebensmittelpreise aus. Die Auswirkungen der Preisschocks sind in Fidschi bereits zu spüren. So stiegen Ende April die Preise für Diesel um 93 Cent FJD pro Liter (32,18 Prozent) – umgerechnet etwa 0,36 Euro, für Kerosin um 59 bis 61 Cent FJD pro Liter und für Benzin um 20 Cent FJD pro Liter.

Zuvor hatte die fidschianische Wettbewerbs- und Verbraucherschutzkommission (FCCC) die neuen Kraftstoff- und Flüssiggaspreise freigegeben. Die Kommission habe einen schrittweisen Anpassungsansatz gewählt, um die

Verbraucher\*innen vor plötzlichen Schocks zu schützen, und warnt, dass die Dieselpreise ohne diesen Mechanismus 4,50 Dollar pro Liter hätten übersteigen können.

Die Preise für die 12-kg Flüssiggasflasche – in Fidschi eine wichtige Kochenergiequelle – stiegen um 22 Cent FJD und für die 4,5-kg-Flaschen um 8 Cent FJD. Zudem wurde der Stromtarif bereits im Januar um 24,2 % für diejenigen Haushalte erhöht, die monatlich mehr als 100 Einheiten verbrauchen. Damit soll eine gewisse soziale Abfederung erreicht werden. Taxifahrer berichten zudem, dass die Grundgebühren erhöht wurden.

Während die Preise für Grundnahrungsmittel zunächst relativ stabil geblieben sind, wurden Preiserhöhungen in Fast-Food-Restaurants, Gaststätten und Tankstellen beobachtet. „*Es ist teurer geworden ... um 15 bis 20 % gestiegen ... alle Artikel sind teurer ... die Tomaten und das Gemüse ... es ist sehr schwer zu bekommen ... wir kaufen es jetzt aus dem Ausland*“, sagte Alipate Bilavucu, der Präsident der *Nadi Vendors Association*.

Die Wettbewerbs- und Verbraucherschutzkommission führt die Erhöhungen auf einen starken Anstieg der weltweiten Kraftstoffkosten zwischen März und April zurück, darunter höhere Preise für raffinierte Kraftstoffe, gestiegene Frachtkosten und anhaltende geopolitische Spannungen, die sich auf die Lieferketten auswirken. Die Kommission fügte hinzu, dass allein die Preise für raffinierten Diesel auf dem internationalen Markt um fast 70 Prozent gestiegen sind, während

Kerosin um mehr als 60 Prozent verteuert wurde.

Auch an anderer Stelle versucht die Regierung zu sparen. Das Parlament stimmte letzte Woche für eine verpflichtende Kürzung der Gehälter aller 55 Parlamentsmitglieder um 20 Prozent. Der von Premierminister Sitiveni Rabuka eingebrachte Vorschlag wurde einstimmig angenommen – obwohl der Oppositionsführer eine deutliche Kürzung auf 50 Prozent forderte.

Erst im Mai 2024 stimmten fidschianische Abgeordnete für eine deutliche Gehaltserhöhung, wobei gewöhnliche Parlamentarier eine Erhöhung von bis zu 138 Prozent gegenüber ihren Grundgehältern erhielten, während der Premierminister eine Gehaltserhöhung von fast 22 Prozent erhielt. Die jetzige Kürzung gilt für die Grundgehälter von Abgeordneten, Kabinetts- und Assistentenministern, dem Oppositionsführer und dem Premierminister, mit dem Ziel, die Auswirkungen der steigenden Kosten, die gewöhnliche Bürger\*innen empfinden, abzumildern. Premierminister Rabuka zufolge werde die Reduzierung „für die Dauer der Kraftstoffkrise“ gültig bleiben. Zudem sagte er, die Treibstoffkrise habe erheblichen Druck auf die Wirtschaft des Landes ausgeübt, die als kleiner Inselstaat „weiterhin anfällig für äußere Schocks“ bleibt.

Australien stellt zwischenzeitlich gezielte Budgethilfen in Höhe von 30 Millionen AU\$ bereit, um Fidschi bei der Bewältigung der weltweiten Kraftstoffkrise zu unterstützen. Die Regierung in Canberra arbeite daran, sicherzustellen, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft würden, um die

Treibstoffversorgung der Region zu gewährleisten, und wies dabei auf die zentrale Rolle Fidschis als regionaler Wirtschaftshub hin. (RNZ 07.05.26, <https://www.rnz.co.nz/news/pacific/594418/security-deal-between-fidji-and-australia-appears-close>, ABC Pacific 13.04.26 [www.abc.net.au/pacific/programs/pacificbeat/pac-food-costs/106557302](http://www.abc.net.au/pacific/programs/pacificbeat/pac-food-costs/106557302), FBC News 30.04.26 [www.fbcnews.com.fj/news/fuel-and-lpg-prices-set-to-rise-again/](http://www.fbcnews.com.fj/news/fuel-and-lpg-prices-set-to-rise-again/))

### **Großer Rat der Häuptlinge drängt auf weitreichende Verfassungsänderungen**

Der Große Rat der Häuptlinge (*Great Council of Chiefs*, kurz GCC) oder Bose Levu Vakaturaga (BLV) von Fidschi hat weitreichende Vorschläge zur Änderung der Verfassung des Landes vorgelegt, und damit eine heftige Debatte ausgelöst. In seiner Stellungnahme an die Kommission zur Verfassungsüberprüfung hat der GCC wesentliche Änderungen in den Bereichen Regierungsführung und Rechte skizziert. Dazu gehören die Befugnis des Rates, den Präsidenten und den Vizepräsidenten zu ernennen, sowie Anwendung der Bezeichnung „Fidschianer“ ausschließlich für indigene Fidschianer\*innen, die sog. *iTaukei*. Das GCC beruft sich dabei auch auf die UN-Konvention über die Rechte Indigener Menschen (UNDRIP).

Auch die Rechte von Kindern sollen den Vorstellungen des GCC zufolge abgeschwächt werden. So soll der Artikel 41 der Verfassung, der Kinder vor Gewaltanwendung schützt, künftig um einen Ermessensspielraum für Eltern und Lehrkräfte erweitert werden. Weitere Empfehlungen umfassen die Reform des Wahlsystems, das nach Ansicht des Rates derzeit die

Vertretung der Provinzen und die Rechenschaftspflicht benachteiligt, sowie die Streichung der Begriffe ‚Geschlecht‘ und ‚sexuelle Orientierung‘ aus Abschnitt 26(3) über das Recht auf Gleichheit und Freiheit von Diskriminierung. Schließlich soll den Vorstellungen konservativer iTaukei-Kreise zufolge auch die verfassungsrechtliche Festlegung, wonach Fidschi ein säkularer Staat ist, gestrichen und durch die Festlegung auf einen christlichen Staat ersetzt werden.

Die konservativen und in vielen Fällen gegen geltendes Völkerrecht verstoßenden Vorschläge des GCC haben heftige Reaktionen in der Öffentlichkeit ausgelöst. Selbst indigene Fidschianer\*innen mahnen zur Vorsicht bei raschen Veränderungen. Ein Einwohner sagte den Medien nach der Ansprache von Premierminister Sitiveni Rabuka zur Eröffnung des GCC in Suva im Dezember letzten Jahres: *„Die Verfassung kann nicht über Nacht geändert werden. Notwendig sei eine gründliche öffentliche Debatte und darüber hinaus eine Zweidrittelmehrheit im Parlament.“*

Professor Steven Ratuva, ein politischer Soziologe, hat sich bereits zuvor zur Rolle des GCC in Fidschi geäußert. Im Gespräch mit ABC im Jahr 2024 sagte er: *„Der Große Rat der Häuptlinge hat in der Vergangenheit viele Fehler begangen, unter anderem wurde er von einigen als Hebel für Ethnonationalismus und Rassenhass missbraucht. Er muss sich darüber erheben und als einigendes, versöhnendes und friedensstiftendes Gremium fungieren und wahrgenommen werden“*, sagte Ratuva.

Kritikern des GCC zufolge spiegeln diese einen umfassenderen Wandel hin zu einer stärker nationalistisch geprägten Politik Fidschis wider. Dies findet Ausdruck in der Forderung, indigenen Fidschianern künftig *„eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der politischen Ausrichtung Fidschis“* zuzusprechen.

Nilesh Lal von der Misereor-Partnerorganisation *„Dialogue Fidji“* sieht in den Forderungen eine mehrfache Verletzung des Völkerrechts, denn hinter der hochtrabenden Sprache verbirgt sich ein gefährliches Argument: dass eine ethnische Gruppe einen übergeordneten Anspruch auf den Staat, auf die nationale Identität und letztlich auf die wirtschaftliche Zukunft des Landes haben sollte. Fidschi ist Vertragspartei zentraler Menschenrechtsverträge, einschließlich der Verpflichtungen gegen Rassendiskriminierung, Verpflichtungen zur Gleichstellung von Frauen und zum Schutz von Kindern. Richtig ist, dass die UNDRIP die Rechte indigener Völker schützt. Sie bekräftigt Identität, Kultur, Land und Selbstbestimmung. Sie schreibt laut Lal aber keine ethnisch exklusive nationale Identität vor. Eine solche ethnonationalistische Politik würde Fidschi rückwärts führen, in eine Politik, in der ethnische Zugehörigkeit der Hauptschlüssel zu Staatsbürgerschaft, Zugehörigkeit und wirtschaftlichen Ansprüchen ist. Und sie hebt ganz sicher nicht den Grundsatz auf, dass alle Bürger eines Staates vor dem Gesetz gleich sind.

Fidschi steht – gerade vor den im Zeitraum Juni 2026 bis Februar 2027 bevorstehenden Wahlen – vor der großen Herausforderung, darüber nachzudenken wie Tradition, Identität und moderne

Regierungsführung bei der Gestaltung der Zukunft Fidschis in Einklang gebracht werden können und dabei ethnische Spannungen vermieden werden.

Der GCC wurde 2012 von der Regierung unter Premierminister Bainimarama mit der Begründung, dass der Rat den Elitismus fördere, spaltende Politik betreibe und nicht mehr in die moderne, demokratische Vision eines geeinten Fidschis passe, aufgelöst. 2023 wurde der GCC unter der stärker ethno-national orientierten Regierung Rabuka wieder eingesetzt und kehrte als formelles Beratungsgremium mit Einfluss auf Fidschis traditionelle und politische Angelegenheiten zurück. (*Pacific Media Network 07.04.26 pmn.co.nz/read/pacific-region/Fidschi-chiefs-push-bold-constitutional-changes-sparking-public-debate*; Facebook 13.04.26 [www.facebook.com/share/1EKaDBKpmd/](https://www.facebook.com/share/1EKaDBKpmd/))

### **Weltbank-Report: Fidschi könnte eine Generation verlieren**

Die Weltbank warnt davor, dass es in Fidschi in den nächsten zehn Jahren zu einem Anstieg des Drogenkonsums unter Jugendlichen kommen könnte, wenn nicht zeitnah Arbeitsplätze für junge Menschen geschaffen werden. Mindestens 19 Prozent der Jugendlichen im Lande haben derzeit keine Arbeit oder sind nicht in Ausbildung.

Zwar schneidet Fidschi laut des jüngsten „Pacific Economic Update“ der Weltbank bei der Jugendbeschäftigung besser ab als viele andere Pazifikstaaten, doch könnte die wachsende Drogengefahr die wirtschaftlichen Erfolge und das künftige Arbeitskräftepotenzial untergraben.

Naomi Mathenge, Länderökonomin der Weltbank für Fidschi, sieht jetzt dringenden politischen Handlungsbedarf. *„Die Gefahr liegt im steigenden Risiko, die Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen zu vernachlässigen, insbesondere angesichts der Chancen, die sich im Laufe des nächsten Jahrzehnts ergeben werden. Wenn junge Menschen heute keine Arbeit finden, greifen sie möglicherweise auf illegale Aktivitäten [wie den Drogenhandel] zurück, um sich von der Arbeits- und Perspektivlosigkeit abzulenken. Es geht auch um den Verlust der Würde, der damit einhergeht, wenn man wirtschaftlich nicht integriert ist.“*

Angesichts der wachsenden jugendlichen Bevölkerung in Fidschi bleiben Bedenken bestehen, ob genügend Arbeitsplätze für diejenigen verfügbar sein werden, die demnächst in den Arbeitsmarkt eintreten. Da die Jugendarbeitslosigkeit in Fidschi wie im gesamten Pazifikraum weiterhin hoch ist und immer mehr junge Menschen in den Arbeitsmarkt eintreten werden, fordert die Weltbank-Ökonomin Ruth Nikijuluw die Pazifikstaaten nachdrücklich auf, mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. *„In den nächsten 10 Jahren werden neun der zehn Länder mit der höchsten Jugendbevölkerung pazifische Inselstaaten sein. Diese Welle kommt eindeutig auf die Region zu. Die Frage ist nun, ob wir sie nutzen und in eine wirtschaftliche Chance verwandeln können, die langfristiges Wachstum vorantreibt.“*

Wirtschaftswissenschaftlern zufolge könnte die junge Bevölkerung in Fidschi bis 2035 zu einem Wachstumstreiber werden, aber nur, wenn es der Politik und

Privatwirtschaft gelingt, langfristige Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen. (*FBC News 13.05.26 World Bank flags Fidschi youth crisis – FBC News, The Fidschi Times 13.05.26 Act Now on Youth; Weltbank 12.05.26 Pacific Economies Must Shift Toward Jobs and Long-Term Resilience as Global Uncertainty Persists*)

### **Korruption innerhalb der fidschianischen Polizei**

Die fidschianische Polizei gab bekannt, dass nach einer fast sechsmonatigen multinationalen polizeilichen Ermittlung 11 fidschianische Polizeibeamte der Zusammenarbeit mit Drogenhändlern beschuldigt werden und an die Staatsanwaltschaft übergeben wurden.

Am 1. Dezember letzten Jahres veröffentlichte ein Social-Media-Aktivist mehr als 100 Screenshots von Viber-Nachrichten zwischen den Beamten und einem Mitglied einer in Auckland ansässigen organisierten kriminellen Vereinigung, den sog. *Comancheros*. Zu den in den Screenshots abgebildeten Polizeibeamten gehörten Streifenpolizisten, Beamte der Kriminalpolizei (CID) sowie der Leiter des Drogenfahndungsbüros, Fisi Nasario. Die Nachrichten zeigten angeblich, wie Nasario und andere forderten, einen Mordauftrag gegen eine Person zu erteilen, und Hinweise zu möglichen Aufenthaltsorten und Bewegungen gaben. Sie zeigten auch Beamte, die Zahlungen forderten, mit Angaben zu Übergabeorten und Abholvereinbarungen.

In einer Erklärung teilte die Polizei mit, dass australische und neuseeländische Behörden bei den Ermittlungen „mitgewirkt“

hätten. Am 2. Dezember gab die fidschianische Polizei die Ermittlungen bekannt; kurz darauf wurden die Mobiltelefone der Beamten beschlagnahmt. Den elf Angeklagten – darunter Einheimische und Ausländer – werden Taten im Zusammenhang mit der Beschlagnahme von mehr als 2,6 Tonnen Kokain und anderen illegalen Drogen vorgeworfen, die im vergangenen Monat gefunden wurden.

Der Fall reiht sich ein in eine Reihe von Korruptionsfällen im Zusammenhang mit illegalen Drogen. Seit 2021 sollen zwischen 50 und 60 Polizeibeamte wegen Drogendelikten angeklagt worden sein. Zuletzt wurden im Januar 2026 im Rahmen der sog. *Vatia-Kokainrazzia* zwei hochrangige Beamte der Westdivision vom Dienst suspendiert und gegen sie ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, da sie mutmaßlich dem Syndikat, das an dem Kokainschmuggel beteiligt war, Informationen zugespielt haben sollen.

(*Fiji Times* 07.05.26 [www.fidchiantimes.com.fj/officers-accused-of-theft/](http://www.fidchiantimes.com.fj/officers-accused-of-theft/), *RNZ* 19.05.26 [www.rnz.co.nz/news/pacific\\_fidschi/595544/eleven-fidschian-police-officers-investigated-for-ties-to-auckland-drug-trade-links](http://www.rnz.co.nz/news/pacific_fidschi/595544/eleven-fidschian-police-officers-investigated-for-ties-to-auckland-drug-trade-links), *Pacific Media Network* 18.05.26 [pnm.co.nz/read/law-and-order/fidschi-police-officers-face-charges-as-pacific-drug-seizures-surge](http://pnm.co.nz/read/law-and-order/fidschi-police-officers-face-charges-as-pacific-drug-seizures-surge), *Facebook* 20.04.26 [www.facebook.com/groups/641064213154167/posts/1998755304051711/](https://www.facebook.com/groups/641064213154167/posts/1998755304051711/))

### **Drogenkrise in Fidschi und der Region spitzt sich zu**

Die australische Bundespolizei (AFP) hat aktuelle Zahlen zu den 2026 bisher im Pazifikraum beschlagnahmten Drogen veröffentlicht – mehr als das Dreifache der Gesamtmenge, die im Jahr 2025 beschlagnahmt wurde. In einer

Erklärung von Kommissarin Krissy Barrett hieß es, dass seit Januar 17 Tonnen illegaler Drogen, hauptsächlich Kokain, von lokalen und internationalen Strafverfolgungsbehörden im Pazifikraum beschlagnahmt worden seien. Demnach belief sich die Gesamtmenge der Beschlagnahmungen im Pazifikraum im vergangenen Jahr auf etwa 4,6 Tonnen.

Barrett erklärte, dass der Großteil der illegalen Drogen, die in den Pazifikraum und durch diesen geschmuggelt werden, für Australien bestimmt sei. Daher habe die AFP eine moralische Verantwortung zu handeln und eine direkte Verantwortung gegenüber der australischen Öffentlichkeit, zu verhindern, dass diese Drogen das Land erreichen.

Fidschi wird als *Ground Zero* der Drogenkrise im Pazifik bezeichnet, da Kartelle den Inselstaat zunehmend als Tor zu den lukrativen Märkten Australiens und Neuseelands nutzen und Einheimische immer häufiger in kriminelle Aktivitäten verwickelt werden. In einem Schritt, der in Fidschi gemischte Reaktionen ausgelöst hat, wurden im Mai im ganzen Land Kontrollpunkte von Militär und Polizei eingerichtet, um die Infiltration durch organisierte kriminelle Netzwerke zu stoppen. Premierminister Rabuka hatte zudem darüber nachgedacht, im Land bald den Ausnahmezustand zu verhängen, um Polizei und Militär das Vorgehen gegen drogenbezogene Bandenkriminalität in dem Inselstaat zu erleichtern. Dies könnte auch Ausgangssperren und strenge Kontrollen der Bewegungsfreiheit sowie der Meinungsfreiheit bedeuten.

Der Vorschlag hat in einigen Teilen der Bevölkerung für Nervosität gesorgt, da der ehemalige Premierminister und Militärmacht-haber Frank Bainimarama, der das Land 15 Jahre lang mit eiserner Faust regierte, diese Taktik nutzte, um die öffentliche Debatte zu unterdrücken und die Militärherrschaft zu festigen. Auch werden negative Auswirkungen auf die Tourismusindustrie befürchtet.

Die Forderung Rabukas stieß auf Kritik der fidschianischen Menschenrechts- und Antidiskriminierungskommission. Kommissionsdirektorin Loukinikini Lewaravu erklärte, dass sie die Besorgnis der Öffentlichkeit und der Regierung über die sehr schwerwiegenden sozialen, gesundheitlichen und sicherheitsrelevanten Auswirkungen illegaler Drogen auf Einzelpersonen, Familien und Gemeinschaften teile, insbesondere auf junge Menschen, Kinder, schutzbedürftige Gemeinschaften und Menschen mit Erfahrungen mit Drogenabhängigkeit oder psychischen Problemen. Sie begrüßte das öffentliche Bekenntnis der Regierung, dass alle Maßnahmen im Kampf gegen die Drogen im Einklang mit der Verfassung, der Rechtsstaatlichkeit und den Menschenrechtsstandards durchgeführt werden. Lewaravu erklärte, dass Strategien zur Drogenbekämpfung sorgfältig konzipiert und umgesetzt werden müssen, damit sie nicht zu Diskriminierung, rassistischem, geschlechtsspezifischem oder sozialem Profiling oder zur Stigmatisierung von Einzelpersonen oder Gruppen führen.

Die Kommission erklärte weiter, dass Grundrechte wie Bewegungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Privatsphäre und ein ordnungsgemäßes Verfahren nicht willkürlich

oder ungerechtfertigt ausgesetzt werden dürfen.

(02.05.26 [www.abc.net.au/news/2026-05-02/Fidschi-drugs-gang-crackdown-state-of-emergency/106619794](http://www.abc.net.au/news/2026-05-02/Fidschi-drugs-gang-crackdown-state-of-emergency/106619794), Fiji Village 02.05.26 [Fijiivillage.com/news/human-rights-warns-anti-drug-ops-state-of-emergency-must-uphold-human-rights-1977e4](http://Fijiivillage.com/news/human-rights-warns-anti-drug-ops-state-of-emergency-must-uphold-human-rights-1977e4), RNZ 18.05.26 [www.rnz.co.nz/news/pacific/595543/australian-federal-police-17-tonnes-of-drugs-seized-in-pacific-so-far-in-2026](http://www.rnz.co.nz/news/pacific/595543/australian-federal-police-17-tonnes-of-drugs-seized-in-pacific-so-far-in-2026))

### Fidschis Gesundheitssystem braucht Unterstützung

Die *Fiji Medical Association* (FMA) hat die enorme Belastung des Gesundheitspersonals beklagt und die Notwendigkeit systemischer Unterstützung im Sektor hervorgehoben. Das Gesundheitspersonal arbeitet unter extremen Ressourcenengpässen und leistet dennoch weiterhin eine hochwertige Versorgung. Das Gesundheitssystem Fidschis leidet seit Längerem unter Personal-, Infrastruktur-, Finanz- und Ressourcenmangel, doch Ärzte, Pflegekräfte und das gesamte Fachpersonal zeigen Innovationskraft und beharrliche Einsatzbereitschaft, um die Patient\*innen effektiv zu versorgen.

FMA-Präsident Dr. Ronald Kumar erklärte, die Vereinigung würdige diese Bemühungen im Vergleich zu den entwickelten Gesundheitssystemen im Ausland. *„Diese Widerstandsfähigkeit ist eine zentrale Stärke, unterstreicht aber auch den dringenden Bedarf an systemischen Verbesserungen [im Gesundheitswesen].“*

Die eskalierenden HIV- und Drogenkrisen erfordern darüber hinaus sektorübergreifende, koordinierte Maßnahmen, die über das Gesundheitswesen hinausgehen,

und sie bleiben ein großes Problem der öffentlichen Gesundheit, das durch eine sich zuspitzende Drogenproblematik verschärft wird. Aufklärungsarbeit muss vor allem in den Dörfern und Gemeinden geschehen, um Kinder und Jugendliche vor der wachsenden Bedrohung durch illegale Drogen zu schützen. Beispielhaft hat das Dorf Namoli (Lautoka) gemeinsame Treffen mit Männern, Frauen, Jugendlichen, Kirchenvertretern, Ältesten und der Polizei organisiert, um über das Problem aufzuklären – eine Premiere für die Gemeinde.

Für Kontroversen sorgt hingegen der nicht ganz neue Vorschlag des indo-fidschianischen Anlageberaters und Politiker Sandeep Singh zur Einführung der Todesstrafe für schwere Drogendelikte. Sein Vorschlag hat bei den Anhörungen der *Kommission zur Verfassungsüberprüfung* (CRC) heftige Debatten ausgelöst und Fragen hinsichtlich der Menschenrechte und der Vollzugsbefugnisse aufgeworfen. Zudem forderte Singh erweiterte Polizeibefugnisse und spezielle Drogenschnellgerichte, um der sich verschärfenden nationalen Drogenkrise entgegenzuwirken. Den Vorschlag zur Wiedereinführung der Todesstrafe für schwere Drogenverbrechen hatten fidschianische Politiker und traditionelle Führer in der Vergangenheit immer wieder erhoben.

Die fidschianische Kommission für Menschenrechte und Antidiskriminierung hat dagegen immer wieder darauf hingewiesen, dass die Todesstrafe keine Lösung für die zunehmenden Drogenprobleme im Lande sei. Vielmehr müssten Gesetze und Gerichtsverfahren in Fidschi politisch gestärkt und in Aufklärungsarbeit

investiert werden, anstatt extreme Strafen einzuführen.

(*Islands Business* 11.05.26 [islandsbusiness.com/news-break/urgent-action-needed-for-Fijis-healthcare-system/](http://islandsbusiness.com/news-break/urgent-action-needed-for-Fijis-healthcare-system/), FijiSun 29.04.26 [Fijisun.com.fj/news/nation/namoli-villagers-unite-to-protect-children-from-drugs](http://Fijisun.com.fj/news/nation/namoli-villagers-unite-to-protect-children-from-drugs), FijiSun 03.05.26 [Fijisun.com.fj/news/nation/crc-hears-push-for-tougher-drug-laws](http://Fijisun.com.fj/news/nation/crc-hears-push-for-tougher-drug-laws))

## VANUATU

### Vanuatu will Partnerschaft mit Hongkong vertiefen

Premierminister Jotham Napat Nauka hat während einer Delegationsreise nach Hongkong eine Konferenz mit dem Titel *„Zukunft und Entwicklung der Beziehungen zwischen Vanuatu und Hongkong für 2026 und darüber hinaus“* einberufen, auf der er Vanuatus Vision für die nächste Phase der Zusammenarbeit mit Hongkong dargelegt hat. Es sei jetzt die Zeit für den Übergang in eine *„neue Phase der Beziehungen“*, die durch stärkeres politisches Vertrauen, intensiveres institutionelles Engagement, verstärkte finanzielle Zusammenarbeit und eine breitere Anbindung an die Kapitalmärkte gekennzeichnet sei, erklärte der Premier.

Der Premierminister traf sich mit führenden Vertretern und hochrangigen Beamten der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong, darunter Regierungschef John Lee Ka-chiu, um Themen von beiderseitigem Interesse zu erörtern. Die Gespräche fanden vor dem Hintergrund des anhaltenden Wachstums des bilateralen Handels und der sich erweiternden Perspektiven für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Volkswirtschaften statt.

Zu den Schlüsselbereichen, in denen eine engere Koordinierung angestrebt wird, zählen regionale Angelegenheiten, Entwicklungsagenden, die Mitwirkung in internationalen Organisationen, Wirtschaftsführung, Finanzregulierung und institutionelle Entwicklung. Beide Seiten sprachen sich für die Schaffung stabilerer und geregelterer Rahmenbedingungen aus, um die bilaterale Kommunikation, die Koordinierung und den politischen Dialog zu stärken. (*Pacific Business Review* 05.02.26)

### **Regierungsfahrzeuge sind nicht verkehrstauglich**

Nach Angaben des Ministeriums für öffentliche Arbeiten haben in diesem Jahr nur 20 % der Regierungsfahrzeuge in Port Vila die Verkehrstauglichkeitsprüfung (analog zum deutschen „TÜV“) bestanden.

Verkehrstauglichkeitsprüfer Hilton Matamalele erklärte, dass gemäß § 32 des Straßenverkehrsgesetzes alle Fahrzeuge unabhängig von der Zulassungsart einer Prüfung unterzogen werden müssten, einschließlich Fahrzeuge mit G-Kennzeichen, 4VE- und RV-Fahrzeuge.

Er erklärte weiter, dass die Prüfungsanforderungen je nach Fahrzeugkategorie variieren: Privatfahrzeuge müssen vier Anforderungen erfüllen: eine Verkehrstauglichkeitsbescheinigung, eine Versicherung, die Kfz-Steuer und einen Führerschein.

Öffentliche Verkehrsmittel müssen neun Anforderungen erfüllen, während Regierungsfahrzeuge zwei erfüllen müssen: eine gültige

Verkehrstauglichkeitsbescheinigung und einen Führerschein des Fahrers. Matamalele sagte, dass trotz dieser Vorschriften die Einhaltung der Vorschriften bei Regierungsfahrzeugen nach wie vor sehr gering sei: „Fahrzeuge, die von Strafverfolgungsbehörden genutzt werden, darunter die Polizei und die Vanuatu Mobile Force, haben die Prüfungen ebenfalls nicht bestanden“, bemängelte er.

*Info:* Nach jüngsten Flottenanpassungen und Veräußerungen hat sich die Zahl der offiziell registrierten Regierungsfahrzeuge von Vanuatu von über 400 auf derzeit 375 verringert. (*VBTC* 02.04.26)

### **Handelsschiff nimmt Betrieb auf**

Im Mai hat das neue Handelsschiff „MV Karaka“ den Betrieb aufgenommen. Es läuft auf der Route zwischen Port Vila (Vanuatu) und Neukaledonien und soll den Handel zwischen den beiden Staaten verbessern.

Die „MV Karaka“, die normalerweise für die Verbindung zwischen Nouméa und der Inselgruppe der Loyalitätsinseln (nordöstlich der Hauptinsel Grande Terre) in Neukaledonien eingesetzt wird, hat Mitte Mai ihre Jungfernfahrt von Neukaledonien zur Hauptstadt Port Vila sowie nach Luganville auf der nördlichen Insel Espiritu Santo aufgenommen. Der neue Seeverkehrsdienst wird von der französischen Reederei CMI (*Compagnie Maritime des Îles*) betrieben. Die *MV Karaka* soll die Vanuatu-Route zukünftig einmal im Monat bedienen.

„Dies ist ein wichtiger Meilenstein für Vanuatu“, sagte Minister Samson Samsen und wies darauf hin,

dass die neue Schifffahrtsroute die wirtschaftlichen Beziehungen stärken und den Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen den beiden Ländern verbessern werde.

Die „Karaka“ wird laut Angaben des Ministeriums eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung des Exports wichtiger Rohstoffe wie Kava, Kakao und Kopra spielen und gleichzeitig den Import von Gütern, Maschinen und Dienstleistungen ermöglichen, die für den laufenden Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung Vanuatus benötigt werden.

Ein Ministeriumssprecher erklärte, die neue Seeverbindung werde zudem Möglichkeiten für verstärkte Investitionen, eine verbesserte Logistik und den Ausbau der wertschöpfenden Produktion eröffnen und Vanuatu als stärkeren Handelspartner im Pazifik positionieren.

Die Regierung von Vanuatu betrachtet die Indienstellung des Handelsschiffes als Teil einer umfassenderen Strategie zum Aufbau von Wirtschaftskorridoren und zur Stärkung der regionalen Integration, wobei Neukaledonien als Schlüsselmarkt für Produkte aus Vanuatu identifiziert wurde. (*Vanuatu Business Review* 17.03.26, *Radio NZ Pacific* 11.05.26)

### **China bildet Polizeikräfte aus**

Mehr als 50 Polizeibeamte aus Santo, Tanna und Malekula haben im März an Kurzzeit-Ausbildungsprogrammen im Polizeiausbildungszentrum China-Pazifikinseln (*China-Pacific Island Countries Police Training Centre*) teilgenommen. Die Weiterbildung umfasste praktische Bereiche wie

Selbstverteidigung, Motorradfahren und die Durchsetzung von Vorschriften zum Thema „Alkohol am Steuer“.

Der chinesische Botschafter Li Minggang erklärte, die Programme seien Teil der laufenden Bemühungen, die Fähigkeiten und die Professionalität der Polizei von Vanuatu zu verbessern. „Diese Initiativen vermitteln praktisches Wissen und praktische Fähigkeiten, von denen Polizeibeamte im ganzen Land profitieren werden“, sagte er.

Die Initiative spiegele auch das Engagement Vanuatus wider, seine Polizei zu professionalisieren, regionale Partnerschaften zu stärken und die öffentliche Sicherheit im ganzen Land zu verbessern, ergänzte ein Polizeisprecher aus Vanuatu.

*Info:* Derzeit absolvieren zwei Polizeibeamte aus Vanuatu mit Vollstipendien des chinesischen Ministeriums für öffentliche Sicherheit ein Bachelorstudium im Bereich Polizeiarbeit am *Fujian Police College*. Darüber hinaus erhalten zwei Beamte der *Vanuatu Mobile Force* eine vollfinanzierte Ausbildung an chinesischen Militärakademien. (*Vanuatu Daily Post* 01.04.26)

## KANAKY (NEUKALEDONIEN)

### Frankreich finanziert Wiederaufbau

Die französische Regierung hat Anfang Mai einen umfassenden Pakt zur wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung für Neukaledonien angekündigt und über einen Zeitraum von fünf Jahren mehr als zwei Milliarden Euro (etwa 280 Milliarden VT) bereitgestellt, um

die wirtschaftliche Erholung, die soziale Stabilität und die langfristige Entwicklung des französischen Überseegebiets nach den jüngsten Unruhen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu unterstützen.

Dem Dokument zufolge erreichen die Transferzahlungen des französischen Staates an Neukaledonien im Jahr 2024 ein beispielloses Niveau und machten 38 Prozent des BIP des Gebiets aus. Frankreich stellte allein im vergangenen Jahr 2025 rund drei Milliarden Euro (357 Milliarden XPF) an Unterstützung bereit, um einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern und grundlegende Dienstleistungen aufrechtzuerhalten.

Im Rahmen des Wiederaufbauplanes will Frankreich die Beschäftigung ankurbeln und Investitionen anziehen, und zwar durch Senkungen der Unternehmenssteuern, die Schaffung steuerfreier Zonen, den Ausbau von Mikrokreditprogrammen sowie Versicherungsmechanismen zur Deckung von Schäden im Zusammenhang mit Unruhen.

Der Aufbauplan konzentriert sich zudem auf Infrastruktur und wirtschaftliche Diversifizierung, einschließlich Investitionen in Fischerei, Landwirtschaft, Tourismus, Verkehrsnetze, Straßen, Brücken, Wasserversorgung und Stromversorgung, insbesondere in abgelegenen Gemeinden. Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zum Klimaschutz bilden ebenfalls einen wesentlichen Bestandteil des Programms.

Bis zu 500 Millionen Euro sollen in den Nickel-Sektor fließen, sofern sich die lokalen Akteure auf

Reformen und eine nachhaltige Strategie für diesen nach wie vor überlebenswichtigen Sektor für das Territorium einigen.

Die französischen Behörden erklärten, die Sanierung der öffentlichen Finanzen sei eine weitere Priorität, mit dem Ziel, den Haushalt Neukaledoniens bis 2030 wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Zu den Maßnahmen gehören staatlich garantierte Darlehen, Zuschüsse und mehrjährige Finanzvereinbarungen, die an Reformverpflichtungen geknüpft sind.

Französische Regierungsvertreter beschrieben den Wiederaufbauplan als eine gemeinsame Verantwortung von Staat, lokalen Institutionen, politischen Führern, traditionellen Autoritäten, Gewerkschaften und wirtschaftlichen Akteuren. (*Vanuatu Daily Post* 08.05.26, *Pacific Business Review* 01.06.26)

### Studie soll Reformen vorschlagen

Die Regierung Neukaledoniens und die französische Entwicklungsagentur (*Agence Française de Développement*, AFD) haben eine Vereinbarung zur Finanzierung einer strategischen Studie unterzeichnet, die darauf abzielt, den Sektor der Sozial- und Solidarwirtschaft des Territoriums nach den wirtschaftlichen Turbulenzen im Zusammenhang mit den Unruhen im Mai 2024 zu stärken und umzustrukturieren.

Die Initiative wurde von Naïa Wateou gemeinsam mit Vertretern der AFD vorgestellt. Sie soll dazu beitragen, einen klareren Rahmen für die Entwicklung der Sozial- und Solidarwirtschaft (SSE)

zu schaffen, zu der Genossenschaften, Vereine, Stiftungen und sozial orientierte Unternehmen gehören, die neben ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit auch sozialen und ökologischen Zielen Vorrang einräumen.

Die Behörden bezeichneten diesen Sektor als wichtiges Instrument zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit, zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zur Unterstützung einer inklusiven wirtschaftlichen Erholung in Neukaledonien nach den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Ereignisse vom Mai 2024.

Die von der AFD mit fast 7,5 Millionen CFP-Francs finanzierte Studie umfasst Kartierungs- und Bestandsaufnahmen im SSE-Sektor, die Bewertung der Bedingungen für den Zugang zu Finanzmitteln sowie die Analyse des Unterstützungsbedarfs des Sektors, einschließlich der good governance, Projektplanung und Nachhaltigkeit des Wirtschaftsmodells.

Das Projekt soll außerdem Möglichkeiten für den Zugang zu öffentlichen, nationalen und internationalen Finanzmitteln prüfen und Empfehlungen für eine langfristige territoriale Strategie zur Entwicklung des SSE-Sektors erarbeiten. (*Pacific Business Review* 15.04.26, <https://franceinenglish.com/p/new-legal-framework-boosts-social-economy-in-new-caledonia>)

### **Pumpspeicherkraftwerk geplant**

Neukaledonien treibt die Pläne zum Bau eines Pumpspeicherkraftwerks in Tontouta voran. Das Projekt zielt darauf ab, die Energiesicherheit zu stärken, die Integration erneuerbarer Energien zu fördern und die Abhängigkeit

von importierten Brennstoffen zu verringern.

Regierungsmitglied Christopher Gygès und Jean-Gabriel Faget, Geschäftsführer des regionalen Energieversorgers *Enercal*, erklärten, das Projekt sei ein bedeutender Schritt hin zu größerer Energieunabhängigkeit für das französische Territorium im Pazifik.

Das geplante Pumpspeicherkraftwerk soll überschüssigen Strom, der tagsüber durch Solaranlagen erzeugt wird, speichern und in Zeiten hoher Nachfrage oder bei geringer Erzeugung aus erneuerbaren Energien, insbesondere nachts, wieder abgeben.

Nach Angaben der Behörden soll die Anlage eine Speicherkapazität von rund 900 Megawattstunden bereitstellen, was etwa 35 % des jährlichen Stromverbrauchs von Neukaledonien entspricht.

Das Projekt könnte jährlich schätzungsweise 225.000 Tonnen Kohlendioxidemissionen vermeiden und gleichzeitig den Brennstoffverbrauch um etwa 65.000 Tonnen pro Jahr senken.

Derzeit ist der Baubeginn des Pumpspeicherkraftwerks für 2028 geplant, die Bauzeit wird rund vier Jahre betragen. Die Anlage soll für eine Betriebsdauer von mehr als 60 Jahren ausgelegt werden.

*Info:* Pumpspeichersysteme funktionieren nach einem geschlossenen Kreislauf, an dem zwei Stauseen auf unterschiedlichen Höhen beteiligt sind. In Zeiten mit Stromerzeugungsüberschüssen wird Wasser mithilfe von überschüssigem Strom in einen oberen Stausee gepumpt. Steigt der Bedarf, wird das gespeicherte Wasser zurück in einen tiefergelegenen Stausee geleitet und treibt dabei Turbinen an, um Strom zu

erzeugen. (*Pacific Business Review* 15.04.26, Wikipedia)

### **Insolvenz der Fluggesellschaft**

Die neukaledonische Inlandsfluggesellschaft *Air Calédonie* (AirCal) hat am 28. März 2026 Insolvenz angemeldet, nachdem Kund\*innen auf den Außeninseln des französischen Pazifikterritoriums fast einen Monat lang Blockaden organisiert hatten. Die Konzernleitung erklärte, die „*Situation sei nicht mehr tragbar*“. Das Unternehmen erklärte, dass im Rahmen des vorgeschlagenen Verfahrens alle Schulden eingefroren würden und *Air Calédonie* den Betrieb fortsetzen könnte, sofern die Wiederaufnahme der Flüge zwischen den Inseln genehmigt werde.

Die Blockade betraf alle Ziele von *AirCal* auf den Außeninseln, darunter die Loyalitätsinseln (Maré, Lifou, Ouvéa und Tiga) und die Île des Pins (südlich der Hauptinsel Grande Terre).

Die Protestbewegung namens „Nutzerkollektiv“ war von Gruppen verärgerter Kund\*innen auf den Außeninseln initiiert worden, die sich gegen die Entscheidung des Unternehmens wehren wollten, den Betrieb von *Air Calédonie* vom Flughafen Nouméa Magenta zum internationalen Flughafen La Tontouta in Neukaledonien zu verlegen, der mehr als fünfzig Kilometer von der Hauptstadt Nouméa entfernt liegt. Der kleinere Flughafen Magenta, der bisher dem Inlandsverkehr vorbehalten war, liegt näher an Nouméa.

*Info:* *Air Calédonie* nahm Mitte der 1950er Jahre den Flugbetrieb auf. Derzeit betreibt das Unternehmen eine Flotte von vier

Turboprop-Flugzeugen des Typs ATR-72.

*Air Calédonie* erklärte, man sei weiterhin „entschlossen, ein für Neukaledonien unverzichtbares Unternehmen zu retten und einen tragfähigen Sanierungsplan auszuarbeiten“.

Ein ähnlicher Plan war bereits 2024 im Zuge der Krise nach den Unruhen umgesetzt worden.

Ob die Airline gerettet werden kann, hängt stark von Verhandlungen mit den Inselgemeinschaften und den Entscheidungen der Gerichte bzw. der Regierung ab.

(Radio NZ Pacific 28.03.26, <https://www.air-cal-edonie.nc/en/news/blog/>)

### **Steuervergünstigungen ziehen Investoren an**

Lokale Steueranreize und Steuervergünstigungen haben im vergangenen Jahr private Investitionen in Höhe von fast 17,9 Milliarden CFP-Francs (160 Millionen US-Dollar) zur Folge gehabt.

Neun Großprojekte wurden im Rahmen lokaler Steuererleichterungsprogramme genehmigt und schufen bzw. sicherten 241 Arbeitsplätze. Die neun Projekte brachten dem französischen Überseegebiet mehr als 7,6 Milliarden Francs an Steuer- und Sozialerträgen ein.

Die Projekte entstanden in den Sektoren Tourismus, erneuerbare Energien, verarbeitendes Gewerbe und Agrar- und Lebensmittelindustrie.

Die Steueranreize seien ein probates Mittel zur Förderung und Entwicklung einheimischer Unternehmen, hieß es aus dem Wirtschaftsministerium.

Zu den genehmigten Investitionen gehörte das Projekt „Valorization of Industrial Products“, das

darauf abzielt, Nickelschlacke – die bisher als Abfall behandelt wurde – in hochwertige industrielle Schleifmittel für den Export umzuwandeln.

Im Rahmen des Projekts wird in Doniambo bei Nouméa eine Verarbeitungsanlage errichtet, die die lokale Produktion von „Emerald Blast“ ermöglicht, einem Material, das in der industriellen Oberflächenbehandlung verwendet wird. Die Initiative soll Logistikkosten und CO<sub>2</sub>-Emissionen senken, da die Rohschlacke nicht mehr zur Verarbeitung ins Ausland verschifft und anschließend wieder exportiert werden muss.

Die Anlage soll zunächst fünf feste Arbeitsplätze schaffen, wobei mit der Ausweitung des Betriebs weitere Beschäftigungsmöglichkeiten sowie indirekte Chancen in den Bereichen Logistik und Industriedienstleistungen entstehen könnten.

Beamte erklärten, das Projekt sei beispielhaft für einen umfassenderen Vorstoß in Richtung Kreislaufwirtschaftsmodelle, exportorientierter Produktion und industrieller Wertschöpfung. (*Pacific Business Review* 22.03.26)

### **SMART-Unterseekabel nach Vanuatu**

Neukaledonien und Vanuatu sollen durch ein Unterwasser-Telekommunikationskabel verbunden werden, das mit wissenschaftlicher Überwachungstechnologie ausgestattet ist, um die Erkennung von Erdbeben und Tsunamis in einer der seismisch aktivsten Regionen der Welt zu verbessern.

Jeremie Katidjo Monnier, Mitglied der neukaledonischen Regierung und zuständig für die Verwaltung

des Nationalparks im Korallenmeer (Coral Sea), nahm am 6. Mai zusammen mit Vertretenden mehrerer Ministerien und Behörden an einer Präsentation des französischen Forschungsinstituts für Meeresnutzung (*Ifremer*) zum sogenannten „Tam-Tam-Kabelprojekt“ teil.

Das geplante Kabel wird die Insel Lifou (Neukaledonien) mit den Inseln Efate, Tanna und Santo in Vanuatu verbinden und dabei die zweitaktivste Subduktionszone der Welt durchqueren - ein Gebiet, das durch intensive seismische Aktivität und ein erhebliches Tsunami-Risiko gekennzeichnet ist.

Der Geologe Martin Patriat von *Ifremer* skizzierte die technologischen, wissenschaftlichen und sozialen Dimensionen des Projekts, das im Rahmen des Programms „France 2030“ mit Mitteln in Höhe von 2,146 Milliarden CFP-Francs (18 Millionen Euro) finanziert wird.

Über die digitale Konnektivität hinaus wird das Kabel mit SMART-Technologie – *Science Monitoring And Reliable Telecommunication* – ausgestattet sein, wodurch es als wissenschaftliche Beobachtungsplattform fungieren kann. Eingebettete Sensoren können die Temperatur, den Druck und die seismische Aktivität messen. Die Messungen sollen die Katastrophenvorsorge und die öffentliche Sicherheit durch verbesserte Frühwarnkapazitäten für Erdbeben und Tsunamis stärken und gleichzeitig die regionale Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Neukaledonien und Vanuatu vertiefen.

Das System ist darauf ausgelegt, Unterwassererdbeben, mit Tsunamis verbundene Druckveränderungen und tektonische

Bewegungen in Echtzeit zu erfassen.

Laut *Ifremer* stellt der Einsatz der SMART-Kabeltechnologie in diesem Umfang eine weltweite Premiere dar.

*Info:* Die Initiative wird von *Ifremer* in Zusammenarbeit mit der *Direktion für Industrie, Bergbau und Energie* (DIMENC) von Neukaledonien, dem französischen *Nationalen Forschungsinstitut für nachhaltige Entwicklung* (IRD), dem *Nationalen Zentrum für wissenschaftliche Forschung* (CNRS) und *Pacific Peering*, einem neukaledonischen Unternehmen, das auf internationale Konnektivitätsdienste spezialisiert ist, geleitet. Auch private Telekommunikationsbetreiber, darunter *Prima* und *Alcatel Submarine Networks*, sind an dem Projekt beteiligt.

(<https://www.submarinenetworks.com/Pacific Business Review 07.05.26>)

## MIKRONESIEN

[Sofern nicht anders angegeben, sind die Artikel in dieser Rubrik von Clara Groth, Master of Chinese Studies.]

### Woher kommen die Palauer?

**Palau:** Eine kürzlich erschienene archäologische Studie hat sich mit der DNA der prähistorischen Bewohner\*innen Palaus befasst, um daraus Rückschlüsse auf die Besiedlung des Pazifikraums zu ziehen. Die Forschung stellt außerdem bisherige Erkenntnisse über die Geschichte Palaus und die seiner Bewohnenden grundlegend in Frage.

Hinsichtlich der Besiedlung Ozeaniens hat sich in der Fachwelt das sogenannte „Express-Train-

Modell“ etabliert. Diese Theorie postuliert basierend auf linguistischer Forschung, dass pazifische Bevölkerungsgruppen in Taiwan ihren Ursprung haben und sich vor etwa 3.200 Jahren von dort aus über die Philippinen bis ins westliche Mikronesien, einschließlich der Marianen und Palau, ausgebreitet haben. Diese neolithische und aus Südostasien stammende Bevölkerungsgruppe ist auch als Lapita-Kultur bekannt. Etwa 1.000 Jahre später folgten papuanische Völker und vermischten sich mit der Lapita-Kultur.

Die neuesten Forschungsergebnisse zur Besiedlung Palaus lassen jedoch auf eine wesentlich komplexere Herkunftsgeschichte schließen. Im Gegensatz zu anderen Pazifikinsulanern fand die genetische Vermischung südostasiatischer und papuanischer Bevölkerungsgruppen auf Palau bereits statt, bevor die ersten Palauer überhaupt auf der Inselgruppe eintrafen. Das bedeutet, dass die ostasiatischen Vorfahren bereits ein ganzes Jahrtausend früher mit Menschen papuanischer Abstammung in engem Kontakt waren, noch bevor es überhaupt zu nennenswerten Wanderungsbewegungen in das ferne Ozeanien kam. Die heutigen Palauer haben diese genetische Linie somit über einen Zeitraum von mehr als 3.000 Jahren hinweg bewahrt.

Diese neuen Erkenntnisse erklären auch, warum sich die palauische Sprache derart von anderen Sprachen des Pazifikraums unterscheidet. Interessanterweise decken sich die Forschungsergebnisse auch mit einigen Entstehungsmythen, die auf Palau seit Generationen überliefert werden. (<https://www.abc.net.au/pacific/programs/pacificbeat/palau-ancestry/106494480>)

### Meeresforschung auf Palau

**Palau:** Das *“Palau International Coral Reef Center”* ist ein Institut für Meeresforschung auf Palau. Neben der wissenschaftlichen Forschung fokussiert sich das Institut allerdings auch auf Bildungsarbeit, um die nächste Generation Palauer\*innen für Meeresbiologie oder Ozeanographie zu begeistern und so die eigene Heimat besser zu schützen.

Aktuell forscht das Institut unter anderem zu Korallenriffen in den Gewässern rund um Palau und Mikronesien. Weltweit werden aufgrund des Klimawandels gerade die umfangreichsten Korallenbleichen gemessen, die je aufgezeichnet wurden - 84 % der Bestände sind bereits massiv geschädigt. Die Mitarbeitenden des Instituts wollen daher erforschen, warum die wenigen übrigen Bestände bisher verschont geblieben sind und ob dies Rückschlüsse auf resilientere Arten zulässt. Darüber hinaus sollen Methoden entwickelt werden, mit denen geschädigte Riffe wiedergehergestellt werden können.

Die Wissenschaftler\*innen beschäftigen sich auch mit der Frage, wie jahrhundertaltes Wissen auf Palau über den Umgang mit dem Ozean bewahrt werden kann. Denn es dient ihnen nicht nur als Grundlage für die wissenschaftliche Arbeit, sondern trägt auch dazu bei, das Wissen über Meeresschutz, einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur und Nachhaltigkeit stetig weiterzuentwickeln.

Viele der älteren Palauer haben im Laufe ihres Lebens Beobachtungen, Erfahrungen und Praktiken gesammelt, die auch für die Wissenschaftler von unschätz-

barem Wert sind. Daher suchen sie regelmäßig das Gespräch mit den Ältesten der Gemeinde und tauschen sich aus, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Für die Forschenden ist diese Atmosphäre der Unterstützung und Zusammenarbeit entscheidend für einen effektiven Umgang mit den Herausforderungen des Klimawandels in den Gewässern rund um Palau und dem Pazifik als Ganzen. (<https://www.abc.net.au/pacific/programs/nesia-daily/meet-the-women-protecting-coral-reefs-in-palau/106644070>)

### Neues Abkommen mit Trinidad und Tobago

**Palau:** Die Republik Palau hat nach einer Unterzeichnungszereemonie in der Ständigen Vertretung Palaus bei den Vereinten Nationen in New York (USA) am 25. März 2026 diplomatische Beziehungen zu Trinidad und Tobago aufgenommen.

Botschafterin Ilana V. Seid vertrat Palau, während Botschafter Neil Nadesh Parsan im Namen von Trinidad und Tobago unterzeichnete. Die beiden Diplomaten besiegelten die neuen bilateralen Beziehungen durch ein gemeinsames Kommuniqué. Sie erklärten, die neue Beziehung baue auf der langjährigen Zusammenarbeit zwischen kleinen Inselentwicklungsstaaten (SIDS) auf und werde die Möglichkeiten für politischen Dialog, wirtschaftliche Zusammenarbeit und gemeinsame Verpflichtungen im Bereich Meeresbewirtschaftung und Klimaresilienz erweitern.

*Info:* Trinidad und Tobago, ein aus zwei Inseln bestehender karibischer Staat mit rund 1,5 Millionen Einwohnenden, verfügt über eine

Wirtschaft, die von reichhaltigen Öl- und Erdgasvorkommen getragen wird.

Der karibische Staat hatte bereits im Jahr 2022 diplomatische Beziehungen zu den Marshall-Inseln und 2025 zu Nauru aufgenommen. (Artikel von Julia Ratzmann. *Palau Island Times* 26.03.26)

### Guam mitten im geopolitischen Kreuzfeuer

**Guam:** Das auf Guam ansässige Forschungsinstitut „Pacific Center for Island Security“ (PCIS) hielt Mitte Mai eine Konferenz zum Thema mikronesische Sicherheit ab.

Regierungsvertretende aus der gesamten Pazifikregion sowie international anerkannte Sicherheitsexpert\*innen kamen zusammen, um in diesen geopolitisch so unruhigen Zeiten aktuelle Herausforderungen zu diskutieren: chinesische Kriegsschiffe, die immer weiter in die Gewässer nahe Guam vordringen, widersprüchliche Solidaritätsbekundungen aus den USA sowie Protest aus der Bevölkerung gegen den Ausbau militärischer Anlagen auf Guam. Die Herausforderungen sind enorm und PCIS-Vorsitzender Robert Underwood sprach von einer der größten Bedrohungslagen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Denn die geopolitische Lage im Pazifik hat sich in den letzten Jahren massiv verändert – hauptsächlich aufgrund von Chinas massivem Ausbau seiner militärischen Fähigkeiten und seinem zunehmend selbstbewussten Auftreten im Pazifikraum. Beispielsweise ist im vergangenen Jahr der chinesische Flugzeugträger *Liaoning* in die Gewässer nahe Guam

vorgedrungen. Laut einer Recherche des Nachrichtensenders *Reuters* im März des Jahres sind zudem chinesische Forschungsschiffe im Pazifik und in der Nähe von Guam unterwegs. Sie sollen dort unter anderem systematisch den Meeresboden vermessen, wobei Marineexperten davon ausgehen, dass die gesammelten Daten vor allem für militärische Zwecke genutzt werden.

Chinas wachsende Präsenz im Pazifik alarmiert seit geraumer Zeit etablierte Akteure wie Japan, die USA oder Australien. Bereits seit mehreren Jahren findet daher im Pazifik wieder ein regelrechtes Aufrüsten statt und Guam ist einer der Inselstaaten, die dabei ins Kreuzfeuer aufflammender Großmachtrivalitäten geraten. Auf westlicher Seite wird die Aufrüstung als notwendige Abwehrmaßnahme gegen die chinesische Militärmacht gerechtfertigt. Als Hauptgrund wird vor allem die Verteidigung Taiwans im Falle einer chinesischen Invasion angeführt. Ob die USA unter Präsident Trump zu einem derart umfangreichen Beistand gewillt, und angesichts der erheblich geschrumpften Waffenbestände überhaupt bereit wären, sei zunächst einmal dahingestellt. Fakt ist, dass die USA und seine Verbündeten mit Hinblick auf die chinesische Präsenz zunehmend nervös werden, Militärbasen ihrerseits ausbauen und ebenfalls Messungen am Meeresboden vornehmen.

Ein derartiges Aufrüsten geht allerdings nicht spurlos an den Pazifikbewohner\*innen vorbei und genau hier macht sich zunehmender Widerstand breit. Einerseits stellt der Militärstützpunkt auf Guam einen essenziellen

Wirtschaftsmotor für die Insel dar. Gleichzeitig fehlt es durch diese massive wirtschaftliche Abhängigkeit für junge Menschen auf Guam an Alternativen in der Berufswahl. Auch gibt es kaum Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung für die einheimische Bevölkerung darüber, wie das US-Militär die Insel nutzt. Umweltorganisationen zeigen sich beispielsweise über die ökologischen Auswirkungen der wachsenden Truppenpräsenz besorgt. Ein weiteres Problem, das sich durch die personelle Aufrüstung ergibt, sind die extrem hohen Immobilien- und Mietpreise auf Guam, denn viele einheimische Familien können sich kaum noch eine Wohnung leisten. Zusätzlich sorgen historisch gewachsene Konflikte zwischen dem US-Militär und den indigenen Chamoru immer wieder für Unabhängigkeitsbestrebungen.

Bis in die 1970er Jahre durfte an Schulen auf Guam die Sprache der Chamoru nicht unterrichtet werden. Die Auswirkungen einer jahrzehntelang andauernden repressiven Politik gegen die indigene Chamoru-Kultur sind bis heute spürbar und auf US-Seite nicht vollständig aufgearbeitet. Bevor die US-Regierung und das Militär diese Konflikte nicht angemessen adressieren, wird es ihnen auch zunehmend an Unterstützung aus der Bevölkerung in den sich abzeichnenden geopolitischen Spannungen fehlen.

(<https://www.abc.net.au/pacific/programs/pacificbeat/guam-missile/106677686>, <https://www.reuters.com/investigations/china-is-mapping-ocean-floor-it-prepares-submarine-warfare-with-us-2026-03-24/>, [https://www.postguam.com/news/local/guam-think-tank-opens-regional-security-talks-as-tensions-over-china-missiles-and-island-sovereignty/article\\_92fe2782-12d1-4457-aca2-](https://www.postguam.com/news/local/guam-think-tank-opens-regional-security-talks-as-tensions-over-china-missiles-and-island-sovereignty/article_92fe2782-12d1-4457-aca2-)

[82e5a0385dfd.html, https://www.abc.net.au/news/2026-04-04/us-military-expansion-threat-or-saviour-in-guam/106516124](https://www.abc.net.au/news/2026-04-04/us-military-expansion-threat-or-saviour-in-guam/106516124))

### Ein Zuhause für bedrohte Arten: Guam National Wildlife Refuge

**Guam:** An der nordwestlichen Spitze Guams schützt das *Guam National Wildlife Refuge* eine der ökologisch vielfältigsten Landschaften im westlichen Pazifik. Ein Teil des Schutzgebiets ist auch für die Öffentlichkeit zugänglich – das sogenannte „Ritidian Unit“ oder bei Chamoru auch als „Puntan Litekyan“ bekannt.

Das Litekyan umfasst eine Fläche von ca. 492 Hektar und gilt als frühestes Siedlungsgebiet, als sich vor fast 4.000 Jahren die ersten Menschen auf Guam niederließen. Noch heute verehren die Chamoru diesen Ort aufgrund seiner kulturellen Bedeutung. Seit über 30 Jahren bietet das Naturschutzgebiet vor allem bedrohten Arten einen geschützten Ort, um sich regenerieren zu können. Außerdem sollen heimische Lebensräume bewahrt werden, die auch zur Eindämmung invasiver Arten beitragen.

Viele Freiwillige, Studierende, Wissenschaftler\*innen und Mitarbeitende engagieren sich regelmäßig im *Guam National Wildlife Refuge* und veranstalten beispielsweise monatliche Müllsammelaktionen entlang der Küste des Reservoirs. Denn hier befinden sich die Nistplätze der bedrohten grünen Meeresschildkröte. Auch die Datenerhebung macht einen wichtigen Teil der Arbeit im Naturschutzgebiet aus, um die richtigen unterstützenden Umweltschutzmaßnahmen ergreifen zu können. So wird die

Anzahl und der Zustand diverser Baumarten auf der Insel regelmäßig dokumentiert. Die zahlreichen Aktionen der Naturschützer leisten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt eines einzigartigen Ökosystems auf Guam.

(<https://www.fws.gov/story/2026-05/guam-national-wildlife-refuge-living-sanctuary>)

### Energieengpässe und der Krieg im Iran

**Nördliche Marianen:** Inselstaaten im gesamten Pazifikraum bekommen die sich verschärfenden Auswirkungen des Krieges im Iran zunehmend zu spüren.

Den Nördlichen Marianen könnten nun Lastabwürfe drohen, da die Kraftstoffpreise aktuell um etwa 140.000 US-Dollar pro Tag steigen. Lastabwürfe – also das kontrollierte Abschalten der Stromversorgung zur Einsparung von Kraftstoff – seien laut staatlichem Versorgungsunternehmen „*Commonwealth Utilities Corporation*“ (CUC) allerdings keine nachhaltige Lösung.

CUC geht davon aus, dass sich die monatlichen Kraftstoffausgaben voraussichtlich von etwa 4,2 Millionen US-Dollar auf über acht Millionen US-Dollar fast verdoppeln werden. Obwohl das Unternehmen über Barreserven in Höhe von rund 12 Millionen US-Dollar verfüge, seien diese Mittel bereits fest verplant.

Lastabwürfe könnten zwar Zeit verschaffen, um nach externen Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen; sie hätten jedoch gravierende Folgen für die Abnehmer und den Betriebsablauf – einschließlich Störungen der Wasserversorgungssysteme, die auf elektrischen Pumpen basieren.

CUC prüft nun seine begrenzten Handlungsoptionen; dazu zählt unter anderem die Beantragung staatlicher Unterstützung auf Bundesebene oder – sollte sich die Lage weiter verschärfen – sogar die Ausrufung des Notstands.

*Hintergrund:* Regionalexperten zufolge macht der Krieg im Iran die pazifischen Inselstaaten aufgrund ihrer extremen Abhängigkeit vom Erdöl besonders verwundbar. So riefen die Marshall-Inseln bereits einen 90-tägigen wirtschaftlichen Notstand aus und auch Papua-Neuguinea könnte demnächst bei seinen Sicherheitspartnern USA und Australien um Unterstützung anfragen. (<https://www.abc.net.au/pacific/rising-fuel-costs-threaten-power-supply-in-cnmi/106540550>)

### Taifun *Sinlaku* wütet in Mikronesien

**Ndl. Marianen:** Mitte April traf Supertaifun *Sinlaku* auf die Nördlichen Marianen und richtete erheblichen Schaden an. Auf den Föderierten Staaten und in den Gewässern rund um die Nördlichen Marianen kamen insgesamt 17 Menschen ums Leben. Damit ist *Sinlaku* einer der tödlichsten Wirbelstürme der letzten Jahrzehnte.

Der Taifun traf mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 240 Stundenkilometern auf die Inseln. Es kam außerdem zu zahlreichen Überflutungen, entwurzelten Bäumen und umgestürzten Stromleitungen. Das Amerikanische Rote Kreuz und seine Partner boten auf Guam und den Nördlichen Marianen mehr als 1.000 Bewohner\*innen Schutz in Notunterkünften.

(<https://www.theguardian.com/world/2026/apr/15/sinlaku-typhoon-guam>)

*mariana-islands, [https://www.guampdn.com/news/report-sinlaku-claims-12-lives-in-region-deadliest-in-decades-nws-says-prepare-but-don/article\\_51bd72ee-c15b-4242-8522-dbbb64f52ba8.html](https://www.guampdn.com/news/report-sinlaku-claims-12-lives-in-region-deadliest-in-decades-nws-says-prepare-but-don/article_51bd72ee-c15b-4242-8522-dbbb64f52ba8.html)*)

### Diskriminierung gegen Frauen

**Nauru:** Seit dem Ende des Phosphatbooms in den 1980er Jahren kämpft Nauru mit massiven wirtschaftlichen, politischen und sozialen Herausforderungen. Dazu zählt auch die strukturelle Diskriminierung gegen Frauen, die sich in geringerer politischer Repräsentation, wirtschaftlicher Vulnerabilität sowie Gewalterfahrungen niederschlägt.

Kulturelle Normen und Stereotypen prägen in Nauru bis heute sehr konservative Rollenbilder und führen zur Ausgrenzung von Frauen aus dem politischen und öffentlichen Leben. Die gesamte Pazifikregion weist weltweit den niedrigsten Gesamtdurchschnitt an Frauen in Parlamenten auf. Unter den Abgeordneten des Parlaments von Nauru befinden sich lediglich zwei Frauen; dies entspricht einem Anteil von 10,5 Prozent.

Auch wirtschaftlich gesehen sind Frauen benachteiligt und auf informelle Erwerbstätigkeiten angewiesen. Zwischen 75 und 90 Prozent aller Markthändler im Pazifikraum sind Frauen. Doch die Arbeitsbedingungen sind schlecht und die Erträge gering. Folglich ist die Wahrscheinlichkeit, dass von Frauen geführte Haushalte unter der Armutsgrenze liegen oder leichter abrutschen, höher als bei von Männern geführten Haushalten.

Ähnlich verhält es sich im Privaten. Laut einer UNICEF-Studie haben knapp 50 Prozent aller Frauen, die bereits in einer

Partnerschaft gelebt haben oder noch leben, geschlechtsspezifische Gewalt erfahren. Auch Frauen und Mädchen, die im australischen Offshore-Internierungslager für Migrant\*innen auf Nauru festgehalten werden, sind überdurchschnittlich häufig von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen. Im Zeitraum von 2021 bis 2024 haben die Behörden nach eigenen Angaben 79 Fälle registriert.

In Nauru existieren weder Gesetze gegen häusliche Gewalt, sexuelle Belästigung oder Gewalt im familiären Umfeld, noch sonstige gesetzliche Regelungen zur Bekämpfung von Menschenhandel oder Sextourismus. Als Reaktion darauf hat die Polizei von Nauru spezielle Schulungsprogramme zum Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt eingeführt und die zuständige Einheit personell aufgestockt.

Darüber hinaus engagieren sich diverse zivilgesellschaftliche Initiativen in Nauru für eine effektivere Armutsbekämpfung, die politische Teilhabe von Frauen und den gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitssystem.

(<https://borgenproject.org/poverty-reduction-in-nauru-2/>)

### Hohe Nachfrage nach Naurus Goldenem Reisepass in geopolitisch unruhigen Zeiten

**Nauru:** Seit nun etwa 15 Monaten verkauft Nauru sogenannte „Goldene Pässe“. Das bedeutet, dass im Rahmen des „*Economic and Climate Resilient Citizenship Program*“ die nauruische Staatsbürgerschaft erworben werden kann. Die Einnahmen sollen Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel finanzieren und Naurus Resilienz gegen Extremwetter-

ereignisse stärken.

Das Unternehmen *Henley & Partners*, das für die Umsetzung des Programms verantwortlich ist, verzeichnete dabei vor allem in den letzten Monaten einen Anstieg der Anträge um 200 Prozent. Vertretende des Unternehmens führen die erhöhte Nachfrage unter anderem auf die volatile Weltlage und Krisen, wie den Krieg im Iran, zurück.

In Regionen wie dem Nahen Osten sehen manche Menschen die nauruische Staatsbürgerschaft als Plan B, falls sich die Sicherheitslage in ihrem eigenen Land weiter zuspitzt. Außerdem können seit kurzem auch Familienmitglieder in den Antrag miteinbezogen werden, was bei ähnlichen Programmen in anderen Ländern nicht so einfach möglich ist. Es ist also für größere Familien besonders attraktiv.

Laut Unternehmensangaben würde gleichzeitig durch umfangreiche Überprüfungen sichergestellt, dass die Staatsbürgerschaft nicht missbräuchlich erworben werde, etwa für kriminelle Zwecke. Dafür stützen sich das Unternehmen sowie die nauruische Regierung auf die Zusammenarbeit mit internationalen Sicherheits- und Nachrichtendiensten, Banken und Anwaltskanzleien. Fest steht, dass sich die Goldenen Pässe einer hohen Nachfrage erfreuen, die nicht zuletzt der veränderten Weltlage geschuldet ist.

(<https://www.abc.net.au/pacific/programs/pacificbeat/nauru-passport-scheme-applications-increase/106591170>,  
<https://www.abc.net.au/pacific/programs/pacificbeat/nauru-passport/106510012>)

## MARSHALL-INSELN

### † David Kabua

Am 8. April 2026 verstarb in Honolulu (Hawai'i) David Kabua (geboren am 26. Mai 1951 in Majuro) an einer Krebserkrankung. Der Politiker war vom 13. Januar 2020 bis zum 3. Januar 2024 Präsident der Marshall-Inseln.

Kabua arbeitete zunächst als Lehrer und ab 1996 als Generalmanager der Entwicklungsbehörde, bevor er in den USA als Generalkonsul wirkte. Von 2008 bis 2011 war er Senator für das Wothe-Atoll. Von 2012 bis 2013 war er Gesundheitsminister und ab 2014 Minister für Inneres. Im Januar 2016 wurde er zum Assistenzminister von Präsident Casten Nemra berufen. Am 6. Januar 2020 wurde Kabua vom Parlament mit 20 zu 12 Stimmen bei einer Enthaltung zum Präsidenten der Marshall-Inseln gewählt. Er folgte auf Hilda Heine, welche eine zweite Amtszeit anstrebte, aber im ersten Wahlgang ausschied. Im Januar 2024 wurde Kabua im Amt von Hilda Heine abgelöst.

Kabuas sterbliche Überreste wurden nach Majuro überführt. In der Kirche von Uliga fand ein Trauergottesdienst statt, anschließend erhielt der ehemalige Präsident ein Staatsbegräbnis. Kabua hinterlässt seine Ehefrau Lady Ginger, drei Kinder und vier Enkelkinder. (*Marshall Islands Journal* 17.04., 24.04., 01.05.26, Wikipedia)

### Erster Botschafter für Papua-Neuguinea

Junior Aini ist der erste akkreditierte Botschafter der Marshall-Inseln für Papua-Neuguinea.

Anfang Mai überreichte er sein Akkreditierungsschreiben in Port Moresby (Papua-Neuguinea) an Generalgouverneur Sir Bob Dadae.

Bei der feierlichen Zeremonie am Amtssitz des Gouverneurs sagte Sir Dadae, beide Nationen seien verbunden durch gemeinsame Bestrebungen für einen friedlichen, sicheren und wohlhabenden „*Blue Pacific*“.

Botschafter Aini erklärte, die Marshall-Inseln freuten sich auf eine engere Zusammenarbeit mit Papua-Neuguinea. Man wolle vor allem in den Bereichen Fischerei, Meeresschutz und Bekämpfung von Klimawandelfolgen zusammenarbeiten, sagte er weiter.

Die Marshall-Inseln wüssten vor allem die Unterstützung und Solidarität Papua-Neuguineas bei der Aufarbeitung der nuklearen Vergangenheit der Marshall-Inseln zu schätzen. Man teile die gemeinsame Vision von einem „*nuklearfreien Pazifik*“, waren sich Botschafter Aini und Sir Dadae einig. (*PNG Bulletin* 07.05.26, *Marshall Islands Journal* 15.05.26)

### Heine fordert Maßnahmen gegen Drogenhandel

Das anhaltende und sich offenbar verschärfende Problem mit harten Drogen auf den Marshall-Inseln ist ein großes Anliegen von Präsidentin Dr. Hilda Heine. Sie erklärte kürzlich, sie sei mit den Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung illegaler Drogen im Land nicht zufrieden.

Im vergangenen Jahr wurden auf mehreren Inseln so viele Kokainpakete angespült wie nie zuvor. Zwar wurde ein Teil davon den Behörden übergeben, doch viele

Drogenpakete flossen ungemeldet und inoffiziell in die beiden städtischen Zentren Majuro und Ebeye. Hier werden die Drogen als sogenannte „Crack-Rocks“ auf der Straße für 5 Dollar pro Stück verkauft und heizen den lokalen Drogenmarkt an.

Heine forderte verstärkte Maßnahmen seitens der Strafverfolgungsbehörden. *„Diejenigen, die Drogen konsumieren, werden derzeit nicht so konsequent strafrechtlich verfolgt, wie ich es mir wünschen würde. Ich glaube nicht, dass wir schnell genug vorankommen, um die Täter zu verhaften und zu verurteilen, damit die Menschen wissen, dass wir es ernst meinen“*, sagte sie.

Hilda Heine legte sowohl einen dreiseitigen Lagebericht des Amtes für Nationale Sicherheit zur Drogensituation vor als auch eine ausführliche Stellungnahme im Parlament. In ihrem Bericht vor dem Parlament würdigte sie auch die bisher unternommenen Schritte, wie beispielsweise die Aufstellung eines Scanners in der Hauptpost in Majuro, mit dem die eingehende Post auf Drogen und andere Schmuggelware untersucht wird, sowie die Einbindung von Experten der Strafverfolgungsbehörden, darunter des US-amerikanischen *Federal Bureau of Investigation* (FBI), zur Stärkung der Drogenbekämpfung im Land.

*„Die Regierung ist nach wie vor zutiefst besorgt über die wachsende Bedrohung durch illegale Drogen in unseren Gemeinden“*, heißt es in dem Bericht des Amtes für Nationale Sicherheit an den Parlamentspräsidenten Brenson Wase und die Mitglieder des Nitijela (Parlaments), den die Präsidentin vorgelegt hatte.

*„In den letzten Monaten gab es vermehrt Berichte über Kokainpakete, die an mehreren Atollen angespült wurden, sowie einen Anstieg damit verbundener Straftaten wie Einbruch und Diebstahl. Diese Entwicklungen stellen ernsthafte Risiken für die öffentliche Sicherheit, das Wohlergehen der Gemeinschaft und die Zukunft unserer Jugend dar“*, heißt es weiter in dem Bericht.

Im April 2025 wurden beispielsweise über 20 Kilogramm Kokain auf dem abgelegenen Atoll Wotho beschlagnahmt und auf die Insel Ebeye gebracht, wo die Polizei die illegalen Drogen verbrannte. Auch auf anderen Atollen wurden so viele Drogen an Land gespült, dass ein Behördensprecher kommentierte: *„Es regnet Kokain auf den Marshall-Inseln“*. (Radio NZ Pacific 13.03.26)

### Neues Flugzeug aus US-Produktion

Die Präsidentin der Marshall-Inseln, Hilda Heine, hat zusammen mit Kabinettsministern, Parlamentsabgeordneten, traditionellen Führern und dem CEO von *Air Marshall Islands* (AMI), Albon Jelke, auf dem Flughafen von Majuro eine 19-sitzige Cessna SkyCourier in Empfang genommen. Das erste von zwei neuen, in den USA hergestellten, Flugzeugen traf Anfang Mai ein und wurde im Hangar von *Air Marshall Islands* offiziell gesegnet.

Die Cessna hat dieselbe Sitzplatzanzahl wie die in die Jahre gekommenen, in Deutschland gebauten, *Dorniers*. Aber sie kann 5.000 Pfund mehr Fracht transportieren als eine Dornier. Die nationale Fluggesellschaft stützte sich 40

Jahre lang auf die nicht mehr hergestellten Dornier 228 als Rückgrat ihres Inlandsflugbetriebs.

*„Dieses Flugzeug ist ein Arbeitstier für die Nation. Ausgestattet mit 19 Sitzen und erweiterter Frachtkapazität ist dieses Flugzeug auf die Gegebenheiten unserer Inseln zugeschnitten. Es erhöht die Sicherheit, verringert den Wartungsaufwand und stellt die Zuverlässigkeit wieder her, die unsere Gemeinden verdienen“*, erklärte Heine während der feierlichen Zeremonie im Hangar auf dem Rollfeld.

Sie fügte hinzu, sie hoffe, dass die neuen Flugzeuge *„den Stolz von ‚Little Amy‘ (ein Verweis auf das Akronym der Fluggesellschaft, AMI) wiederherstellen und den alten Spitznamen ‚Air Maybe‘ endgültig ad acta legen werden.“*

*Info:* Für die Anschaffung der beiden Flugzeuge stellte Taiwan ein zinsgünstiges Darlehen in Höhe von 20,3 Millionen Dollar zur Verfügung. Die USA steuerten 8,3 Millionen Dollar bei, die zur Tilgung des Darlehens verwendet werden, sodass AMI eine Restschuld von 12 Millionen Dollar bleibt.

Sowohl der taiwanische Botschafter Herbert Hsu als auch der Geschäftsträger der US-Botschaft, Gregory D'Alesandro, lobten die gute Zusammenarbeit, die den Kauf der beiden Flugzeuge ermöglicht habe. (*Marshall Islands Journal* 06.05.25)

## KIRIBATI

### Altersarmut in Kiribati

Altersarmut in Kiribati stellt eine der zentralen Herausforderungen in der Armutsbekämpfung des

Inselstaats dar.

Laut Datenerhebungen der *Asian Development Bank* aus dem Jahr 2023 leben etwa 5,5 % der Bewohner\*innen Kiribatis unterhalb der Armutsgrenze. Allerdings trifft Armut nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen. Vor allem kinderreiche Familien mit geringem Einkommen, arbeitslose Personen sowie ältere Menschen ohne familiären Rückhalt sind besonders betroffen.

Ältere Menschen in Kiribati gehören damit zu jenen Gruppen, die besonders anfällig für Armut sind – insbesondere dann, wenn sie keine Kinder oder Familienangehörigen haben, die sie unterstützen können. Traditionell haben sich die meisten Menschen in Kiribati auf ihre Großfamilie verlassen, wenn es um finanzielle Unterstützung und die tägliche Pflege im Alter ging. Dieser Generationenvertrag bröckelt allerdings zunehmend, da die Menschen ihrer Kernfamilie immer mehr Vorrang gegenüber der Großfamilie einräumen. Das führt dazu, dass schutzbedürftige Gruppen – einschließlich älterer Menschen – weniger soziale und finanzielle Unterstützung erhalten als früher.

Die Regierung von Kiribati versucht daher, durch finanzielle Unterstützungsprogramme wie die „*Senior Citizens Allowance*“ (SCA) Bürger\*innen ab 65 Jahren unter die Arme zu greifen und die nötigsten Kosten zu decken. Da die Zahlungen durch das SCA allerdings meist nicht ausreichen, ergänzen Entwicklungspartner, wie etwa die australische Regierung, das SCA mit zusätzlichen Fördermitteln. Die Programme zielen darauf ab, den Zugang zur Gesundheitsversorgung zu verbessern

und schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen Unterstützung zukommen zu lassen. Derartige Initiativen tragen dazu bei, die finanzielle Belastung zu mindern und die Lebensbedingungen älterer Erwachsener, die von Armut betroffen sind, zu verbessern.

(<https://borgenproject.org/elderly-poverty-in-kiribati/>)

### **Klimawandel, Thunfischfang und wirtschaftliche Abhängigkeiten**

Mehr als die Hälfte des weltweit gefangenen Thunfisches stammt aus dem Pazifik. Besonders in Kiribati ist der Thunfischfang der bedeutendste Wirtschaftssektor. 70 % der staatlichen Einnahmen kommen aus dem Verkauf von Thunfischfanglizenzen an ausländische Flotten.

Trotz seiner geringen Größe verwaltet der Inselstaat ein riesiges Seegebiet – die sogenannte Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) Kiribatis. Mit einer Gesamtfläche von über 3,4 Millionen Quadratkilometern ist Kiribatis AWZ größer als Indien und bietet Zugang zu reichen Fischbeständen – darunter Skipjack-, Gelbflossen- und Großaugenthunfisch. Doch während der Ozean eng mit der Kultur, der Lebensgrundlage und der Wirtschaft Kiribatis verknüpft ist, stellt diese Abhängigkeit zugleich eine massive Herausforderung für das Land dar.

Die durch den Klimawandel steigenden Wassertemperaturen bergen ein erhebliches Risiko für die lokalen Thunfischbestände und gefährden damit das wirtschaftliche Rückgrat Kiribatis. Wissenschaftler befürchten, dass ein Erwärmen der Gewässer dazu führen könnte, dass die Thunfische dauerhaft aus der AWZ

Kiribatis abwandern – hin zu kühleren Gewässern weiter östlich. Denn Thunfische reagieren auf geringfügigste Veränderungen der Wassertemperatur. Dies würde die Nachfrage ausländischer Flotten nach Fanglizenzen verringern, was die Wirtschaft des Landes wiederum schwer treffen würde.

Wie aus Regierungszahlen hervorgeht, erwirtschaftete Kiribati im Jahr 2024 Einnahmen in Höhe von 137 Millionen US-Dollar aus dem Verkauf von Fanglizenzen. Der Großteil dieser Lizenzen wird an Länder wie Japan, China, die USA sowie an Mitgliedsstaaten der Europäischen Union vergeben. Laut Fischereiministerium handele es sich dabei um existenzielle Einnahmen für den kiribatischen Staatshaushalt und mache fast drei Viertel der staatlichen Einnahmen aus. Dies entspricht laut dem *Internationalen Währungsfonds* grob zwei Fünfteln des gesamten Bruttoinlandsprodukts (BIP) von Kiribati.

Auch Papua-Neuguinea ist enorm abhängig von pazifischen Fischbeständen. Doch während Papua-Neuguinea über wesentlich mehr Landmasse und natürlichen Ressourcen verfügt, um seine Wirtschaft zu diversifizieren, ist dies für Kiribati nicht möglich.

Darüber hinaus könnte der Rückgang der lokalen Fischbestände die wachsenden Herausforderungen hinsichtlich der Ernährungssicherheit weiter verschärfen. Im Durchschnitt verzehren die Einwohnenden Kiribatis jährlich rund 100 Kilogramm Fisch. Im Vergleich: In Deutschland liegt dieser Wert bei etwa 15 und in Japan bei 22 Kilogramm. Da die lokalen Fischvorräte bereits jetzt knapper werden, sind viele Haushalte

zunehmend auf importierte Lebensmittel angewiesen. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) warnt davor, dass diese Entwicklung die Lebensmittelpreise in die Höhe treibt und die Qualität mindert.

*Hintergrund:* Die Vereinten Nationen unterstützen vom Thunfischfang abhängige Inselstaaten seit etwa einem Jahr mit einem neuen Förderprogramm. Ziel des Projekts ist der Aufbau eines leistungsfähigeren Warnsystems, damit Staaten wie Kiribati die Migration der Thunfischbestände sowie deren wirtschaftliche Auswirkungen besser vorhersagen können. Zudem soll die Ernährungssicherheit und die staatliche Einnahmehbasis trotz des Rückgangs der Riff-Fischerei gewahrt bleiben.

Auch die Regierung von Kiribati versucht mit diversen Maßnahmen gegenzusteuern. Zum Beispiel sollen eigene Anlagen zur Verarbeitung und Konservierung von Thunfisch im Land ausgebaut werden, anstatt lediglich Fanglizenzen an ausländische Schiffe zu verkaufen. Außerdem soll die Zucht anderer Fischarten vorangetrieben werden, um sowohl den Export als auch die inländische Ernährungssicherheit zu stärken. Nicht zuletzt sollen die staatlichen Einnahmequellen über die maritime Wirtschaft hinaus diversifiziert werden – etwa durch Tourismus, erneuerbare Energien und den staatlichen Offshore-Fonds des Landes.

Trotz aller Initiativen und Unterstützungsprogramme dürften bei steigenden Ozeantemperaturen die Herausforderungen für Kiribatis Wirtschaft enorm bleiben. (<https://www.bbc.com/news/articles/cq57vxjvdy4o>)

## POLYNESIEN

### WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

#### Unterstützung durch Neuseeland

**Tuvalu:** Die „*Tuvalu Fisheries Authority*“ (TFA) hat von Neuseeland Fördermittel in Höhe von 10,9 Millionen NZ\$ erhalten, um die dritte Phase ihres nationalen Fischereiförderprogramms voranzutreiben. Damit sollen die nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung gestärkt und die wirtschaftlichen Erträge gesteigert werden.

Die mit dem neuseeländischen *Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel* (MFAT) unterzeichnete Fünfjahresvereinbarung dient der Finanzierung der dritten Phase des Tuvalu-Fischereiförderprogramms (TFSP3) und setzt damit die mehr als zehnjährige bilaterale Zusammenarbeit zwischen Tuvalu und Neuseeland in diesem Sektor fort.

Das Finanzierungspaket umfasst die Unterstützung zur Sicherung der Einnahmen aus der Hochseefischerei sowie Initiativen zur Stärkung der heimischen Fischerei und der Vermarktung von Fischereierzeugnissen. Außerdem werden damit institutionelle Kapazitäten in den Bereichen Finanzmanagement, Personalwesen und *good governance* ausgebaut.

Sam Finikaso, Geschäftsführer der TFA, erklärte, die fortgesetzte Partnerschaft mit Neuseeland habe maßgeblich zur Entwicklung

des Fischereisektors des Landes beigetragen. (*Pacific Business Review* 05.05.26, <https://tuvalufisheries.tv/>)

#### Volkszählung offenbart Benachteiligung

**Tuvalu:** Eine neue Analyse der Volkszählungsergebnisse von Tuvalu zeigt, dass Menschen mit Behinderungen seltener Zugang zu Kommunikationsmitteln, Bildung oder Beschäftigung haben als Menschen ohne Beeinträchtigungen.

Die Zentralstelle für Statistik von Tuvalu hat mit technischer Unterstützung der Pazifischen Gemeinschaft (SPC) eine Monografie zum Thema „*Behinderung in Tuvalu*“ sowie eine leicht verständliche Zusammenfassung veröffentlicht, in denen die Daten zu Behinderungen aus den Volkszählungen des Landes von 2017 und 2022 analysiert werden. In den Volkszählungen wurden Standardfragebögen der „*Washington Group on Disability Statistics*“ verwendet, um international vergleichbare Informationen über Behinderung zu liefern.

Wichtige Ergebnisse sind u.a.:

- Rund 3 % der Tuvaluer ab fünf Jahren (239 Personen) gaben an, „große Schwierigkeiten“ zu haben oder „überhaupt nicht in der Lage“ zu sein, zu sehen, zu hören, zu gehen, kognitiv zu funktionieren, sich selbst zu versorgen und/oder zu kommunizieren.
- Frauen und Mädchen geben etwas häufiger als Männer und Jungen an, eine Behinderung zu haben.
- 25 % der Menschen mit Behinderungen leben in

den ärmsten Haushalten, verglichen mit 16 % der Menschen ohne Behinderungen.

- Der Anteil der Menschen mit Behinderungen, die ein Mobiltelefon besitzen (19 %), und der Anteil derjenigen, die Zugang zum Internet haben (20 %), ist deutlich geringer als bei Menschen ohne Behinderungen (54 % bzw. 66 %).
- 68 % der Menschen mit Behinderungen ab fünf Jahren haben eine Schule besucht, verglichen mit 92 Prozent der Menschen ohne Behinderungen, und weniger Menschen ab 25 Jahren erreichen eine postsekundäre Bildung (23 % gegenüber 36 %).
- Nur 8 % der Menschen mit Behinderungen ab 15 Jahren hatten einen Arbeitsplatz, verglichen mit 42 % der Menschen ohne Behinderungen.

*Hintergrund:* Die Verbesserung der Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in Daten und Entscheidungsprozesse steht im Mittelpunkt einer Partnerschaft zwischen verschiedenen Organisationen im Pazifikraum. Dieser aktuelle Bericht ist Teil des mehrjährigen Projekts der „Pacific Group on Disability Statistics“ (PGDS), das von der australischen Regierung unterstützt wird und im Jahr 2024 ins Leben gerufen wurde.

Die SPC, das Sekretariat des Pazifik-Insel-Forums, das Pacific Disability Forum, UNICEF und die nationalen Statistikämter von Kiribati, Fidschi und Samoa leiten die PGDS-Initiativen, die darauf abzielen, Datenlücken im Bereich

„Behinderung im Pazifikraum“ zu schließen. ([https://sdd.spc.int/digital\\_library/tuvalu-disability-monograph-analysis-2017-and-2022-population-and-housing-censuses](https://sdd.spc.int/digital_library/tuvalu-disability-monograph-analysis-2017-and-2022-population-and-housing-censuses))

### Heiratsalter hochgesetzt

**Tonga:** Die Regierung des Königreichs Tonga hat das gesetzliche Heiratsalter auf 18 Jahre angehoben, nachdem das neue Gesetz über Personenstandswesen und digitale Identifizierung von 2025 in Kraft getreten ist. Dieses ersetzt die bisherigen Rechtsvorschriften des Landes zu Geburten, Sterbefällen und Eheschließungen.

Das Standesamt des Justizministeriums bestätigte die Änderung in einer öffentlichen Bekanntmachung und wies darauf hin, dass Personen unter 18 Jahren unter keinen Umständen mehr heiraten dürfen. Bisher erlaubte das tongaische Recht die Eheschließung für Personen im Alter zwischen 15 und 17 Jahren mit elterlicher Zustimmung.

Ein Sprecher des Standesamtes wies darauf hin, dass das neue Gesetz dem besseren Schutz junger Menschen diene.

*Hintergrund:* Die Gesetzesänderung markiert einen bedeutenden Wandel in Tongas rechtlicher Herangehensweise an die Eheschließung von Minderjährigen, ein Thema, das seit mehreren Jahren Besorgnis u.a. bei Frauenschutzorganisationen hervorruft.

Die Bedenken gegen die „Kinderheirat“ waren in der Bevölkerung schon immer groß und können auch mit Zahlen belegt werden. 2015 wurden 56 Ehen mit Personen unter 18 Jahren und 2016 52 Ehen registriert, wobei

Schwangerschaften und sozialer Druck manchmal als Gründe für eine frühe Heirat genannt wurden.

Zivilgesellschaftliche Gruppen haben die neue Altersgrenze begrüßt. Das „Women and Children Crisis Centre“ (WCCC) erklärte, die Reform sei das Ergebnis jahrelanger Lobbyarbeit, die darauf abziele, Mädchen vor einer frühen Heirat zu schützen und ihnen bessere Chancen auf Bildung und Unabhängigkeit zu sichern. (*Talnoa o' Tonga 10.03.36*)

### Erfolgreiche Beach Clean-ups

**Tonga:** Mehr als 500 Freiwillige haben während einer landesweiten Säuberungsaktion Anfang Februar schätzungsweise 50.000 Stück Plastikabfälle von Stränden und auf den Straßen aufgesammelt, so die Organisatoren des „Clean-ups“. Zu den Freiwilligen gehörten Sportler\*innen, Kirchengruppen, Schüler\*innen, ausländische Diplomaten und auch Regierungsbeamte.

Die Müllsammel-Aktion, die vom *Tonga Sports Association and National Olympic Committee* mit Unterstützung des Tourismusministeriums unter der Leitung von Minister Semisi Sika koordiniert wurde, war Teil der „Clean Oceans Plastics Campaign“ der *Commonwealth Games*. Sie sollte neben den kulturellen und sportlichen Feierlichkeiten der Sportwettkämpfe auch den Umweltschutz in den Vordergrund rücken.

Die Aufräumaktionen fanden über mehrere Tage auf der Insel Tongatapu statt. Nach Angaben der Organisatoren wurden am 3.

Februar rund 23.000 Plastikgegenstände an der Küste von Nuku'alofa gesammelt, gefolgt von 10.000 Stück am Ha'atafu Beach am 4. Februar. Weitere 15.000 Stück Plastik wurden am 7. Februar am Halaika Beach eingesammelt.

Die Organisatoren bewerteten die starke Beteiligung junger Menschen als positives Zeichen für ein wachsendes Umweltbewusstsein im Königreich. Man wolle auch in Zukunft bei Großveranstaltungen auf die Bedeutung des Küsten- und Meeresschutzes hinweisen und weitere Clean-ups durchführen, hieß es. (*Talanoa O' Tonga 11.02.26*)

### UN empfehlen Verfassungsänderung

**Samoa:** Der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat die Ergebnisse seiner jüngsten Überprüfungen veröffentlicht und empfohlen, abwertende Formulierungen in der samoanischen Verfassung zu ändern.

In der Verfassung sowie in einigen Gesetzestexten würden abwertende und stigmatisierende Begriffe für Menschen mit Beeinträchtigungen genannt, hieß es.

Der UN-Ausschuss fordert die Regierung Samoas auf, Menschen mit Behinderungen systematisch in Rahmenwerke zur Katastrophenvorsorge, zum Klimawandel und zur Notfallbewältigung einzu beziehen.

Samoa wurde zudem aufgefordert, einen umfassenden rechtlichen und politischen Rahmen zum Thema Behinderung zu schaffen und ein aktualisiertes Behindertengesetz zu verabschieden. (*Samoa Observer 02.04.26*)

### Tauchverbot am Schiffswrack

**Samoa:** Illegales Tauchen und gewaltsames Eindringen in das Wrack der neuseeländischen „HMNZS Manawanui“ haben die samoanische Regierung dazu veranlasst, die Überwachung des gesunkenen Marineschiffs zu verstärken.

Das Schiff der *Royal New Zealand Navy* sank im Oktober 2024 vor der Südküste der samoanischen Insel Upolu, nachdem es auf ein Riff aufgelaufen war, wobei Hunderttausende Liter Diesel und Öl ins Meer gelangten. Drei Marineoffiziere müssen sich derzeit vor einem Militärgericht verantworten. Zu den Anklagepunkten gehört die fahrlässige Verursachung des Untergangs eines Schiffes, was mit bis zu zwei Jahren Haft bestraft werden kann.

Das *Marine Pollution Advisory Committee* (MPAC) teilte mit, das Schiffswrack werde nach Berichten über illegale Tauchgänge in der Umgebung genauer überwacht. Die samoanische Regierung hat deshalb ein Sperrgebiet mit einem Radius von 300 Metern um das Wrack herum angeordnet und erklärt, es stelle ein erhebliches Risiko für Taucher, Fischer und kleine Boote dar.

Der Vorsitzende der MPAC, Fui Tupai Mau Simanu, erklärte, die Regierung sei gemäß des samoanischen Schifffahrtsgesetzes gesetzlich verpflichtet, Begegnungen mit Gefahren im Meer zu verhindern.

Er wies darauf hin, dass Taucher Gefahr liefen, sich in Seilen und Kabeln zu verfangen oder darin eingeklemmt zu werden, und dass das Wrack instabil sei.

„Es könnte sich aufgrund von Strömungen und Gezeiten plötzlich verschieben, und Wrackteile könnten Boote gefährden, die in der Nähe unterwegs sind“, warnte Simanu.

Er wies darauf hin, dass außerdem die Gefahr bestehe, dass Schadstoffe freigesetzt würden, da sich noch Schmiermittel in den Rohrleitungssystemen befänden.

„Wenn die Rohre korrodieren und brechen, gelangen diese Chemikalien ins Meer“, sagte er.

Das MPAC hat zudem ein Flugverbot für bemannte und unbemannte Flugzeuge unterhalb von 500 Fuß über dem Meeresspiegel über dem Gebiet verhängt. Dies betrifft jedoch nur Dohnen und nicht überregionale Verkehrsflugzeuge.

Das Verbot bleibt in Kraft, bis die MPAC davon überzeugt ist, dass das Wrack stabil ist, alle Verschmutzungsrisiken gemindert wurden und das Gebiet für die Schifffahrt und öffentliche Aktivitäten sicher ist.

Der Einsatzleiter der neuseeländischen Streitkräfte für die „Manawanui“, Kapitän Rodger Ward, erklärte gegenüber *RNZ Pacific*, dass bei einer kürzlich durchgeführten Untersuchung des Schiffes Anzeichen für unbefugte Aktivitäten festgestellt worden seien. (*Radio NZ Pacific 11.03.26, [https://en.wikipedia.org/wiki/HMNZS\\_Manawanui\\_\(2019\)](https://en.wikipedia.org/wiki/HMNZS_Manawanui_(2019))*)

### Grundschule unterrichtet nur in Māori

**Cook-Inseln:** Auf der Insel Rarotonga hat im Februar die erste Grundschule eröffnet, in der die Lehrkräfte nur in der einheimischen Sprache *Te Reo Māori*

unterrichten. Die Schule „*Te Papa Apii Rutaki*“ richtet sich an Schüler\*innen von der Vorschule bis zur sechsten Klasse. Derzeit besuchen 150 Kinder diese erste sogenannte „Vollimmersionsschule“.

Schulleiter Renall Vogel erklärte, der Wechsel zu einer Vollimmersionsschule sei seine persönliche Antwort auf den Mangel an Māori-Sprechenden in den jüngeren Generationen. „*Der Zweck des Total-Immersion-Ansatzes ist es, unsere Sprache wiederzubeleben und zu bewahren. Wir wissen, dass nicht viele der kleinen Kinder auf Cook Islands Maori kommunizieren*“, erklärte der Grundschuldirektor.

Die Schule beabsichtigt, mehr praxisorientiertes Lernen im Freien anzubieten, um die Schüler\*innen zu mehr außerschulischem Engagement zu motivieren. Auf dem Lehrplan stehen u.a. Kulturgeschichte, Bräuche und Traditionen der Cook-Inseln.

*Hintergrund:* In den 1960er Jahren war das Sprechen von Cook-Insel-Māori in der Schule strafbar. Forscher\*innen hatten festgestellt, dass dies zu einer Generation von Cook-Insulanern führte, die zögerten, ihren Kindern Māori beizubringen, was einen Dominoeffekt beim Rückgang der Māori-Muttersprachler auslöste.

„*Wenn wir mit unseren Eltern sprachen, erzählten sie uns oft, wie sie in ihrer Schulzeit streng zurrechtgewiesen wurden, weil sie Māori sprachen. Jetzt haben wir die Chance, nicht nur eine Einstellung, sondern auch den Ansatz zur Sprachbewahrung umzukehren*“, sagte Emile Kairua vom Kultusministerium der Cook-Inseln. (*Radio NZ Pacific 05.02.26*)

## Umfrage zur Augengesundheit

**Cook-Inseln:** Das Gesundheitsministerium Te Marae Ora (TMO) hat führende Expert\*innen aus dem Gesundheitswesen der *Fred Hollows Foundation Neuseeland* und der *Universität Auckland* eingeladen, um eine landesweite Augenuntersuchung durchzuführen

Bereits im April des Jahres startete die weltweit einzigartige Umfrage zur Augengesundheit im Pazifik. Laut TMO ist diese Initiative ein wichtiger Schritt zur Stärkung der landesweiten augenmedizinischen Versorgung.

Die von den neuseeländischen Partnern erarbeitete Erhebung ist speziell auf kleine pazifische Inselstaaten zugeschnitten – sie liefert den Regierungen der Inselstaaten zuverlässige Informationen, die sie benötigen, um medizinische Dienstleistungen zu planen und vermeidbaren Sehverlust zu reduzieren.

Das neuseeländische Team arbeitete gemeinsam mit dem TMO und Regierungspartnern daran, zu erfassen, welche augenmedizinischen Dienstleistungen bereits bestehen, wie die Menschen derzeit Zugang zur Versorgung erhalten und welche Informationen erfasst werden – „*um sicherzustellen, dass die Erhebung praktikabel, lokal relevant und auf den Kontext der Cook-Inseln zugeschnitten ist*“, hieß es aus den Kreisen des Gesundheitsministeriums.

Bob Williams, Staatssekretär im Gesundheitsministerium, erklärte, die Umfrage sei Teil des umfassenderen Forschungsprogramms „*State of Eye Health*“ der *Fred Hollows Foundation NZ*, das

vom Pazifikraum geleitete Forschungsvorhaben zur Stärkung der Augenversorgung unterstützt.

Dr. Audrey Aumua, Geschäftsführerin der *Fred Hollows Foundation NZ*, sagte: „*Diese Initiative spiegelt das gemeinsame Engagement für die Stärkung der augenmedizinischen Versorgungssysteme auf den Cook-Inseln und im gesamten Pazifikraum wider, damit jeder Zugang zu einer hochwertigen Augenversorgung hat, unabhängig davon, wo er lebt.*“

Gesundheitsministerin Vainetutai Rose Toki Brown und der Minister für auswärtige Angelegenheiten und Einwanderung, Tingika Elikana, trafen sich mit Dr. Aumua und würdigten die Unterstützung der Stiftung und der Universität Auckland sowie deren Entscheidung, die Cook-Inseln als Pilotstandort für die weltweit erste Augen-Gesundheitsumfrage für kleine Inselstaaten auszuwählen.

*Hintergrund:* Die Leiterin der Erhebung, Professorin Jacqueline Ramke von der Universität Auckland, erklärte, die *Small Island State Survey* sei für Länder mit weniger als 100.000 Einwohnenden konzipiert worden. „*Sie wird kleinen Inselstaaten dabei helfen, zu ermitteln, wie viele Menschen im Alter von 40 Jahren und älter mit einer Sehbehinderung leben, wie stark die Augenkomplikationen durch Diabetes sind und wo die größten ungedeckten Bedürfnisse liegen – damit Dienstleistungen effektiv geplant und mit Ressourcen ausgestattet werden können*“, erklärte Professorin Ramke.

Die Methode könne anschließend für andere kleine, klar definierte Gemeinschaften angepasst werden – zum Beispiel in

Altenpflegeeinrichtungen oder bei anderen abgeschlossenen Bevölkerungsgruppen, erläuterte die Professorin ihren Untersuchungsansatz. (*Cook Islands News* 02.03.26)

### Invasive Arten bedrohen Wälder

**Cook-Inseln:** Leuchtend orange-rote afrikanische Tulpenbäume, die einst als Zierpflanzen gepflanzt wurden, breiten sich derzeit über die Hänge der Hauptinsel Rarotonga aus und bedrohen die einzigartigen Wälder und die Tierwelt der Insel.

Die invasive Art, bekannt für ihre auffälligen orange-roten Blüten, wurde in den 1920er Jahren eingeführt, ist seitdem jedoch zu einer großen ökologischen Bedrohung geworden.

Der schnell wachsende Baum besiedelt aggressiv Waldgebiete, verdrängt einheimische Pflanzen und verringert die Artenvielfalt, was Risiken sowohl für Ökosysteme als auch für Wasserressourcen mit sich bringt.

Terena Koteka-Wiki, Projektbeauftragte bei *Te Tuanga Tapoporo/National Environment Service* (NES), sagte, dass wichtige invasive Baumarten wie der Afrikanische Tulpenbaum auf den höchsten Gipfeln der Insel seltener vorkommen als in tieferen Lagen.

„Das bedeutet, dass noch die Möglichkeit besteht, diese invasiven Arten zu entfernen, bevor sie größere Auswirkungen haben“, erklärte sie.

Koteka-Wiki wies darauf hin, dass dieselben invasiven Baumarten, die heute auf Rarotonga vorkommen, die einheimischen Wälder auf anderen Pazifikinseln, darunter auch Tahiti, bereits vollständig

verdrängt haben.

Invasive Pflanzen und Kletterpflanzen stellen zudem eine Gefahr für die Wasserversorgung dar. Wenn sie ungehindert wachsen, können sie den Wasserfluss in Bächen verringern und zur Verschlechterung der Wasserqualität beitragen.

Es werden bereits Maßnahmen zur Bekämpfung des afrikanischen Tulpenbaums ergriffen: Als weltweite Premiere wurde der afrikanische Tulpenbaumkäfer (*Paradibolia coerulea*), ein aus Ghana (Afrika) stammender Blattfresser, 2021 und 2022 auf Rarotonga ausgesetzt. Der Käfer wurde in Südafrika strengen Tests auf Wirtsspezifität unterzogen, um sicherzustellen, dass er anderen Arten keinen Schaden zufügt.

Zu den Bekämpfungsmaßnahmen gehören auch gezielte Entfernung, Entrindung und laufende Überwachung in Naturschutzgebieten, um zu verhindern, dass sich der Baum weiter in den einheimischen Wäldern ausbreitet. (*Cook Islands News* 16.03.26)

### Neuer Beratungsausschuss für Meeresbodenmineralien

**Cook-Inseln:** Die Behörde für Meeresbodenmineralien hat offiziell die Mitglieder ihres neuen Beratungsausschusses für Meeresbodenmineralien ernannt, um die Vertretung der Bevölkerung bei der Entwicklung des Bergbaus zu stärken.

Premierminister Mark Brown, der auch für den Bereich Meeresbodenmineralien zuständig ist, erklärte, der neue Ausschuss werde eine Schlüsselrolle dabei spielen, sicherzustellen, dass politische

Diskussionen die Perspektiven der lokalen Bevölkerung und nationale Prioritäten widerspiegeln.

Die Beauftragte für Meeresbodenmineralien, Beverly Ataera, erklärte, der Ausschuss diene als Vermittlungsinstanz zwischen Regierung und Öffentlichkeit und sei keine Entscheidungsinstanz.

Zu seinen Aufgaben gehören gemäß seinem Mandat die Abgabe von Empfehlungen, die Förderung des öffentlichen Bewusstseins und die Pflege eines politischen Dialogs im Bereich der Meeresbodenmineralien. (*Pacific Business Review* 27.03.26)

### Digitalisierung der Lebensereignisse

**Cook-Inseln:** Die Einführung eines Open-Source-Systems zur Erfassung von Geburten, Eheschließungen und Sterbefällen auf den Cook-Inseln gilt als Vorzeigeprojekt für den Pazifikraum, wo viele Menschen noch immer geboren werden und sterben, ohne jemals offiziell registriert worden zu sein. Behörden schätzen, dass etwa die Hälfte aller Geburten und die meisten Todesfälle nicht registriert werden, wobei die größten Lücken oft in abgelegenen und auf den Außeninseln gelegenen Gemeinden zu finden sind.

Am 3. März 2026 hat die Regierung das System „*Te Reinga Ora'anga*“ in Betrieb genommen – ein digitales System zur Registrierung von Geburten, Sterbefällen, Eheschließungen und anderen Lebensereignissen. Die Plattform, die im Justizministerium in der Hauptstadt Avarua vorgestellt wurde, wird Personenstandsregister effizient und sicher verwalten und wurde als weltweit erste

Umsetzung auf Basis einer Open-Source-Technologie (d.h. frei verfügbar im Internet) entwickelt.

Die Personenstandsregisterführung ist eine Kernaufgabe der Regierung und umfasst die Erfassung von Geburten, Adoptionen, Eheschließungen, Namensänderungen, Scheidungen und Todesfällen sowie deren Weiterverwendung für die Ausstellung von Ausweisdokumenten wie Reisepässen und in der amtlichen Statistik, beispielsweise bei Bevölkerungsschätzungen. Obwohl sie für die Öffentlichkeit oft unsichtbar ist, bildet sie die Grundlage für das Wahlrecht und den Zugang zu Dienstleistungen wie Schulbildung, Gesundheitsversorgung und Bankgeschäften.

*Te Reinga Ora'anga* unterstützt ab sofort die elektronische Erfassung dieser „Meilensteine des Lebens“, wie es in einer Presseerklärung der Regierung hieß.

*Hintergrund:* *Te Reinga Ora'anga* basiert auf der Plattform „OpenCRVS“, das ist ein Open-Source-System zur Personenstandsregistrierung, das als digitales öffentliches Gut entwickelt wurde. Sein Quellcode ist öffentlich zugänglich, sodass Regierungen das System an lokale Gegebenheiten anpassen können und nicht an kommerzielle, proprietäre Software gebunden sind.

Die *Pacific Community*, die die Einführung der Software unterstützte, arbeitet im gesamten Pazifikraum als technischer Partner mit OpenCRVS zusammen und unterstützt Regierungen dabei, das System so zu konfigurieren und zu implementieren, dass es den regionalen Gegebenheiten – darunter geringe Bevölkerungszahlen,

begrenztes Fachwissen und geografische Streuung – Rechnung trägt.

(<https://sdd.spc.int/news/2026/03/03/cradle-chapel-grave-cook-islands-digital-life-milestones-open-source-world-first> 03.03.26)

## FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

### Datierung von Korallenhäusern

**Frz.-Polynesien:** Ein Team von Archäolog\*innen hat mithilfe einer besonderen Datierungstechnik einen genauen Zeitrahmen für den Bau von Häusern aus Korallen in Französisch-Polynesien ermittelt.

Die von der Universität Sydney geleitete und in der Fachzeitschrift „*Antiquity*“ veröffentlichte Studie ist die erste, bei der die so genannte „Uran-Thorium-Datierung“, auch bekannt als U-Th-Datierung, zur Datierung historischer Korallenarchitektur angewendet wurde. Diese Methode liefert präzise Altersschätzungen, ohne dass umfangreiche Ausgrabungen erforderlich sind.

Associate Professor James Flexner, ein „Future Fellow“ des *Australian Research Council* an der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften und Mitglied des *Vere Gordon Childe Centre*, leitete die Forschung auf *Mangareva*, einer Inselgruppe in Französisch-Polynesien. Korallen waren dort das Hauptbaumaterial für Häuser, bevor in den 1870er Jahren Holz die Oberhand gewann.

Er sagte, die indigene Bevölkerung habe die Bautechnik von französischen katholischen Missionaren gelernt.

„Sie bauten Kathedralen, Kirchen, Schulen, gemeinschaftliche Brotbacköfen, Wachtürme und kleine Steinhäuschen aus lokal gewonnenem Korallenmaterial von den nahegelegenen Küstenriffen sowie aus Strandkorallen von freiliegenden Formationen an Land“, erklärte der Professor.

Zehn Korallenproben aus den Bauwerken von *Mangareva* wurden von der *Radiogenic Isotope Facility* der University of Queensland (Australien) datiert.

Die Universität erklärte, dass die Europäer detaillierte Aufzeichnungen über ihre eigenen Gebäude führten, aber fast nichts über die Alltagsbehausungen schrieb, die von einheimischen *Mangarevan*-Familien errichtet wurden.

„Was uns überraschte, war, dass mehrere Korallenblöcke ein älteres Alter aufwiesen als erwartet“, sagte Flexner. „Einige stammten sogar aus der Zeit vor der Ankunft der Europäer, was darauf hindeutet, dass die Erbauer möglicherweise ältere Korallen aus nahegelegenen Fundstellen wiederverwendet haben.“

Die Datierung der Korallen half den Forschenden dabei, nachzuvollziehen, wie sich das Alltagsleben im Pazifik nach dem Kontakt mit den Europäern entwickelte.

„Einige der Fundstücke, die wir in den Wänden der Korallenstrukturen fanden, darunter Glaswaren, Kochtöpfe und Keramik, deuteten auf Aktivitäten wie Festessen hin, während andere auf Veränderungen in den Gewohnheiten des häuslichen Alltags hinwiesen – von der Art und Weise, wie eine Familie gemeinsam Mahlzeiten

zubereitet und einnimmt, bis hin dazu, wie sich die Menschen im Haus bewegen, wie sie beten und Gottesdienst feiern oder wie sie schlafen.“

Flexner erklärte weiter: „Heutzutage denken die Menschen bei Korallen vor allem an Korallenbleiche und Klimawandel, aber jeder Korallenblock, der für den Bau dieser Häuser verwendet wurde, bewahrt chemische Aufzeichnungen über die Umgebung, in der die Koralle wuchs, und bietet so ein historisches Archiv der Korallenriffe und vergangener ökologischer Veränderungen.“

(Radio NZ Pacific 27.04.26, <https://www.antiquity.ac.uk/news/2026/advanced-dating-method-reveals-age-pacific-coral-architecture>)

### Treibende Fischsammelgeräte sind Umweltproblem

**Frz.-Polynesien:** Fast 60.000 treibende Fischsammelvorrichtungen (fish aggregating device, FAD) gelangen jedes Jahr in die Gewässer Polynesiens.

FADs sind künstlichen Flöße, die von industriellen Ringwadenfischern (Fischereifahrzeuge mit Ringwaden-Netzen) zum Zusammentreiben und „Einfangen“ von Fischen eingesetzt werden.

Diese von der industriellen Fischerei ausgesetzten Fischsammelvorrichtungen werden oft bewusst zurückgelassen und stranden dann auf den Riffen oder an den Stränden.

Französisch-Polynesien, das ausschließlich fest verankerte FADs einsetzt, veranstaltete kürzlich einen internationalen Workshop unter der Überschrift „Verringerung des Verlusts und der Zurücklassung von treibenden

Fischsammelvorrichtungen im Pazifik“, an dem Vertreter von Pazifikstaaten, Expert\*innen und Fachleute aus der Fischerei teilnahmen, um konkrete Lösungen für diese „ökologische Katastrophe“ zu erarbeiten. Bei der von der Pacific Community (SPC) geleiteten Konferenz ging es u.a. um die Möglichkeit der besseren Überwachung der Bojen, um die Bergung von FADs auf See, die Finanzierung und das Verursacherprinzip.

In ihrer Eröffnungsrede wies Maiana Bambridge auf das Ausmaß des Problems hin: Verlorene treibende FADs „werden zu langlebigem Meeresmüll“, der Riffe und Küstengebiete schädigt und geschützte Arten bedroht.

In Französisch-Polynesien sind treibende FADs schon seit langem verboten, aber die Region leidet unter den FADs aus anderen Staaten. „Wir werden durch treibende FADs aus industriellen Fischereien außerhalb unseres Gebiets verschmutzt. Wenn sie stranden, zerstören sie das Riff und werden zu Elektronik- und Kunststoffabfällen“, fasste Thibaut Thellier von der Direktion für Meeresressourcen zusammen.

Ein Teilnehmer fand noch klarere Worte: „Diese treibenden FADs sind eine ökologische Katastrophe. Sie verfangen sich in den Korallen, schwächen die Atolle und die Riffe. Warum sollen wir den Dreck auflesen, der von woanders herkommt? Das ist wie mit dem Plastik!“

**Info:** Jeder industrielle Ringwadenfischer kann mehrere hundert aktive FADs verwalten, während kaum 10 % davon wieder eingesammelt werden. Der Rest wird zurückgelassen, sobald er die

rentablen Fanggebiete verlässt, insbesondere den äquatorialen Gürtel. Das Ergebnis: Die FADs treiben, von den Strömungen getrieben, weiter in Richtung der pazifischen Inselstaaten.

Der Kern des Problems ist technischer und strategischer Natur: der Zugriff auf die Daten der an diesen FADs angebrachten Sender. Ohne genaue Positionsangaben ist es unmöglich, auf See einzugreifen, bevor die Bojen stranden. „Wenn eine Boje deaktiviert wird, kommt das für uns einer Müllentsorgung im Meer gleich“, betonte Thibaut Thellier. Wichtig wäre die Bereitschaft der Industrieländer, ihre FADs eingeschaltet zu lassen, wenn sie in die ausschließliche Wirtschaftszone von Französisch-Polynesien einfahren, um sie orten und bergen zu können, erklärte der Experte weiter.

Der Workshop endete mit einer positiven Nachricht. Ein von der industriellen Fischerei finanzierter Fonds zur Finanzierung der Bergung von FADs werde derzeit eingerichtet, bestätigte Taivini Teai, der französisch-polynesischer Minister für den Meeresschutz. (Tahiti Info 09.02.26)

### Präsident will audiovisuellen Sektor stärken

**Frz.-Polynesien:** Im Rahmen einer Dienstreise nach Hawai'i traf Präsident Moetai Brotherson tahitische Studierende, die auf Hawai'i leben und dort Studiengänge in den Bereichen Kultur, audiovisuelle Medien, Geisteswissenschaften und internationale Beziehungen absolvieren.

Französisch-Polynesien möchte seine Partnerschaften mit anderen Pazifikstaaten in den

Bereichen audiovisuelle Medien und Jugendarbeit stärken und ist derzeit auf der Suche nach einem Fort- und Ausbildungsinstitut für Studierende aus Tahiti. Im Gespräch ist u.a. eine Absichtserklärung mit dem *East-West Center*, einer Referenzinstitution im Pazifikraum für Ausbildung, Forschung und regionalen Dialog. Eine mögliche Partnerschaft zielt darauf ab, jungen Polynesiern den Zugang zu hochkarätigen Ausbildungs- und Forschungsprogrammen zu erleichtern, den akademischen und kulturellen Austausch zu stärken und die Rückführung von Fachkräften nach Französisch-Polynesien zu fördern.

Der Präsident verfolgt mit seiner neuen Strategie das Ziel, den audiovisuellen Sektor in Tahiti zu einem wirtschaftlichen Hebel und einem Instrument der kulturellen Souveränität zu machen, das es den Einwohner\*innen Polynesiens ermöglicht, ihre eigenen Geschichten zu verfilmen und zu spielen – mit ihren Stimmen, ihren Gesichtern und ihren Bezugspunkten.

In diesem Zusammenhang besuchte der Präsident auch das *Hawai'i Film Studio*, eine öffentliche Einrichtung im Besitz des Staates Hawai'i. Anschließend beobachtete der Präsident mit seiner Delegation die Dreharbeiten auf der „Kualoa Ranch“, einem bekannten Drehort für internationale Filme und Serien, in Anwesenheit des Teams des *International Cultural Arts Network (ICAN)*, das an diesem Tag mit dem Schauspieler Jason Momoa zusammenarbeitete. Das ICAN hat sich zum Ziel gesetzt, indigene Talente aus Hawai'i und dem Pazifikraum auszubilden und in die audiovisuelle Industrie zu integrieren. (*France Info* 27.02.26)

## Geplante Wiederannäherung an Polynesien

**Rapa Nui:** Die Einwohner\*innen der politisch zu Chile gehörigen polynesischen Insel Rapa Nui drängen auf eine Wiederannäherung an Polynesien, da die Isolation der Insel nach der Coronapandemie extrem zugenommen habe.

Rapa Nui liegt am östlichsten Rand des sogenannten „polynesischen Dreiecks“, doch laut der dortigen Politiker\*innen wird die Insel zunehmend von der pazifischen Gemeinschaft, zu der sie offiziell gehört, abgeschnitten.

Lokale Führungskräfte warnen, dass die abgelegene Insel Gefahr läuft, sich weiter zu isolieren, da begrenzte Flugverbindungen und die starke Abhängigkeit vom chilenischen Festland es erschweren, die Verbindungen zur gesamten polynesischen Region aufrechtzuerhalten.

Im Gespräch mit *PMN News* während des Besuchs des neuseeländischen Außenministers Winston Peters auf Rapa Nui, sagte die Bürgermeisterin der Insel, Elizabeth Arevalo Pakarati, dass der Wiederaufbau dieser Verbindungen zu ihrer Priorität geworden sei. „*Viele Jahre lang haben wir die Verbindung zum Rest Polynesiens unterbrochen. Aber wir sind ja Teil des polynesischen Volkes*“, sagte Pakarati.

Die Flugverbindung nach Französisch-Polynesien wurde noch nicht wieder aufgenommen, was Berichten zufolge auf Entscheidungen der regionalen Fluggesellschaften und eine ungewisse Passagierfrage zurückzuführen ist.

Für viele der rund 8.600 Einwohnenden der Osterinsel wirkt sich die Abhängigkeit vom Luft- und Seetransport auf das tägliche Leben aus. Sofia Olave Huke, die für die Verwaltung des Nationalparks zuständig ist, sagte, die Pandemie habe gezeigt, wie verwundbar die Insel sein könne. „*Gerade während der Pandemie konnten wir sehen, wie abgeschnitten wir waren, weil keine Flugzeuge flogen*“, sagte sie gegenüber *PMN News*. „*Jetzt im Sommer bestehen die damit verbundenen Herausforderungen darin, dass uns vielleicht Dinge ausgehen wie Zucker, Mehl oder was auch immer, und wir stärker vom Flugzeug oder vom Schiff abhängig sind.*“

*Info:* Rapa Nui ist eine der abgelegensten bewohnten Inseln der Welt und liegt etwa 3.700 Kilometer westlich des chilenischen Festlands und rund 4.200 Kilometer östlich von Tahiti (Französisch-Polynesien). (*Pacific Media News* 11.03.36, *Wikipedia*)

## Selbstisolation auf Pitcairn

**Pitcairn:** Eine namentlich nicht genannte US-amerikanische Frau hat sich Mitte Mai in Selbstisolation auf die Insel Pitcairn begeben. Die Frau war Passagierin auf dem Kreuzfahrtschiff „*MV Hondius*“, auf dem es während einer Südamerika-Expedition zu einem Ausbruch des Hantavirus mit drei Toten und (bis dato) elf Infizierten gekommen war.

Die Frau sei am 7. Mai aus San Francisco (USA) abgeflogen und habe die Insel Tahiti sowie anschließend Mangareva (Französisch-Polynesien) bereist, teilte die Regierung von Französisch-Polynesien mit. Von dort aus sei

sie weiter per Frachtschiff in 32 Stunden in das britische Überseegebiet Pitcairn gereist, wo sie sich in Quarantäne begeben habe.

Ein Sprecher der lokalen Regierung von Pitcairn teilte der BBC mit, die Person habe „Kontakt zu einer Person gehabt, die dem Hantavirus ausgesetzt war“, zeige jedoch „keine Anzeichen einer Erkrankung“. Das Risiko für die 55 Einwohnenden von Pitcairn, an dem Virus zu erkranken, sei „äußerst gering“. Die Frau dürfe die Insel aber zunächst nicht verlassen. (BBC News 13.05.26, <https://reason.com/2026/05/13/hantavirus-fear-comes-to-the-remotest-islands-in-the-world/>)

## HAWAI'I

### Kritik an Kosten für Schulmahlzeiten

Im vergangenen Frühjahr hat die Regierung fast vier Millionen Dollar bereitgestellt, um den Zugang zu kostenlosen Schulmahlzeiten zu verbessern.

Das Bildungsministerium von Hawai'i schätzt, dass fast 28.000 Schüler\*innen aus einkommensschwachen Familien von der nun beschlossenen zweijährigen Verlängerung des Programms profitieren könnten.

Das Programm bleibt jedoch weiterhin befristet, was Aktivisten und Schüler\*innen auf den Plan gerufen hat. Sie unternahmen in diesem Jahr bereits den vierten Versuch, ein Gesetz zu verabschieden, das bis zum Ende des Jahrzehnts jedem Schüler kostenlose Schulmahlzeiten garantieren soll.

Der von der Abgeordneten Trish La Chica eingebrachte Gesetzentwurf erhielt bei seiner Behandlung im Repräsentantenhaus über

100 Seiten an unterstützenden Stellungnahmen. Er scheiterte jedoch letzten Monat, als er keine Anhörung im Bildungsausschuss des Senats unter dem Vorsitz von Senatorin Donna Kim erhielt.

Kim erklärte, sie habe den Gesetzentwurf aus Bedenken zurückgezogen, dass das Bildungsministerium sein Verpflegungsprogramm nicht ordnungsgemäß beaufsichtige und die hohen Kosten nicht im Griff habe.

Das Ministerium geriet in diesem Frühjahr in die Kritik, als eine Prüfung ergab, dass die staatliche Führung keine Budgets für Kantineleitende festgelegt hatte und Schwierigkeiten hatte, den Einkauf lokaler Produkte nachzuverfolgen.

Kim sagte weiter, dass sie zwar die Versorgung von Kindern mit nahrhaften Mahlzeiten unterstütze, der Staat jedoch darauf achten müsse, wie viel er für Sozialhilfeprogramme ausbebe und ob die Steuerzahlenden diese Initiativen langfristig tragen könnten.

Die Schätzungen zu den Kosten für die Durchführung eines schulischen Verpflegungsprogramms schwanken ebenfalls stark, was bei den Gesetzgebern weitere Fragen hinsichtlich der tatsächlichen Kosten der Initiative aufwirft. Während Interessensverbände davon ausgehen, dass das Programm fast 33 Millionen Dollar kosten könnte, nennt das Bildungsministerium Schätzungen zwischen 50 und 111 Millionen Dollar.

Schüler\*innen und Lehrkräfte bemängeln zudem, dass die zugesagten neuen Mittel immer noch nicht alle Kinder erreichen, die kostenlose Mahlzeiten in der Schule benötigen. Nicht alle

Eltern wissen, wie sie die für die kostenlosen Schulmahlzeiten erforderlichen Formulare ausfüllen müssen, bedauern Befürworter des Programms, während andere Eltern vielleicht zu viel verdienen, um Anspruch auf ein kostenloses Mittagessen für ihre Kinder zu haben, aber dennoch finanzielle Schwierigkeiten haben.

Der Papierkram könne für Eltern eine Hürde darstellen, insbesondere wenn sie nicht fließend Englisch sprechen oder sich aufgrund ihres Einwanderungsstatus Sorgen über die Teilnahme an staatlichen Programmen machen, mahnte Nicole Woo, Direktorin für Forschung und Wirtschaftspolitik beim *Hawai'i Children's Action Network Speaks*.

*Hintergrund:* Das Landesgesetz schreibt derzeit vor, dass Schulen den Schüler\*innen mindestens die Hälfte der Kosten für die Zubereitung der Schulmahlzeiten in Rechnung stellen müssen, was bedeutet, dass die Preise für das Mittagessen bei etwa 4,50 Dollar liegen sollten. Das Bildungsministerium verlangt deutlich weniger für die Mahlzeiten: Die Preise für das Mittagessen liegen bei 2,50 Dollar für Grund- und Mittelschüler und bei 2,75 Dollar für Oberschüler. (Honolulu Civil Beat 14.04.26, <https://hawaiipublicschools.org/school-services/school-food-services/>, <https://hiappleseed.org/universal-free-school-meals>)

### Meeresschildkröten bekämpfen invasive Algen

Grüne Meeresschildkröten wurden kürzlich eher zufällig als potenzielle Verbündete im Kampf gegen die Ausbreitung einer invasiven Algenart im Nordwesten der Hawai'i-Inseln identifiziert. Als

eine Kamera die einheimischen Schildkröten beim Fressen an den Algenmatten filmte, erkannten die Forschenden, dass die Tiere eine entscheidende Rolle beim Schutz der Riffe im Meeresschutzgebiet „*Papahānaumokuākea Marine National Monument*“ spielen könnten.

Die Grünen Meeresschildkröten fressen die invasiven Rot-Algen, die sich auf drei der nördlichsten Atolle im Papahānaumokuākea-Nationalpark ausgebreitet haben. Dabei hinterlassen die Schildkröten deutlich größere Spuren in den Algenmatten als Seeigel oder Fische: Ein Weibchen nahm innerhalb von 95 Sekunden bis zu 18 Bissen, wodurch eine Lücke mit einem Durchmesser von 5 bis 15 cm in der Algenbedeckung entstand.

*Hintergrund:* Die Rot-Alge wurde erstmals 2016 bei Manawai entdeckt und hat sich seitdem auf eine Fläche von mehr als 101 Quadratkilometern Riffhabitat ausgebreitet. Die Alge (*C. tumulosa*) bildet dichte Matten mit einer Dicke von mehr als 6 Zentimetern. Diese können lebende Korallen ersticken und einheimische Riffstrukturen verdrängen – was sie zu einer Bedrohung für die Riffökosysteme des Nationalparks macht.

Während sich Rot-Algen in den nordwestlichen Hawai'i-Inseln bereits etabliert haben, sind die Forscher\*innen besorgt über ihre weitere Ausbreitung auf die Hauptinseln Hawai'i, also etwa nach Oahu.

Die hawai'ianische Grüne Meeresschildkröte gilt derzeit gemäß dem US-Gesetz zum Schutz gefährdeter Arten nur als „*gefährdet*“, nachdem sich ihr Bestand dank strenger Schutzmaßnahmen

seit der Aufnahme in die Liste im Jahr 1978 erholt hat. (*Oceanographic Magazine* 21.04.26)

### **Palmenschädigender Käfer entdeckt**

Der Fund eines männlichen Kokosnuss-Nashornkäfers auf der Insel Moloka'i hat die Behörden des Landwirtschaftsministeriums aufgeschreckt. Auch am *Kahului Airport* auf der Insel Maui wurde ein Käfer entdeckt, erstmals seit 2023. Der Nachweis auf Moloka'i und Maui sei für den gesamten US-Bundesstaat „*äußerst alarmierend*“, hieß es aus der Behörde. Anwohner\*innen, Unternehmen und Landbesitzer im Umkreis von zwei Meilen um den Flughafen Kahului wurden gebeten, Kokospalmen und andere große Palmen auf mögliche Anzeichen von Fraßschäden durch Kokosnuss-Rhinoceroskäfer zu überprüfen

Die Bewohner\*innen von Moloka'i hatten bereits vor mehr als sechs Monaten beim staatlichen *US-Ministerium für Landwirtschaft und Biosicherheit* eine Petition für einen besseren Schutz vor dem palmenschädigenden Käfer eingereicht, was zu den strengsten Vorschriften des US-Bundesstaates für die Einfuhr bestimmter landwirtschaftlicher Produkte wie etwa Mulch führte. Die Larven des Kokosnuss-Nashornkäfers kommen am häufigsten in Kompost und Grünabfällen vor, wodurch sie geschickt darin sind, in Lieferungen für Gärtnereien, Gartenbaubetriebe und Großmärkte zwischen den Inseln mitzureisen.

Der Käfer ist zum Symbol für den jahrzehntelangen Kampf des US-amerikanischen Bundesstaates

geworden, die Auswirkungen invasiver Arten auf den hawai'ianischen Inseln einzudämmen und zu mildern. Das Insekt breitete sich 2023 von der Hauptinsel O'ahu aus, nachdem es fast ein Jahrzehnt lang eingedämmt worden war, was dazu beitrug, Rekordmittel für die Biosicherheit zu mobilisieren. Doch selbst nach diesen großen Finanzspritzen herrscht weiterhin Unzufriedenheit mit den Fortschritten der Biosicherheits-Behörde bei der Beschleunigung und Verstärkung der staatlichen Maßnahmen gegen die Schädlinge, die sich mittlerweile auch auf Kaua'i und der Insel Hawai'i verbreitet haben.

Der Käfer ist für seine Fress- und Fortpflanzungsgewohnheiten berüchtigt. Er ernährt sich bevorzugt vom Saft von Palmenarten, insbesondere von Öl-, Dattel- und Kokosnuss-Palmen, indem er sich in die Krone der Palme bohrt und diese dadurch abtötet. Er vermehrt sich in Kompost und Grünabfällen und ist dafür bekannt, täglich bis zu zwei Meilen weit zu fliegen. Es wurde zudem festgestellt, dass er auch Taro und Bananen befällt – kulturell wichtige Nutz- und Nahrungspflanzen für die Bewohner\*innen von Hawai'i.

*Info:* Der Kokosnuss-Nashornkäfer ist ein großer Käfer aus der Art *Oryctes rhinoceros*. Er gehört zur Familie der Blatthornkäfer und ist vor allem in Teilen Südostasiens und auf vielen Pazifikinseln verbreitet. Der Kokosnuss-Nashornkäfer ist für Menschen nicht gefährlich. Er kann zwar aufgrund seiner Größe beeindruckend wirken, ist aber weder giftig noch aggressiv.

*Hintergrund:* Die Abgeordnete von Moloka'i, Mahina Poepoe,

hatte in diesem Jahr den Gesetzentwurf Nr. 1929 eingebracht, um einen aus Anwohnenden bestehenden Beirat für die Insel einzurichten, der gemeinsam mit Mitarbeitenden der staatlichen Biosicherheitsbehörde einen speziellen Biosicherheitsplan entwickeln soll. Der Gesetzentwurf sieht die Einrichtung einer Quarantänestation auf der Insel mit eigenem Personal vor, um ankommende Waren einer zweiten Kontrolle zu unterziehen. Noch hat das Parlament den Gesetzentwurf nicht angenommen. (*Honolulu Civil Beat Hawai'i* 08.04.26; KI ChatGPT)

## AOTEAROA (NEUSEELAND)

### Neuseeland senkt Visagebühren für den Pazifikraum

Neuseeland wird die Gebühren für Besuchervisa für Staatsangehörige aus dem Pazifikraum vorübergehend senken, um den Reiseverkehr anzukurbeln und die regionalen Beziehungen zu stärken.

Die ermäßigte Gebühr tritt am 1. Juni 2026 in Kraft und gilt zunächst für 12 Monate. Nach der neuen Regelung zahlen berechnete Antragsteller\*innen aus dem Pazifikraum insgesamt 161 NZD für ein Besuchervisum. Zuvor betrug diese Gebühr 216 NZD. Diese Senkung gilt nur für Anträge, die außerhalb Neuseelands gestellt werden.

Staatsangehörige aus dem Pazifikraum profitieren bereits von niedrigeren Visagebühren im Vergleich zu Besuchenden aus anderen Ländern, die 411 NZD für ein Besuchervisum zahlen müssen.

*„Diese Initiative spiegelt Neuseelands Engagement für die Unterstützung unserer Nachbarn im Pazifikraum wider. Sie wird Reisen erschwinglicher machen und gleichzeitig sicherstellen, dass die Einwanderungsregelungen finanziell tragfähig bleiben“*, erklärte der neuseeländische Außenminister Winston Peters.

Die Regierung wird die zwölfmonatige Testphase nutzen, um die Auswirkungen auf Reiseverhalten, Nachfrage, Kosten und Einwanderungsabläufe zu bewerten, was als Grundlage für künftige politische Entscheidungen dienen soll.

*Info:* Zu den berechtigten Pazifikstaaten gehören Amerikanisch-Samoa, die Föderierten Staaten von Mikronesien, Fidschi, Kiribati, Nauru, Palau, Papua-Neuguinea, die Marshall-Inseln, Samoa, die Salomonen, Tonga, Tuvalu und Vanuatu. (*Islands Business* 16.03.26)

### Neues Sicherheitsabkommen mit den Cook-Inseln

Neuseeland hat die Finanzhilfen für die Cook-Inseln wieder aufgenommen, nachdem beide Länder in Rarotonga am 1. und 2. April 2026 ein neues bilaterales Verteidigungs- und Sicherheitsabkommen (*Defence and Security Declaration*) unterzeichnet hatten.

In einer Pressemitteilung erklärte der neuseeländische Außenminister Winston Peters, das Abkommen behebe eine politische Krise, die Wellington dazu veranlasst hatte, Teile seiner finanziellen Unterstützung auszusetzen.

*„Es ist kein Geheimnis, dass unsere beiden Regierungen seit Ende 2024 eine Reihe schwerwiegender*

*Meinungsverschiedenheiten hatten“*, so Peters. *„Als wir darüber debattierten, wie wir diese Meinungsverschiedenheiten überwinden könnten, wurde klar, dass eine der Hauptursachen darin lag, dass es kein gemeinsames Verständnis über die Anforderungen unserer besonderen verfassungsrechtlichen Beziehung gab – insbesondere was Verteidigungs- und Sicherheitsfragen sowie den Umfang der zwischen uns erforderlichen Konsultationen betraf.“*

Das neue Abkommen bekräftigt Neuseeland als wichtigsten Verteidigungs- und Sicherheitspartner der Cook-Inseln. Es sieht vor, dass die Cook-Inseln als erstes Neuseeland in Sicherheitsfragen konsultieren und sich zunächst an Wellington wenden, bevor sie mit anderen Partnern im Pazifik zusammenarbeiten.

Im Gegenzug wird die neuseeländische Regierung die Cook-Inseln weiterhin in Bereichen wie Polizeiarbeit, Cybersicherheit, Seeüberwachung und Katastrophenhilfe unterstützen.

Beide Länder haben zudem vereinbart, keine Vereinbarungen mit anderen Parteien zu schließen, die das Abkommen untergraben könnten.

*Hintergrund:* Die neue Erklärung der sogenannte „New Zealand Cook Islands Pact 2026“ baut auf der seit 1965 bestehenden freien Assoziierung zwischen den beiden Ländern auf. Im Rahmen dieser Vereinbarung mit dem Motto „Stronger together“ sind die Cook-Inseln selbstverwaltet, während Neuseeland nach vorheriger Absprache die Verantwortung für die Verteidigung und bestimmte außenpolitische Angelegenheiten trägt. (*Pacific Media News* 02.04.26, <https://eadoz.com/new-zealand-cook-islands-pact-2026/>)

## Historischer Staatsbesuch

Der Staatspräsident von Palau, Surangel Whipps Jr., hat als erster palauischer Präsident einen offiziellen Staatsbesuch in Auckland absolviert. Surangel Whipps (Jahrgang 1968) ist seit dem 21. Januar 2021 Präsident von Palau.

Präsident Whipps wurde bei seinem viertägigen Staatsbesuch von Justizministerin Jennifer Olegieril und dem Fraktionsvorsitzenden des Repräsentantenhauses, Warren Umetaro, begleitet. Ziel des Besuchs war die Stärkung der Beziehung zu Neuseeland in den Bereichen Klimaschutz, Naturschutz und Wirtschaftswachstum. Auf dem Programm standen Geschäftstermine, ein Besuch in der maritimen Industrie sowie Naturschutzaktivitäten in Auckland und Rotorua, darunter Ausflüge nach Te Puia und zum Mount Tara-wera.

Bei den Gesprächen wurden auch regionale Sicherheitsfragen wie die grenzüberschreitende Kriminalität behandelt, wobei der Schwerpunkt auf Polizeiarbeit, Strafverfolgung und Zusammenarbeit lag.

Palau bereitet sich derzeit darauf vor, das diesjährige 55. Gipfeltreffen des *Pacific Islands Forum* im September auszurichten, wobei Neuseeland 2027 Gastgeber des jährlichen Gipfeltreffens der pazifischen Inselstaaten sein wird.

Der neuseeländische Premierminister Christopher Luxon erklärte, man habe erörtert, wie beide Nationen bei den zentralen Herausforderungen der Region weiterhin eng zusammenarbeiten können, insbesondere im Vorfeld ihrer jeweiligen Gastgeberrollen für das Forum.

*„Als aufeinanderfolgende Gastgeber des Forums wollen wir die nächsten zwei Jahre optimal nutzen. Das Forum bietet eine wichtige Gelegenheit, mit Partnern zusammenzuarbeiten und sicherzustellen, dass deren Unterstützung die von den Pazifikstaaten festgelegten Prioritäten widerspiegelt“,* sagte Luxon. (*Radio NZ Pacific 13.04.26, Palau Island Times 14.04.26, Wikipedia*)



## Regierung sanierte 89 Schulen

**Indonesien:** Das indonesische Ministerium für Grund- und Sekundarschulbildung hat nach eigenen Angaben im Jahr 2025 89 Schulen in der gesamten Provinz Westpapua mit einem Gesamtbudget von 114 Milliarden Rupien (ca. 6,3 Millionen US-Dollar) saniert.

Der Minister für Grund- und Sekundarschulbildung, Abdul Mu'ti, erklärte, dass das Schulsanierungsprogramm Teil der Bemühungen der Regierung sei, sichere und angenehme Lernumgebungen für die kommende Generation zu schaffen.

Das Ministerium prüft derzeit auch die Sanierungsanträge für das Jahr 2026, die von 211 Schulen in Westpapua eingereicht wurden. Das entspricht einem Anstieg von 137,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Anträge wurden nicht nur von staatlichen Schulen gestellt, sondern auch von Privatschulen. 23 % der für 2026 zugesagten Mittel sollen in die Instandsetzung von

Privatschulen fließen. (*Indonesian News Agency 28.05.26*)

## Menschenrechtsorganisation legt Jahresbericht 2025 vor

**Indonesien:** Der aktuelle Jahresbericht der britischen Menschenrechtsorganisation TAPOL zur Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Westpapua für das Jahr 2025 hebt die folgenden wesentlichen Trends hervor, die sich im Vergleich zu 2024 im vergangenen Jahr entwickelt haben:

- Mehr Provinzen waren von Vorfällen betroffen als im Jahr 2024.
- Ein Anstieg der Fälle von Einschüchterung und Schikanie, einschließlich Folter und Tötungen, um 24,2 Prozent.
- Ein Anstieg der Fälle willkürlicher Verhaftungen um 14,3 Prozent.

Der Bericht zeigt in Zahlen, dass:

- Insgesamt gab es 2025 in Westpapua in 14 Provinzen Vorfälle im Zusammenhang mit der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, vier mehr als im Jahr 2024. Papua bleibt die Provinz mit der höchsten Zahl an Vorfällen, gefolgt von Zentral-Papua und Süd-Sulawesi. Anders als in den Vorjahren konzentrierte sich die Zahl der Vorfälle nicht in gleichem Maße auf die Provinz Papua, sondern verteilte sich breiter über Westpapua und Indonesien, wobei Süd-Sulawesi ein auffälliger Brennpunkt war – zum ersten Mal tauchte eine Provinz außerhalb der Region Westpapua unter den ersten drei auf.
- Was die Täter betrifft, so wurden die meisten Vorfälle von Angehörigen der Sicherheitskräfte, einschließlich der Polizei, begangen oder sie waren daran beteiligt; zusammen machen diese

etwa 65 Prozent der gemeldeten Vorfälle aus. Dies entspricht dem Niveau der Vorjahre.

Die hohe Zahl von Fällen, die von unbekanntem Tätern begangen wurden und 15,6 % aller Vorfälle ausmachte, gab im Jahr 2025 Anlass zur Sorge und deutet auf eine große Anzahl von Einschüchterungsvorfällen hin, bei denen kein Beteiligter identifiziert werden konnte. Darüber hinaus gerieten Unternehmen zunehmend in Konflikt mit lokalen indigenen Gemeinschaften, die sich für den Schutz ihres Landes einsetzen. Dies erklärt das relativ starke Engagement der Unternehmen, Proteste zum Schweigen zu bringen und lokale Anführer einzuschüchtern, um die Gemeinschaften zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Auf sie entfielen 5,2 % aller Vorfälle.

- Studierende waren im Jahr 2025 die am stärksten betroffene Gruppe; auf sie entfielen 29,1 % der Vorfälle. Sie waren insbesondere von Einschüchterungsmaßnahmen sowie von Maßnahmen zur Auflösung von Versammlungen betroffen.

Die Gesamtbelastung für Aktivist\*innen in Westpapua belief sich auf 42 % aller Vorfälle, was unter dem Wert der Vorjahre liegt.

TAPOL identifiziert in seinem Jahresbericht drei Trends für die Entwicklung in Westpapua im vergangenen Jahr.

- 1) Es wird gezielt ein Klima der Angst geschaffen.
- 2) Es gibt einen deutlichen Anstieg von Einschüchterungen, Verhaftungen oder Übergriffen gegen Personen, die sich für die von diesen Maßnahmen betroffenen indigenen

Gemeinschaften einsetzen.

- 3) Verletzungen von Menschenrechten finden nun in allen Regionen Indonesiens statt, nicht mehr nur in der Provinz Westpapua.

**Hintergrund:** Prabowo Subianto ist seit Oktober 2024 als Präsident Indonesiens an der Macht, und die Auswirkungen seines Regimes sind nach Meinung von TAPOL und anderer Menschenrechtsorganisationen in der gesamten Zivilgesellschaft zunehmend zu spüren. Das Klima hat sich verschärft: Die Sicherheitsdienste erhalten mehr Befugnisse, die Gesetze zur Kriminalisierung abweichender Meinungen werden verschärft, es kommt zu einer Rückkehr zu einer Politik im Stil der „New Order“, und es herrscht das Gefühl, dass die Bürgerrechte, für die in der als „Reformasi“ bekannten Zeit engagiert gekämpft wurde, ausgehöhlt werden.

**Hier geht es zu dem Bericht:**

<https://tapol.org/publications/2025-west-papua-freedom-expression-and-assembly-full-report>

(Pressemitteilung TAPOL 12.05.26)

### Neuer Luftwaffenstützpunkt geplant

**Westpapua:** Laut einem Bericht der „Indonesia Business Post“ vom 20. Mai plant die indonesische Luftwaffe die Errichtung eines neuen Luftwaffenstützpunktes in Manokwari-Selatan, als Teil einer umfassenden Strategie der Regierung zur Stärkung der nationalen Verteidigungsinfrastruktur.

Dazu hat Air Vice Marshal Azhar Aditama, Kommandant des *Air Force Regional Command*, bereits

das zukünftige Baugebiet besichtigt und eine Tauglichkeitsprüfung durchgeführt.

Nach Angaben eines Militärsprechers soll der Stützpunkt eigens in Westpapua gebaut werden, um diese Provinz im Rahmen der „Entwicklungsstrategie“ des indonesischen Präsidenten Prabowo „voranzubringen“. Jenseits seiner militärischen Funktion soll der neue Luftwaffenstützpunkt Investoren anziehen, Arbeitsplätze schaffen und den Distrikt „weiterentwickeln“.

Der lokale Distriktpräsident Bernard Mandacan begrüßte die Pläne der indonesischen Luftwaffe und erklärte, der neue Stützpunkt werde nicht nur die Verteidigungsfähigkeit der Provinz Papua Barat stärken, sondern auch die gesamte Region „entwickeln“. (*Indonesia Business Post* 20.05.26)

### Neuer Dokumentarfilm zu Westpapua

**Westpapua:** Anfang März hat in Auckland (Neuseeland) der Dokumentarfilm „Pesta Babi“ (Schweinefest) seine Weltpremiere gefeiert. Sie war der Auftakt zu einem „West-Papua-Forum“, das von der Westpapua-Solidaritätsbewegung in Neuseeland (*West Papua Action Aotearoa*) organisiert wurde. Das Forum am ersten März-Wochenende umfasste Podiumsdiskussionen zu den Themen Militarisierung der Region, Umweltzerstörung, Organisation der lokalen Bevölkerung und Menschenrechtsverletzungen.

Der Dokumentarfilm wurde von dem renommierten westpapuanschen Journalisten Victor

Mambor produziert und von Dandhy Dwi Laksono inszeniert. Die Filmemacher waren zur Premiere nach Auckland gereist und sprachen anschließend vor Publikum über ihre Arbeit, in der es darum geht, wie indigene Papua mit den Auswirkungen der indonesischen Menschenrechts- und Umweltpolitik umgehen.

In dem Film geht es u.a. um die Zerstörung der Regenwälder zugunsten riesiger Palmöl- und Reisplantagen im Südosten von Westpapua. Das nationale Strategieprojekt der indonesischen Regierung sieht vor, zwei Millionen Hektar Wald für Zuckerrohrplantagen und Reisfelder zu nutzen.

Die Regierung in Jakarta verspricht, dass die Plantagen den Papua die dringend benötigte Entwicklung bringen werden, doch die Papua argumentieren, dass die Zerstörung ihrer Umwelt und der Wälder ihr Volk, ihre Kultur und die Artenvielfalt in der Region zerstören.

Die Vertretenden der indigenen Papua-Völker erklärten beim West-Papua-Forum in Auckland, dass Kritik oder Proteste der Gemeinschaften gegen das Ernährungsprojekt oft mit dem Eingreifen des Militärs beantwortet würden. Das Militär scheue nicht vor Gewaltanwendung zurück, um Kritiker zum Schweigen zu bringen, hieß es seitens der Papua.

„Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Nachbarn in der Region verstehen, dass dies nicht nur eine Katastrophe für West-Papua darstellt, sondern auch erhöhte Klimarisiken für alle Menschen auf der Erde mit sich bringt“, sagte die ehemalige neuseeländische Parlamentarierin Catherine

Delahunty, die auch Sprecherin der neuseeländischen Westpapua-Solidaritätsbewegung ist. Sie verdeutlichte in klaren Worten: „Es handelt sich nicht um eine interne Angelegenheit Indonesiens – es ist eine regionale Menschenrechtskrise und ein Ökozid.“

(Radio NZ Pacific 09.03.26, <https://www.regenwald.org/news/15413/pig-feast-ein-film-ueber-abholzung-und-widerstand-in-papua>, Trailer zum Film auf YouTube)

### Präsident besucht Papua-Neuguinea

**Timor-Leste:** Der Präsident der Demokratischen Republik Timor-Leste, Dr. José Ramos-Horta, besuchte Papua-Neuguinea (PNG) vom 10. bis 13. Mai auf Einladung von Premierminister James Marape. Im Mittelpunkt des Besuchs stand die Stärkung der bilateralen Beziehungen zwischen Timor-Leste und PNG. Außerdem nahm Ramos-Horta am ersten *Melanesian Oceans Summit* in Port Moresby teil, zu dem 13 Staats- und Regierungschefs aus Ozeanien angereist waren.

„Die Anwesenheit von Präsident Ramos-Horta unterstreicht das gemeinsame Engagement unserer Nationen für regionale Zusammenarbeit und den verantwortungsvollen Umgang mit den Ozeanen“, sagte Premierminister Marape beim Empfang des timoresischen Präsidenten mit einer Ehrenwache der *PNG Defence Forces* am Jacksons International Airport in Port Moresby.

Vor seiner Abreise aus Papua-Neuguinea stattete Präsident Ramos-Horta der Residenz des designierten indonesischen Botschafters in Papua-Neuguinea, Okto Dorinus Marik, einen

Höflichkeitsbesuch mit gemeinsamen Mittagessen ab. Marik war zuvor als indonesischer Botschafter in Timor-Leste tätig.

(<https://pnghausbung.com/timor-leste-president-in-png-for-bilateral-talks/>, <https://news.pngfacts.com/13.05.26>)

## AUSTRALIEN

### Pazifische Kava-Exporte nach Australien steigen

Laut einem von der „Pacific Trade Invest Australia“ veröffentlichten Quartalsbericht importierte Australien im Zeitraum Januar bis März 2026 42.906 Kilogramm Kava, was einem Rückgang von 14,5 Prozent gegenüber den 50.161 Kilogramm des Vorquartals entspricht.

Dennoch lagen die Importmengen immer noch um 24 Prozent über den 34.548 Kilogramm, die im ersten Quartal 2025 verzeichnet wurden, was auf ein anhaltendes Wachstum der Nachfrage nach Kava-Produkten aus dem Pazifik im Jahresvergleich hindeutet.

**Fidschi** blieb der größte Lieferant für den australischen Markt und exportierte im Quartal über 217 offiziell registrierte Kava-Unternehmen rund 22.577 Kilogramm Kava. **Vanuatu** verzeichnete das stärkste vierteljährliche Wachstum mit 15.921 Kilogramm, was einem Anstieg von 19,5 Prozent gegenüber dem Vorquartal entspricht und das bislang höchste vierteljährliche Exportvolumen des Landes darstellt.

**Tonga** exportierte im ersten Quartal 3.388 Kilogramm, während **Papua-Neuguinea** 1.020 Kilogramm Kava nach Australien

versandte.

Dem Bericht der „*Pacific Trade Invest Australia*“ zufolge wirken sich die sich wandelnden Verbraucherpräferenzen zunehmend auf den Markt aus, insbesondere die Nachfrage nach hochwertigen und einheitlich verarbeiteten Kava-Produkten im Zusammenhang mit den Bereichen Wellness und funktionelle Getränke.

Sergine Morin Tahun, Inhaberin und Geschäftsführerin von *Tahun Kava Export*, sagte, die Verbraucher\*innen seien zunehmend besser über die Qualitäts- und Herkunftsstandards von Kava aus pazifischen Ländern informiert.

*Hintergrund:* Australiens Kava-Pilotprogramm wurde 2019 ins Leben gerufen und schrittweise ausgeweitet, um ab dem 1. Dezember 2021 kommerzielle Importe zu ermöglichen. Die Initiative sollte den Marktzugang für pazifische Exporteure verbessern und gleichzeitig Importkontrollen und Lebensmittelsicherheitsstandards aufrechterhalten.

Nach den derzeitigen Regelungen müssen Exporteure die australischen Anforderungen an Lebensmittelsicherheit, Verpackung und Kennzeichnung erfüllen, während Importeure je nach Versandvolumen und Verwendungszweck möglicherweise auch Genehmigungen der australischen Arzneimittelbehörde benötigen. (*Pacific Business Review 15.05.26, <https://pacifictradeinvest.com/stories/focus/pti-australia-pacific-kava-exports-to-australia-continue-to-grow/>*)

### Unterstützung für digitale Infrastruktur in PNG

Australien hat eine groß angelegte neue Initiative zur Unterstützung des Telekommunikations- und Digitalinfrastruktursektors in Papua-Neuguinea (PNG) angekündigt.

In seiner Rede auf dem *41. Australia Papua New Guinea Business Forum and Trade Expo* am 20. Mai 2026 erklärte Pat Conroy, der australische Minister für die pazifischen Inselstaaten, dass die digitale Konnektivität eine entscheidende Rolle bei der langfristigen wirtschaftlichen Transformation von Papua-Neuguinea spielen werde, wobei eine verbesserte Telekommunikationsinfrastruktur Investitionen ankurbeln, Unternehmenskosten senken, die finanzielle Inklusion ausweiten und Zehntausende von Arbeitsplätzen schaffen dürfte.

Minister Conroy verwies auf Prognosen, wonach eine effektive digitale Transformation das BIP-Wachstum von PNG bis 2035 auf über 4,5 Prozent steigern könnte. Den in seiner Rede genannten Zahlen zufolge könnte dies der Wirtschaft von PNG zusätzliche 85 Milliarden Kina einbringen, mehr als 130.000 Arbeitsplätze schaffen und die Gründung von über 45.000 neuen Unternehmen fördern.

Conroy erklärte weiter, ein flächendeckender und erschwinglicher Internetzugang habe das Potenzial, die Wachstumsrate Papua-Neuguineas außerhalb des Bergbausektors zu verdoppeln

*„Konnektivität unterstützt Unternehmen, Branchen und Arbeitsplätze und trägt dazu bei, Menschen zu informieren, einzubinden und zu stärken“*, sagte Conroy auf

dem australischen Wirtschaftsforum, an dem auch der neuguineische Minister für Informations- und Kommunikationstechnologie, Peter Tsiamalili Jr., und der stellvertretende Premierminister von PNG, John Rosso, teilnahmen.

Conroy hob die erheblichen Herausforderungen beim digitalen Zugang hervor. Nur etwa 36 Prozent der Bevölkerung von PNG verfügen derzeit über eine durchgehende Mobilfunkabdeckung, während die Internetdurchdringung bei etwa 32 Prozent liegt und sich weitgehend auf die Großstädte Port Moresby und Lae in der Provinz Morobe konzentriert.

*„Hohe Dienstleistungskosten sowie teure Installations- und Wartungskosten schränken den Zugang und die Entwicklung der Branche zusätzlich ein“*, bemängelte Conroy und fügte hinzu, dass die Kosten für den Internetzugang im Verhältnis zum Einkommensniveau weltweit zu den höchsten zählten. 80 % der Bevölkerung könnten sich keinen regelmäßigen Zugang zum Internet leisten.

Im Rahmen des Wirtschaftsforums wurde auch das Projekt *„Telecommunications Blueprint“* gestartet, eine gemeinsame Initiative von Papua-Neuguinea und Australien, die erstmals im Rahmen des Ministerforums Australien-Papua-Neuguinea im vergangenen Jahr in Canberra vereinbart worden war.

Diese Initiative soll einen Fahrplan für den Aufbau einer *„vernetzten, digital bereiten Nation“* liefern, indem er erforderliche Reformen, Investitionsprioritäten und regulatorische Maßnahmen identifiziert, um den Zugang zum

weltweiten Netz zu verbessern, die Telekommunikationskosten zu senken und die Cyber-Resilienz zu stärken.

(PNG Business News 22.05.26, <https://apngbc.org.au/2026/ministers-underline-connectivity-partnership-and-pngs-growth-agenda/>)

### Landwirte kämpfen gegen Mäuseplage

Eine Mäuseplage terrorisiert derzeit die Landwirte in weiten Teilen Australiens. Die Mäuse treten auch in Wohnhäusern und Scheunen auf und verwüsten die Getreidefelder. Die Landwirte müssen zur Bekämpfung der Plage Hunderttausende Dollar investieren, um entweder die von den Mäusen gefressenen Samen und Feldfrüchte neu auszubringen bzw. anzupflanzen oder Arbeitszeit damit verbringen, giftige Köder auszulegen – sterile Samen, die mit Mäusegift versetzt sind.

Aufgrund des anhaltenden Krieges der USA und Israels gegen den Iran stehen die Landwirte jedoch bereits unter dem Druck höherer Ausgaben für Kraftstoff- und Düngemittel, die Mäuseplage könnte damit auch ganze Existenzen gefährden.

„Das sind hohe Kosten, und es geht nicht nur um den Preis des Köders“, sagte der 43-jährige Landwirt Geoff Cosgrove, der in Mingenew (Westaustralien) einen 14.000 Hektar großen Betrieb betreibt, auf dem Weizen, Raps, Lupinen und Gerste angebaut werden.

„Sie gehen einem wirklich auf die Nerven – sie rennen nachts herum, in der Decke, in den Klimaanlagen. Man kann sie hören und man kann sie riechen – es ist wie

bei einer verwesenden Leiche“, beklagte sich der Landwirt. Die diesjährige Mäuseplage sei „viel schlimmer als die von 2021“, meinte er.

„Letztes Jahr hatten wir eine Rekordernte, das verschafft den Mäusen reichlich Nahrung“, erklärte Agrarwissenschaftlerin und Landwirtin Belinda Eastough. Sie schätzt, dass sich auf ihren Rapsfeldern 8.000 bis 10.000 Mäuse pro Hektar befinden.

„Im Allgemeinen wird eine Plage als 800 Mäuse pro Hektar definiert“, erklärte Steve Henry, Forschungsbeauftragter der australischen nationalen Wissenschaftsbehörde CSIRO, der auf Mäuse und deren Bekämpfung spezialisiert ist. „Aber in Westaustralien ist von Tausenden und Abertausenden von Mäusen pro Hektar die Rede“, sagte Henry, „vor allem in den nördlichen und südlichen Anbaugebieten“.

Der bald einsetzende Winter, Regen und stärkere Köder könnten die Plage eindämmen.

**Hintergrund:** Eine große Ernte bedeutet, dass bei der Erntebearbeitung große Mengen Getreide auf die Weiden gelangen, was für Mäuse eine leicht zugängliche und beliebte Nahrungsquelle darstellt.

Die ersten Mäuse gelangten vermutlich 1788 als blinde Passagiere an Bord der „First Fleet“ nach Australien. (The Conservation 26.04.26, BBC News 28.05.26, Wikipedia, <https://www.abc.net.au/news/2026-05-24/visualising-australias-mouse-plague/106696622>)

## SPORT

### Preis für Trainerin

**Papua-Neuguinea:** Frau Rutha-Meu Omeneffa aus Goroka (Papua-Neuguinea) hat den *Westpac Outstanding Women Awards* (WOWA) 2025 in der Kategorie „Sports & Arts“ gewonnen.

Die Rugby-Trainerin, Jugendmentorin und Gemeindevorsteherin wurde für ihr herausragendes ehrenamtliches Engagement bei der Förderung von Mädchen und Frauen im Sport geehrt.

„Das Schönste für mich ist es, zu sehen, wie junge Spielerinnen auf mich zukommen, um Rat zu suchen, das Gelernte in ihrem Leben anwenden und sich zu Führungskräften unter Gleichaltrigen entwickeln“, sagte Rutha-Meu. „Wenn ich sehe, wie sie im Sport, in der Schule und in ihren Gemeinschaften Erfolg haben, weiß ich, dass meine Arbeit etwas bewirkt,“ erklärte Omeneffa bei der Preisverleihung.

Emma Low, Geschäftsführerin von *Westpac Pacific*, sagte, Rutha-Meus Geschichte spiegele den Zweck der *Westpac Outstanding Women Awards* wider.

„Rutha-Meu verkörpert eine Führungskraft, die nachhaltige Wirkung zeigt, nicht nur durch sportliche Erfolge, sondern auch durch Engagement, Mentoring und werbetriebene Führung“, betonte Low. „Ihre Geschichte zeigt, wie Frauen die Spielregeln verändern und Gemeinschaften in ganz Papua-Neuguinea stärken können.“

**Info:** Rutha-Meu schrieb als Nachwuchs-Trainerin im Rugby League

Geschichte, als ihre U18-Mädchenmannschaft an der PNG NRLBID Academy das Grand Final 2025 erreichte. Damit stellte sie Geschlechternormen in Frage und inspirierte Frauen dazu, eine Trainerkarriere einzuschlagen. Über ihre Erfolge als Trainerin hinaus war sie Mitveranstalterin des „ChildFund Rugby Grassroots to Global Forum“, das 21 junge Frauen in ganz Papua-Neuguinea dazu befähigte, Führungsrollen im Sport zu übernehmen und sich gleichzeitig für die Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt und die Sensibilisierung für Gesundheitsfragen in den Gemeinden einzusetzen.

(PNG Business News 23.04.26, <https://www.westpac.com.pg/westpac-outstanding-women-awards/winners-2025/>)

### Auszeichnung für Choreograf und Tänzer

**Guam:** Francisco „Frank“ Rabon aus Hagåtña (Guam) ist mit dem US-amerikanischen „National Endowment for the Arts“ (NEA)-Preis 2026 in der Kategorie „Tanz und Choreografie“ ausgezeichnet worden.

Rabon ist Tänzer, Choreograf und kultureller Vorreiter, dessen Arbeit sich auf den CHamoru-Tanz (*Bailan CHamoru*) konzentriert, eine indigene Tradition, die die Geschichte, Sprache und Werte des CHamoru-Volkes von Guam und den Marianen bewahrt.

Seit mehr als vier Jahrzehnten leitet Rabon die Wiederbelebung, Rekonstruktion und Bewahrung des CHamoru-Tanzes, der traditionellen Gesänge und Lieder durch Forschung, mündliche Überlieferungen und gemeindebasierten Unterricht. Seine Arbeit hat dazu beigetragen, den CHamoru-Tanz

von einer fast vergessenen Praxis zu einer lebendigen kulturellen Tradition in CHamoru-Gemeinschaften auf der ganzen Welt wiederzubeleben.

Rabon ist außerdem der Gründer von „Guma Taotao Tano“ (Haus der Menschen des Landes), einer Organisation, die sich der Bewahrung und Verbreitung der CHamoru-Kultur durch Tanz, Bildung und gesellschaftliches Engagement widmet. *Guma Taotao Tano* diente auch als Katalysator für die Gründung von *Pa'a Taotao Tano* und später von *PIPIT, Inc.* (Para I Probechu'n I Taotao-ta), die sich beide der Bewahrung, Vermittlung und Förderung der CHamoru-Sprache und -Kultur widmen.

Unter seiner Führung wurden Generationen von Tänzer\*innen im CHamoru-Tanz und den Gesängen ausgebildet, wodurch die Verbindungen zur Sprache, Geschichte und dem Wissen der Vorfahren gestärkt wurden. Seine Choreografien basieren auf historischen Berichten, den Lehren der Ältesten sowie der CHamoru-Sprache und Legenden und haben dazu beigetragen, die zeitgenössische Praxis des *Bailan CHamoru* zu etablieren.

Seine bekanntesten Werke, wie beispielsweise der traditionelle Segensritus „O Asaina“, werden regelmäßig bei öffentlichen Zeremonien, Kulturfestivals und offiziellen Veranstaltungen auf ganz Guam aufgeführt, darunter auch z.B. bei Amtseinführungen des Gouverneurs.

Rabon hat zahlreiche Auszeichnungen erhalten, darunter den *Governor's Art Award* für sein Lebenswerk und die Ehren-

doktorwürde der *University of Guam*.

*Info:* Die „NEA National Heritage Fellowships“ sind die höchste nationale Auszeichnung im Bereich der Volks- und traditionellen Künste in den USA. Seit 1982 würdigt das Programm jedes Jahr die künstlerische Exzellenz, das Lebenswerk und den Beitrag der Preisträger\*innen zum traditionellen künstlerischen Erbe von Amerika. (<https://www.arts.gov/honors/heritage/frank-rabon>)

### Moana Pasifika droht Ende aufgrund von Finanzierungsproblemen

**Neuseeland:** Das im Jahr 2021 gegründete Rugby-Union-Team „Moana Pasifika“ wird durch den bisherigen Besitzer „Pasifika Medical Association“ nur noch bis Saisonende finanziert werden.

Bereits im Februar 2026 war das geplante Heimspiel in Tonga kurzfristig aufgrund von mangelnden Geldern nach Neuseeland verlegt worden. Es gibt potentielle Interessenten an der Lizenz, jedoch steht bisher kein Käufer fest.

Das Team war mit dem Plan gegründet worden, die größten Rugby-Talente Samoas und Tongas zu fördern und dadurch auch die Nationalmannschaften beider Verbände. Dieses Projekt wurde anfangs sowohl durch *World Rugby* wie auch durch die neuseeländische Regierung gefördert, mittlerweile erhält das Team diese anfängliche Förderung aber nicht mehr und ist daher auf mehr Sponsorengelder angewiesen.

Vergangene Saison konnten mit dem Star Ardie Savea einige

Erfolge gefeiert werden und man wurde am Ende 7. – leider konnte dieser Erfolg ohne Savea nicht wiederholt werden und erschwert die Situation zusätzlich.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Friedrike Keller. [https://www.reddit.com/r/allblacks/comments/1sl2di7/moana\\_pasifikas\\_super\\_rugby\\_future\\_in\\_doubt\\_with/25.05.26](https://www.reddit.com/r/allblacks/comments/1sl2di7/moana_pasifikas_super_rugby_future_in_doubt_with/25.05.26))

### **PNG Chiefs nimmt ersten Spieler unter Vertrag**

**Papua-Neuguinea:** Das neugegründete neuguineische Rugby-Team „PNG Chiefs“ hat seinen ersten Spieler verpflichtet. Jarome Luai wurde als Spieler 001 vorgestellt und wird ab der ersten Saison der PNG Chiefs ab 2028 für diese auflaufen. Mit der Verpflichtung des 4-maligen Siegers des National-Rugby-League-Wettbewerbs im Rücken hofft das Management des Teams, bis 2028 weitere hochkarätige Spieler-Verpflichtungen tätigen zu können.

Die Gründung des Teams wurde offiziell Ende 2024 bekannt gegeben, auch als Antwort auf Chinas Vordringen in den pazifischen Raum mit sportlichen Förderungs- und Partnerschaftsprogrammen. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Friedrike Keller. <https://www.nrl.com/news/2026/04/29/png-chiefs-officially-sign-jarome-luai-as-their-inaugural-player-001/> 25.05.26)

## **„TOK BILONG PASIFIK“**

### **„Kina- und Toea-Tag“**

**Papua-Neuguinea:** Die *Bank of Papua New Guinea* (BPNG) hat am 19. April den jährlichen „Kina und Toea-Tag“ begangen.

Die diesjährige Feier fiel mit dem 51. Jahrestag der Einführung der Währung Papua-Neuguineas, des Kina und des Toea, zusammen. Die BPNG startete zu diesem Anlass eine einjährige Aufklärungskampagne unter dem Motto „Know Your Currency – Save Long Moni Bilong Yu“.

Die Kampagne läuft das ganze Jahr über und umfasst eine Reihe von Aktivitäten zur Einbindung der Öffentlichkeit, darunter Programme zur Öffentlichkeitsarbeit, Ausstellungen und Schulbesuche. Außerdem wurde eine Reihe von Informationspaketen entwickelt, um die Bevölkerung Papua-Neuguineas über die Merkmale und Sicherheitsmerkmale der Banknoten und Münzen des Landes aufzuklären.

Im Rahmen des Festtages reagierte die BPNG auch auf die zunehmenden Anfragen der Öffentlichkeit bezüglich der kleinsten 5-Toea-Münze und bekräftigte, dass diese in Papua-Neuguinea weiterhin gesetzliches Zahlungsmittel ist. Die Zentralbank betonte, dass keine Privatperson und kein Unternehmen die Verwendung der 5-Toea-Münze zur Bezahlung von Waren oder Dienstleistungen verweigern darf - auch nicht im Einzelhandel.

*Hintergrund:* Der „Kina- und Toea-Tag“ wird jährlich begangen, um

über die Geschichte des gesetzlichen Zahlungsmittels von PNG aufzuklären und die Beiträge wichtiger nationaler Persönlichkeiten zu würdigen, die bei dessen Einführung eine Rolle spielten. Dazu gehören u.a. Sir Michael Somare, Sir Julius Chan und Sir Mekere Morauta, die teilweise auf den Kina-Banknoten abgebildet sind.

(<https://www.bankpng.gov.pg/> 23.04.26)

### **Nadi ist bester Flughafen im Pazifik**

**Fidschi:** Im Rahmen der *Internationalen Tourismus-Börse* (ITB-Messe) in Berlin (Deutschland) vom 3. bis 5. März 2026 tagte auch die *Pacific Area Travel Writers Association* (PATWA), die in zahlreichen Kategorien die „*International Travel Awards 2026*“ verlieh.

Für seine herausragenden Führungsqualitäten ausgezeichnet wurde mit dem „*PATWA Gold Award – Excellence in Leadership*“ Herr Mesake Nawari, der Geschäftsführer der fidschianischen Flughafenbetreibergesellschaft „Fiji Airports“.

Der Nadi International Airport auf Viti Levu wurde zum „*Best Airport – South Pacific Islands*“ gekürt. Die Auszeichnung des internationalen Flughafens Nadi unterstreicht die kontinuierlichen Investitionen von *Fiji Airports* in Infrastruktur, Sicherheit, exzellenten Service und das Passagiererlebnis, hieß es in der Erklärung der Jury.

Die Auszeichnungen wurden von PATWA-Generalsekretär Yatan Ahluwalia überreicht.

„Diese Auszeichnungen spiegeln das Engagement, die

*Professionalität und die Leidenschaft unserer Mitarbeiter und der Akteure am Flughafen wider, die unermüdlich daran arbeiten, dass unsere Flughäfen sicherer, effizienter und mit der für Fidschi bekannten Herzlichkeit betrieben werden. Es ist mir eine Ehre, diese Auszeichnung entgegenzunehmen*“, erklärte Nawari bei der Preisverleihung.

*Fiji Airports* erklärte, man sei weiterhin bestrebt, die Partnerschaften mit Fluggesellschaften, Regierungsbehörden, Akteuren der Tourismusbranche und Reisenden zu stärken, während man auf die Verwirklichung der Vision hinarbeite, „*der Luftverkehrsknotenpunkt von Weltklasse für den Blauen Pazifik*“ zu werden.

*Info:* Die 1999 gegründete *Pacific Area Travel Writers Association (PATWA)* ist eine globale, gemeinnützige, nichtstaatliche und internationale Fachorganisation für Medienvertretende. Sie setzt sich für nachhaltige Entwicklung und das Wachstum der globalen Reise- und Tourismusbranche ein. (*Pacific Business Review 05.03.26, <https://patwainternational.com/>*)

## Neues Kreuzfahrtschiff

**Fidschi:** Der stellvertretende Premierminister und Minister für Tourismus und Zivilluftfahrt, Viliame Gavoka, leitete am 26. März die Zeremonie zur Indienststellung der *MV Yasawa Princess II* im Hafen von Denarau in Nadi.

Das kleine, sehr luxuriöse Kreuzfahrtschiff erweitert das Premium-Reiseangebot der fidschianischen Tourismusbehörde.

Das von der Reederei „*Blue Lagoon Cruises*“ betriebene Schiff

verfügt über 22 Kabinen mit einer Kapazität für 44 Gäste. Es wurde im Juli 2025 erworben und anschließend renoviert und ergänzt nun die bestehende „*Fiji Princess*“, wodurch sich die Gesamtkapazität auf 54 Kabinenplätze pro Woche für drei-, vier- und siebentägige Routen erhöht.

Bei der Schiffstaufe lobte Minister Gavoka *Blue Lagoon Cruises* als einen in fidschianischem Besitz befindlichen Betreiber mit langjähriger Präsenz im Tourismussektor und hob die Bedeutung lokaler Unternehmen für die Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums hervor. Gavoka erklärte weiter, dass Kreuzfahrten mit kleinen Schiffen den Gästen die Möglichkeit böten, die Küstenregionen Fidschis intensiver zu erleben, da sie Zugang zu abgelegenen Zielen und kulturellen Erlebnissen jenseits der traditionellen Tourismuszentren bieten.

*Info:* Die Indienststellung des Kreuzfahrtschiffes ist Teil der umfassenderen Strategie der Koalitionsregierung zur Stärkung des Premium-Tourismussegments in Fidschi, mit besonderem Schwerpunkt auf Erlebnisreisen und das Reisen in kleiner Gruppe. Die Besatzung des Schiffes besteht nur aus itaukei. (*Pacific Business News 26.03.26, <https://www.bluelagooncruises.com/about/our-ship-yasawa-princess>*)

## Rettung nach einer Woche auf hoher See

**Chuuk:** Zwei Männer und eine Frau aus einer Familie waren am 30. März von der Insel Fananu im Bundesstaat Chuuk der Föderierten Staaten von Mikronesien aus in Richtung der Insel Murillo aufgebrochen. Die etwa 31

Seemeilen lange Reise hätte einen Tag dauern sollen, doch als der einzige Außenbordmotor ihres Bootes ausfiel, saßen sie ohne Funkgerät und ohne Möglichkeit, Hilfe zu rufen, auf der offenen See fest.

Die drei trieben in ihrem 23-Fuß-großem Motorboot ohne Möglichkeit zum Steuern bei bis zu drei Metern hohen Wellen sieben Tage lang im Meer. Dank einer Angelausrüstung an Bord konnten die Bootsinsassen Fische fangen.

Am 6. April entdeckte die Besatzung des Küstenwachtschiffs „*Middgett*“ der US-Küstenwache das kleine Boot vor der Küste des Bundesstaates Chuuk und rettete die Drei aus Seenot. Alle drei Familienmitglieder wurden lebend und unverletzt aufgefunden und mit dem Hubschrauber nach Weno, dem Hauptort von Chuuk, ausgeflogen.

Zuvor hatten sich die Suchmaßnahmen der Behörden auf ein 14.000 Quadratmeilen großes Gebiet erstreckt. Suchflugzeuge und Rettungsboote hatten sich von Hawai'i und von Guam aus auf die Suche nach den Vermissten begeben. (*Pacific Media News 12.04.26*)

## Erfolgreiche Qualifizierung im „Kulturtourismus“

**Pazifik:** Teilnehmende aus acht pazifischen Ländern – Papua-Neuguinea, Fidschi, den Cook-Inseln, Vanuatu, Französisch-Polynesien, Samoa, den Salomonen und den Föderierten Staaten von Mikronesien – haben den von der *South Pacific Tourism Organisation (SPTO)* angebotenen Online-Lehrgang im Bereich des „Kulturtourismus“ erfolgreich abgeschlossen

und sind jetzt zertifizierte „Pazifika-Kulturbotschafter“ ihrer Länder.

Der Kurs umfasste Online-Module, Live-Sitzungen, Hausaufgaben und Begleitmaterialien. Zum Bestehen war eine Mindestpunktzahl von 70 Prozent erforderlich.

Chris Cocker, Geschäftsführer der SPTO, erklärte, das Programm zeige, wie digitales Lernen den Kulturtourismus fördern und gleichzeitig die Authentizität bewahren könne. (*Pressemitteilung SPTO 23.03.26*)

## IN MEMORIAM

### † Ratu Epeli Nailatikau, Politiker

**Fidschi:** Der ehemalige fidschianische Präsident und *High Chief* Ratu Epeli Nailatikau (geb. 5. Juli 1941) ist am 26. März 2026 im *Oceania Private Hospital* im Alter von 84 Jahren gestorben.

Nach seiner Ausbildung an der Bau District School, der Draiba Fijian School, der Levuka Public School und der Queen Victoria School absolvierte Nailatikau eine Ausbildung als Soldat in Neuseeland. 1966 diente er im 1. Bataillon des *Royal New Zealand Infantry Regiment* und wurde während Indonesiens „Konfrontasi“ gegen Malaysia nach Sarawak (Malaysia) versetzt. Er erwies sich als beliebter und hoch angesehener Offizier. Als er zum *Fiji Infantry Regiment* zurückkehrte, stieg er stetig in den militärischen Rängen auf. Bis 1987 hatte er den Rang eines Brigadegenerals inne und war Kommandeur der *Royal Fiji Military Forces*.

Nailatikau schied 1987 aus der Armee aus und entschied sich für den diplomatischen Dienst. Nach Abschluss des *Foreign Service Course* an der Universität Oxford im Vereinigten Königreich wurde er zum Hochkommissar im Vereinigten Königreich ernannt und als Botschafter Fidschis in Dänemark, Ägypten, Deutschland, Israel und dem Heiligen Stuhl akkreditiert. Später wurde er zum nicht-residentiellen Botschafter Fidschis und Hochkommissar bei den Mitgliedsstaaten des *Pacific Islands Forum* ernannt, bevor er 1999 eine Position als Ständiger Sekretär für Auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel übernahm.

Von 2001 bis 2006 war er Sprecher des Repräsentantenhauses im fidschianischen Parlament. Von 2009 bis 2015 war er Präsident von Fidschi und später von 2019 bis 2022 Parlamentspräsident. Er war außerdem Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Haushaltsmittel und des Ausschusses des Repräsentantenhauses und hatte interimsmäßig verschiedene Ministerämter inne.

Am 14. Juni 2005 wurde Nailatikau zum UNAIDS-Sonderbeauftragten für den Pazifik ernannt. Laut dem Programm der Vereinten Nationen zu HIV/AIDS wurde er wegen seiner politischen Position, seines Respekts in der gesamten Pazifikregion und seiner Offenheit zu AIDS-bezogenen Themen ausgewählt. Zuvor war er UNAIDS-Pacific-Sprecher und leitete im Oktober 2004 die erste Konferenz pazifischer Parlamentarier zur Rolle der Parlamentarier\*innen im Kampf gegen HIV/AIDS in Suva (Fidschi).

Nailatikaus Forderung, die AIDS-Krise anzugehen, sorgte für harte

gesellschaftliche und politische Kontroversen. Am 22. November 2005 rief er die Menschen dazu auf, die Realität anzuerkennen, dass Promiskuität existiert und dass Safer Sex gefördert werden müsse, um das damit verbundene AIDS-Risiko zu bekämpfen. Es sei unrealistisch, Promiskuität zu leugnen und nur Enthaltensamkeit zu fördern, sagte er, und fügte hinzu, dass dies eine Frage von Leben und Tod sei. Er rief die Kirchen dazu auf, sich der Realität zu stellen, dass Promiskuität auch in ihren eigenen Gemeinden existiert, und das Problem „direkt anzugehen“ und zur Förderung der Verwendung von Kondomen beizutragen.

Die Nachricht von Nailatikaus Tod erschütterte ganz Fidschi, denn der „High Chief“ und Politiker war aufgrund seines freundlichen und einnehmenden Wesens vor allem bei der Bevölkerung sehr beliebt. Er pflegte keine Allüren und bewegte sich im Land „wie ein normaler Bürger“.

In Kondolenzbotschaften hieß es u.a. „*Er war ein dienender Führer, der seine Position nicht dazu nutzte, um seine eigenen Ziele zu erreichen. Stattdessen zeigte er uns, wie es geht, indem er sich unter uns in der Stadt bewegte, in der Schlange stand oder viele sogar mit seiner freundlichen Geste, einem Winken oder einem Händedruck überraschte.*“

Er war dafür bekannt, ohne Leibwächter durch die Straßen von Suva zu gehen. Er stellte sich an Geldautomaten in die Schlange, um Geld abzuheben, und aß in Food Courts, immer mit einem warmen Lächeln und einer Begrüßung für alle, die er traf, hieß es in einem Bericht der „*fijivillage*“.

Die Fidschi-Arbeiterpartei schrieb auf Facebook: „*Ratu Epeli war zweifellos ein Spross königlicher Abstammung.*“

Der ehemalige Generalstaatsanwalt Aiyaz Sayed-Khaiyum beschrieb ihn als „*den Präsidenten des Volkes*“ und fügte hinzu: „*Ratu Epeli Nailatikau lebte sein Leben unter seinem Volk, nicht über ihm.*“

*Hintergrund:* Ratu Epeli stammte aus einer der prominentesten Häuptlingsfamilien Fidschis und war der Sohn von Ratu Sir Edward Cakobau, dem ehemaligen stellvertretenden Premierminister, sowie der Urur-Enkel von Ratu Seru Cakobau, dem einzigen König Fidschis.

Ratu Epeli war zudem ein Enkel von König George Tupou II. von Tonga. Ratu Epelis Verbindung zu Tonga war etwas ganz Besonderes. Sein Vater, bekannt als „*Tungī Fisi*“, war der Halbbruder der verstorbenen Königin Salote, was eine enge Bindung zwischen den Königshäusern von Tonga und Fidschi schuf.

Seit 1981 war er verheiratet mit der Politikerin Adi Koila Mara, der zweiten Tochter des ehemaligen Premierministers und Präsidenten Ratu Sir Kamisese Mara. Das Paar hat einen Sohn und eine Tochter.

(*Pacific Media News 29.03.26, <https://www.fjivillage.com/news/former-president-ratu-epeli-nailatikau-passes-away-e15a3d/>, Wikipedia)*

## KIRCHLICHE NACHRICHTEN

### GIDI-Kirchenführer befürchtet „Völkermord“

**Westpapua:** Ein Kirchenführer aus Westpapua hat gewarnt, dass die anhaltenden Tötungen junger Papua, die augenscheinlich von indonesischen Sicherheitskräften begangen werden, die Merkmale eines Völkermords aufweisen. Pastor Jimi Koirewa, Leiter der Abteilung für Menschenrechte und Gerechtigkeit der *GIDI-Kirche*, erklärte, die Tötung indigener Papua durch indonesische Sicherheitskräfte deute auf ein „*Muster von Völkermord*“ hin.

Seit Jahresbeginn reißen die gewalttätigen Vorfälle in der von Indonesien regierten Region Westpapua nicht ab. Die indonesische Regierung macht bewaffnete, für die Unabhängigkeit kämpfende, westpapuanische Aktivisten für die jüngsten Gewalttaten verantwortlich.

Im Mai wurde ein 17-jähriges papuanisches Mädchen bei einer Militäroperation getötet, die Berichten zufolge auf zivile Bergbaugebiet in Tembagapura abzielte.

Ebenfalls im Mai wurden mehrere papuanische Gymnasiasten erschossen, als es bei einer Abschlussparade durch die Stadt Kobakma im zentralen Hochland Papuas zu Auseinandersetzungen mit dem indonesischen Militär kam, weil die Studierenden die Morgensternflagge mit sich führten.

Im vergangenen Monat teilte die indonesische *Nationale Menschenrechtskommission* (Komnas HAM) mit, dass sie einen

Schusswechsel untersuche, bei dem infolge einer indonesischen Militäroperation im Bezirk Kembru bis zu 12 papuanische Zivilist\*innen ums Leben gekommen seien. Nach Angaben von Menschenrechtsaktivist\*innen befanden sich unter den Toten ein 5-jähriges Mädchen und eine 77-jährige Frau.

Pastor Jimi Koirewa sagte, es gebe ein beunruhigendes Muster bei diesen Angriffen: „*Die Kinder werden getötet, die Frauen werden getötet. Das ist Teil eines Völkermords.*“

Das indonesische Außenministerium lehnte es ab, sich zu den Behauptungen des Pastors zu äußern. Es erklärte, es könne sich nicht zu den jüngsten Vorfällen äußern, solange die Ermittlungen noch laufen.

Koirewa sagte, die Polizei untersuche die gewalttätigen Vorfälle selten gründlich, was dazu führe, dass die indigenen Papua dem Justizsystem misstrauisch gegenüberstünden.

Die GIDI-Kirche hat ihre Besorgnis über die Zunahme der Gewalt zum Ausdruck gebracht.

„*Unsere Kirche hat in Jakarta überhaupt keinen Einfluss. Wir haben bereits auf dem offiziellen Weg Kontakt nach Jakarta aufgenommen, ja, über unser Parlament, um sie darüber zu informieren, was hier geschieht, aber Jakarta reagiert nicht. Es ist ihnen egal.*“

Benny Wenda, Vorsitzender der *United Liberation Movement for West Papua*, forderte unterdessen die Staats- und Regierungschefs des Pazifikraums auf, Indonesien seine beratenden Funktionen in der *Melanesian Spearhead*

Group (MSG) und im *Pacific Islands Forum* zu entziehen, da tödliche Zusammenstöße zwischen dem Militär und indigenen Papua sowie neue Berichte über Gewalt und Tötungen die Spannungen in der Region verschärften. Indonesien ist assoziiertes Mitglied der MSG und Dialogpartner des Forums, was Jakarta den Austausch mit pazifischen Staats- und Regierungschefs ermöglicht, jedoch keine Teilnahme als Vollmitglied an Entscheidungsprozessen.

Wenda behauptete außerdem, Indonesien verschärfe die Kontrolle über Informationsflüsse und schränke den Zugang der Medien zu dem Gebiet weiter ein. Westpapua sei praktisch von jeglicher Kontrolle durch die Außenwelt abgeschnitten worden, beklagte der prominente Unabhängigkeitsbefürworter.

(*Pacific Media News* 16.05.26, <https://pmn.co.nz/read/pacific-region/west-papua-violence-escalates-as-calls-grow-to-expel-indonesia-from-pacific-regional-groups>)

### Treffen der Katholischen Bischofskonferenz

**Guam:** Katholische Bischöfe aus ganz Ozeanien kamen unter der Leitung von Erzbischof Ryan P. Jimenez von Guam vom 18. bis 20. Mai in Guam zusammen, um regionale Herausforderungen zu erörtern, darunter moderne Sklaverei, Migration und die Zukunft der Seelsorge im Pazifikraum.

Der Exekutivausschuss der Katholischen Bischofskonferenz von Ozeanien (*Federation of Catholic Bishops' Conferences of Oceania*, FCBCO) traf sich zu seiner Jahrestagung, um zu erörtern, wie die Kirche schutzbedürftige Wanderarbeiter besser unterstützen und

eine würdige, respektvolle Migration in der gesamten Region fördern kann. Die katholischen Bischöfe bekräftigten ihr anhaltendes Engagement für das „*Migrants and Refugees Oceania Network*“, das sich für die Rechte und das Wohlergehen von Vertriebenen und Migrantengemeinschaften einsetzt.

Bei der Jahrestagung wurden auch die weiterreichenden Auswirkungen der Migration auf Herkunft- und Aufnahmeland sowie Strategien zur Stärkung der Seelsorge und der Ausbildung von Laien, Priestern und Bischöfen in der katholischen Kirche erörtert.

Die Teilnehmer betonten die Bedeutung digitaler Kommunikationsmittel für die Aufrechterhaltung der Verbindungen über die weiten geografischen Entfernungen Ozeaniens hinweg.

Als Rahmenprogramm besuchten die Bischöfe den Schrein des seligen Diego Luis de San Vitores, eines spanischen Jesuitenmissionars aus dem 17. Jahrhundert, der auf Guam den Märtyrertod starb.

Die Konferenz der katholischen Bischöfe endete mit einer Messe in der Kathedrale *Dulce Nombre de Maria*, an der mehr als 1.000 Gläubige teilnahmen. (*Vatican News* 20.05.26)

### Adventisten starten Erneuerungsprogramm

**Australien:** Rund 1.000 Leitende und Mitglieder aus der gesamten Südpazifik-Division (SPD) der Siebenten-Tags-Adventisten haben sich vom 28. April bis 2. Mai im Watson Park Convention Center in Brisbane (Australien) zum Start

von „*South Pacific for Christ*“ getroffen. Dabei handelt es sich um eine fünfjährige Missionierunginitiative, die darauf abzielt, die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten (STA) wieder auf ihren Kernzweck der Mission auszurichten.

Auf dem Programm des Treffens standen auch Anbetung und Missionsberichte aus der gesamten Region Ozeanien.

Erton Köhler, Präsident der Generalkonferenz der STA, wandte sich an die Teilnehmenden und ermutigte sie, mutig an die Mission heranzugehen. „*Lasst uns über das Gewöhnliche hinausgehen*“, sagte er. „*Wir sind hier, um Großes für Gott zu tun und Großes von Gott zu erwarten.*“

(<https://adventist.news/news/south-pacific-for-christ-opens-with-torch-ceremony> 06.05.26)

#### Impressum:

Kein Pressedienst

**Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion:** Julia Ratzmann

**Redaktionelle Mitarbeit:** Clara Groth, Dr. Klaus Schilder

„Pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

**Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.**  
Evangelische Bank  
IBAN: DE12520604100001011111  
BIC: GENODEF1EK1

#### Quellen:

ABC, Cook Islands News, Fiji Times, The National, Australien- und Neuseeland-Info, Pacific Business News, Pacific Islands Report, Pacific Daily News, Post-Courier, Pacific Beat, Radio Australia, Radio New Zealand International, Solomon Islands Broadcasting Association, Tahiti Info, Wantok, Westpapua-Netzwerk, Rettet den Regenwald, TAPOL

Herausgeber:

**Pazifik**  
INFORMATIONSTELLE  
und  
**Mission EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern  
Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau  
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120  
[www.pazifik-infostelle.org](http://www.pazifik-infostelle.org)  
[www.mission-einewelt.de](http://www.mission-einewelt.de)